



EU-CHINA
CIVIL SOCIETY FORUM



Nora Sausmikat / Klaus Fritsche (Hrsg.)

**Schneller, höher, weiter:
China überholt sich selbst**



Impressum



Schneller, höher, weiter: China überholt sich selbst

Herausgegeben von Nora Sausmikat und Klaus Fritsche, Asienstiftung (Essen)
in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk „EU – China: Civil Society Forum“



Diese Broschüre wurde mit Unterstützung der Europäischen Union hergestellt. Die darin vertretenen Meinungen geben ausschließlich die Position der Autorinnen und Autoren wieder. Der Inhalt kann in keiner Weise als Standpunkt der Europäischen Union angesehen werden.

Titelfoto: Gilles Sabrie – Die chinesische Trampolinmannschaft beim Training – Text auf dem Transparent: „Olympische Spiele in Beijing: Wir schwören, die Goldmedaille zu erkämpfen!“

Bildnachweis: Amnesty International: S. 4 – Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit: Umschlag innen – Sven Hansen: S. 10 (2) – Christof Hardebusch: S. 8, 26, 42 – Kirsten Huckenbeck: S. 34 – Falk Kagelmacher: S. 7, 40 – IISH Stefan R. Landsberger Collection (<http://www.iisg.nl/~landsberger>): S. 24 – Nora Sausmikat: S. 30, 37, 39, 46, 47 – Wen Bo: S. 43, 44, 45 – Carina Wendland: S. 16, 17, 18 – Jennifer Wendland: S. 2, 12, 13, 22 – Kirstin Wenk: S. 33, 36
Die Rechte des Fotos liegen bei den Fotografen.

Konzeption und Gestaltung: Hantke & Partner, Heidelberg
Druck: MK-Druck GmbH, Eschelbronn

Bestelladressen in Deutschland

Asienstiftung, Vertrieb, Bullmannau 11, 45327 Essen,
Telefon +49 (0)201-830 38-24, Telefax +49 (0)201-830 38-30, E-Mail vertrieb@asienhaus.de

Werkstatt Ökonomie, Obere Seegasse 18, 69124 Heidelberg,
Telefon +49 (0)62 21-433 36-0, Telefax +49 (0)62 21-433 36-29, E-Mail info@woek.de

INKOTA-netzwerk e.V., Greifswalder Straße 33A, 10405 Berlin,
Telefon +49 (0)30-42 89 111, Telefax +49 (0)30-42 89 112, E-Mail inkota@inkota.de

Bestelladressen in Österreich

Österreichischer Gewerkschaftsbund, „weltumspannend arbeiten“, Huemerstraße 3, A-4020 Linz,
Telefon +43 (0)732-65 47 84, Telefax +43 (0)732-60 00 45,
E-Mail weltumspannend.arbeiten@oegb.at

Südwind Agentur, Laudongasse 40, A-1080 Wien,
Telefon +43 (0)1-40 555 15, Telefax +43 (0)1-40 555 19, E-Mail suedwind.bildung@suedwind.at

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind erwünscht. Sie sind jedoch nur unter Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

© April 2008, Asienstiftung, Bullmannau 11, 45327 Essen
ISBN 978-3-933341-37-2

Preis: 5,00 Euro



Inhaltsübersicht

| | |
|--|----|
| Spiele der Superlative – hat sich China überschätzt? | 2 |
| <i>Nora Sausmikat / Klaus Fritsche</i> | |
| Die Kontroverse um das Olympialand China | 4 |
| <i>Sven Hansen</i> | |
| Stimmen aus China | 8 |
| <i>Die Patriotismus-Falle Nora Sausmikat</i> | |
| <i>Keine Welt, kein Traum Ai Weiwei</i> | |
| <i>Einig für Olympia Yu Jie</i> | |
| <i>Dialog ist der richtige Weg He Weifang / Fang Weigui</i> | |
| Reibungslos und grün: Chinas olympische Herausforderung | 13 |
| <i>Kristin Kupfer</i> | |
| Ein Staat, 56 Völker | 16 |
| <i>Thomas Heberer</i> | |
| China als Global Player | 18 |
| <i>Gudrun Wacker</i> | |
| Sport in China | 22 |
| <i>Norbert Sommer</i> | |
| Business Olympia – die Olympischen Spiele als Geschäft | 26 |
| <i>Klaus Heidel</i> | |
| Wertvolle Investitionen, die sich lohnen | 30 |
| <i>Tobias Birkendorf</i> | |
| Der Traum von fairen Sport- und Fanartikeln | 33 |
| <i>Christina Schröder</i> | |
| 68 Cent die Stunde | 36 |
| <i>Kirstin Wenk</i> | |
| Olympic City: Probleme der gegenwärtigen Stadtentwicklung Beijings | 40 |
| <i>Falk Kagelmacher</i> | |
| Studentengruppen kämpfen für grüne Spiele | 43 |
| <i>Wen Bo</i> | |
| Materialien und Arbeitshinweise | 46 |
| Autorenverzeichnis | 48 |



Spiele der Superlative – hat sich China überschätzt?

Nora Sausmikat / Klaus Fritsche

Vom 8. bis 24. August werden die XXIX. Olympischen Spiele in China ausgetragen. Für seine Organisatoren sollte es ein großes Fest werden, mit dem China seine Weltoffenheit demonstriert. Statt als Gastgeber der größten und erfolgreichsten Spiele in die Geschichte einzugehen, statt Bilder von fröhlichen und feiernden Menschen präsentieren zu können, werden die Spiele von den Unruhen in Tibet und der Diskussion über die Menschenrechtslage in China überschattet. Die chinesische Führung steht in einer Art und Weise im Zentrum der Weltöffentlichkeit, wie sie es sich sicher nicht gewünscht hat.

Der Protest der Tibeter hat damit in den Mittelpunkt gerückt, was schon bei der Vergabe der Olympischen Spiele am 13. Juli 2001 Gegenstand der Kontroverse war: die Menschenrechtssituation in China. Zur Zeit des Zuschlags war Jiang Zemin Präsident, der WTO-Eintritt stand kurz bevor, man feierte pompös den 80sten Jahrestag der Gründung der KP China und versprach, den Aufbau eines demokratischen politischen Systems zum Kernprojekt des zehnten Fünfjahresplans (2001-2005) zu machen. Während das Internationale Olympische Komitee darauf hoffte, einen positiven Einfluss auf die Situation zu haben, dabei auf Zusagen aus Beijing setzte und internationale Menschenrechtsorganisationen positive Entwicklungen vermerkten, scheint jetzt die Zeit zurückgedreht. Die Vorbereitungen der Spiele schienen perfekt, kaum jemand kritisierte die Umbau- und Umsiedlungsmaßnahmen im Vorfeld. Doch wie präsentiert sich China nun der Weltöffentlichkeit? Hat die chinesische Führung ihre Möglichkeiten überschätzt?

Noch sind nicht alle Einzelheiten über die Entwicklung der Auseinandersetzungen in Tibet bekannt, aber wir erleben einen Rückfall in Verhaltensmuster, die der proklamierten Weltoffenheit Hohn spricht: Ausweisung aller Ausländer aus Tibet, (nicht durchzuhaltende) strikte Preszensur und Wiederkehr einer kulturevolutionären Sprache gegen den Dalai Lama. Und es ist zu befürchten, dass sich dies auch auf das Schicksal der verhafteten Tibeter auswirken wird – aber auch auf Kontrollen ausländischer Besucher und der Presse im Umfeld der Spiele selbst.

Aber auch ein großer Teil der westlichen Medien und Politik ist in die alten Muster zurückgefallen und pflegt Schwarz-Weiß-Bilder, interessiert sich gar nicht mehr für die Aufklärung der Vorgänge, geschweige denn für die komplizierten Hintergründe des Konfliktes oder die Konflikte

unter den Tibetern selbst. Eine differenzierte Berichterstattung hätte zudem über die Opfer auf beiden Seiten berichten müssen. Es drängt sich der Eindruck auf, dass angesichts der in den letzten Jahren zunehmenden China-Ängste die gegenwärtigen Ereignisse ein willkommener Anlass sind, China auf die Anklagebank zu setzen und dadurch zu isolieren. Die China-Euphorie von 2001 ist verschwunden.

Olympialand kontrovers

Als diese Publikation geplant wurde, waren die jetzigen Ereignisse nicht vorhersehbar. Aber unabhängig davon ist festzustellen, dass sich im letzten Jahr die Diskussionen über die Entwicklung Chinas und wie damit umzugehen ist, verschärft haben. Widersprüchlich sind die Berichte – ebenso widersprüchlich wie die Entwicklungen in China, seien es Umweltfragen und internationale Klimapolitik, seien es die soziale Situation und Arbeitsbedingungen und nicht zuletzt die wachsende internationale Rolle, die China heute einnimmt.

Dabei werden viele der bei uns vorherrschenden China-Bilder der widersprüchlichen Entwicklung des bevölkerungsgrößten Landes der Welt nicht gerecht. Häufig wird, je nach Standpunkt und Interessenlage, nur einer der gegensätzlichen Entwicklungsaspekte hervorgehoben.

- Die rasante Wirtschaftsentwicklung half absolute Armut in einem historisch einmaligen Ausmaß zu überwinden – zugleich nahmen aber die Kluft zwischen Reich und Arm sowie regionale Disparitäten zu, entstand neue Armut.
- Einerseits sind die ökologischen Kosten der überhitzten Wirtschaftsentwicklung katastrophal, andererseits ist die wirtschaftliche Modernisierung eine Voraussetzung für eine umweltverträglichere Gestaltung von Produktion und Transport.
- Schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen stehen neben Fortschritten bei der Verwirklichung der Menschenrechte und der Entwicklung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten.
- Der Führungsanspruch des Politbüros in Beijing ist nicht mehr unangefochten, er wird durch die Widersprüche innerhalb des Herrschaftsapparates, zwischen Zentral- und Lokalregierung, zwischen den Regionen und nicht zuletzt zwischen dem Staats- und Parteiapparat und der sich entwickelnden Zivilgesellschaft herausgefordert.

Ein etwas anderer Blick

Um vor diesem Hintergrund die Bedeutung der Olympischen Spiele für Chinas Entwicklung zu begreifen, bedarf es einer differenzierenden Analyse der (möglichen) Auswirkungen der Olympischen Spiele auf die Entwicklung Chinas. Während es vor den Aufständen in Tibet noch um die Frage ging, welche Verbesserungen auch noch nach Olympia Bestand haben werden, geht es heute nur noch um die Zurücknahme von schon Erreichtem. Welche Chancen, welche Gefahren liegen tatsächlich in diesem Großereignis? Darum – und um die Auseinandersetzung über den Austragungsort China – geht es in der vorliegenden Broschüre. Dabei kann in dieser Publikation nicht auf alle wichtigen Themen eingegangen werden. Die Beiträge konzentrieren sich auf Aspekte, die im unmittelbaren Zusammenhang mit den Olympischen Spielen stehen.

Der Beitrag von Sven Hansen beleuchtet die internationale Debatte seit der Bewerbung Beijings um die Austragung der Spiele im Jahr 1999. Da die ethnischen Konflikte zurzeit im Mittelpunkt der Olympia-Diskussion stehen, erläutert Thomas Heberer in seinem Beitrag die historischen Hintergründe und Entwicklungen der Nationalitätenpolitik Chinas. Dass auch in China selbst kritische Stimmen laut geworden sind, zeigen die Stellungnahmen von Ai Weiwei, Yu Jie, He Weifang und Fang Weigui. Sie zeigen aber auch die kritische Haltung gegenüber den ausländischen Medien.

Die in Beijing arbeitende Journalistin Kristin Kupfer beschreibt die innenpolitische Bedeutung der Spiele für die chinesische Führung. Gerade gemessen an den Beteuerungen, die zu Zeiten des Zuschlags gemacht wurden, ist interessant, was sich die chinesische Führung im Olympiejahr nun wirklich erhofft. Gudrun Wacker geht der Frage nach, wie sich China auf der Weltbühne präsentiert, und analysiert die Rolle Chinas als „Global Player“. Wie ihr Artikel deutlich macht, hat es China in den Jahren seit dem Olympia-Zuschlag geschafft, sich weitestgehend in die internationale Gemeinschaft und Weltwirtschaft zu integrieren. Und nun die Integration in die internationale Sportgeschichte. Einen Blick auf den Hintergrund der Entwicklung des Sports wirft Norbert Sommer.

Olympische Spiele sind heute aber auch ein ökonomisches Großereignis geworden. Klaus Heidel beschäftigt sich in seinem Artikel „Business Olympia“ mit den Großunternehmen, die als Sponsoren oder als Lieferanten einen wichtigen Beitrag zum Funktionieren der Spiele leisten. Die Frage der ökonomischen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung der Volksrepublik insgesamt wird von Tobias Birkendorf diskutiert. Eine andere Perspektive nimmt Christiane Schröder ein. Sie untersucht in ihrem Beitrag, inwieweit die Produktion von Fanartikeln unter fairen Bedingungen abläuft.

Diesen Aspekt greift der Beitrag der Journalistin Kirstin Wenk auf. Sie beleuchtet die Situation der Wanderarbeiter,

ohne die der Bau der Sportstätten und Infrastruktur nicht möglich gewesen wäre. Was sie schließlich bauen und welche Probleme in der Stadtentwicklung in Beijing bestehen, beschreibt der im chinesischen Bauministerium tätige Falk Kagelmacher. In dem Beitrag werden die ökologischen und sozialen Kosten dieser Entwicklung deutlich. Schließlich beschreibt der Umweltaktivist Wen Bo ein Beispiel zivilgesellschaftlichen Engagements am Beispiel einer studentischen Umweltgruppe.

One World – One Dream

Über dieses Motto der XXIX. Olympischen Spiele ließe sich lange diskutieren. Festzuhalten aber ist: Neben dem gemeinsamen Traum von Frieden und Gerechtigkeit gibt es viele unterschiedliche Träume. So ist der des tibetischen Volkes sicherlich ein anderer als der der chinesischen Führung, der der Wanderarbeiter sicherlich ein anderer als der der Sportartikelindustrie.

Der Traum der chinesischen Führung war groß, weltbewegend sozusagen. Der Vorsitzende des chinesischen IOC He Zhenliang versprach zur Eröffnung der Schweizer Ausstellung „5000 Years of Sport in China“, dass Chinas Hauptbeitrag zu den Olympischen Spielen in „Ren wen“ – im Sinne von „humanen Spielen“ bzw. „Spielen des Volkes“ – bestehen werde. Ersteres meint die Verschmelzung westlicher mit chinesischen Kulturelementen (die Aufnahme von chinesischen Kampfsportarten in den olympischen Kanon, die Ausrichtung der olympischen Architektur nach Feng Shui-Maßstäben, die „spezifisch chinesische Gastfreundlichkeit“), letzteres die Möglichkeit, das chinesische Volk auf eine globalisierte Welt vorzubereiten (Englisch-Unterricht, Internettraining, Benimmschulung, Erziehung im „Kosmopolitismus“). Maßstäbe bei Doping-Kontrollen und Sicherheit sollten gesetzt werden. Es sei nun an China, ein „asiatisches“ Element der olympischen Symbolik hinzuzufügen. Man musste sich fragen: Ändert China Olympia und nicht Olympia China? Heute scheinen die großen Worte wie Hohn und die chinesische Führung muss sich mit den Anforderungen der neuen globalisierten Situation auseinandersetzen.

Es bleibt zu wünschen, dass sich in den kommenden Diskussionen nach den Olympischen Spielen eine differenzierte Sichtweise durchsetzt, die den Entwicklungen in China gerecht wird.

Das Netzwerk „EU – China: Civil Society Forum“ wird auch durch eine Verstärkung der Vernetzung von zivilgesellschaftlichen Organisationen einen Beitrag dazu leisten.

Abschließend möchten wir allen Autoren und externen Ratgebern dieser Broschüre unseren herzlichen Dank aussprechen und den Leserinnen und Lesern eine spannende Lektüre wünschen.

Essen, im April 2008



Die Kontroverse um das Olympialand China

Sven Hansen

Bis zur Niederschlagung antichinesischer Proteste in Tibet Mitte März 2008 war die Frage eines Boykotts der Beijinger Spiele kein großes Thema. Bis dahin hatten zwar auch die beiden Grundpositionen im westlichen Umgang mit China – Einbindung oder Eindämmung – die Kontroverse um die Spiele in Beijing geprägt. Doch als sich politisch die Einbindung durchsetzte, fand auch die Idee eines Boykotts keine Anhänger mehr. Debattiert wurde vielmehr nur noch, ob genug getan wurde, um die Menschenrechte mittels der Spiele zu stärken. In der dann durch die Tibet-Unruhen aufgeflamnten westlichen Boykott-Debatte standen zunächst Vorschläge begrenzter symbolischer Aktionen wie etwa eines Boykotts der Eröffnungsfeier im Mittelpunkt.

Das Olympiajahr 2008 hatte für die Führung in Beijing nicht gut begonnen. Im Januar sorgte ein Bericht der britischen Sunday Times über die Vertuschung des Todes von mindestens zehn Wanderarbeitern, die beim Bau des Olympia-Stadions („Vogelnest“) bei Arbeitsunfällen ums Leben gekommen seien, für Aufsehen. Nachdem die verantwortlichen Behördenvertreter den Bericht zunächst empört zurückgewiesen hatten, räumten sie bei einer Pressekonferenz am 28. Januar den Tod von zwei Arbeitern ein. Dabei verwickelten sie sich so in Widersprüche, dass sie schließlich insgesamt sechs Todesfälle zugaben, darunter zwei beim Bau des prestigeträchtigen Stadions.

Bis heute kann nicht unabhängig untersucht werden, wie viele Menschen wirklich bei Arbeitsunfällen im Zusammenhang mit Beijinger Olympiabauten ihr Leben verloren. Ein Trost blieb laut Sunday Times den Angehörigen: Verbunden mit der Aufforderung zu schweigen wurden sie für chinesische Verhältnisse ungewöhnlich hoch entschädigt. Schließlich wollte man sich im Zusammenhang mit den Olympischen Spielen jegliche negative Schlagzeilen ersparen.

Spielbergs Absage: Gesichtsverlust für Beijing

Am 13. Februar verkündete dann der Hollywood-Starregisseur Steven Spielberg, er wolle nicht länger künstlerischer Berater für die Eröffnungs- und Abschlussfeier der Spiele sein. Er begründete dies damit, dass China seinen großen Einfluss auf die Regierung des Sudan viel zu wenig nutze, um diese zur Beendigung des Völkermordes in Darfur zu bewegen. Das „Gewissen erlaubt mir nicht mit dem Geschäft wie üblich fortzufahren“, teilte der Regisseur in einer Erklärung mit.

Fast zeitgleich mit Spielbergs Rücktritt, auf den das offizielle Beijing unprofessionell und mit einem Tag Verzögerung reagierte, forderten acht Friedensnobelpreisträger und zahlreiche Prominente Chinas Führung in einem Offenen Brief auf, stärker ihrer Verantwortung als wichtigster Partner des Sudan gerecht zu werden.

Chinas außenpolitische Rolle als wichtiger, zum Teil sogar wichtigster Partner für Regime, die von westlichen Regierungen als „Schurkenstaaten“ bezeichnet werden, hatte bei der Diskussion um die Vergabe der Spiele 2001 noch keine Rolle gespielt. Sie war aber in den letzten Jahren mit den Konflikten um Nordkorea, Birma, Iran, Darfur und Simbabwe zu einem wichtigen außenpolitischen Thema wie auch einem Indikator für Chinas internationalen Bedeutungszuwachs geworden. Jetzt wurde diese große Bedeutung von Boykottbefürwortern wie -gegnern ins Feld geführt.

Gebrselassies Sorgen um die Gesundheit

Chinas globale umweltpolitische Verantwortung und seine eigenen Umweltsünden wurden bereits 2001 thematisiert. Auch im Frühjahr 2008 holte das Umweltthema die

Regierenden in Beijing wieder ein. So erklärte der äthiopische Marathon-Weltrekordler und mehrfache Olympiasieger Haile Gebrselassie am 10. März, wegen der schlechten Luftqualität nicht bei den Spielen in Beijing auf der Langstrecke antreten zu wollen. Der Asthmatiker erklärte, ihm sei das gesundheitliche Risiko zu groß.

Gebrselassies für Beijing peinliche Absage ging einher mit Medienberichten über die Sorgen anderer Sportler und ihrer Verbände über die schlechten Umweltbedingungen sowie das Risiko, dass wegen verseuchter Böden in chinesischen Lebensmitteln während der Spiele Rückstände unerlaubter und unerwünschter Substanzen gefunden werden könnten. Weitere Berichte über die chronische Wasserknappheit in der Region Beijing und die Versuche, durch Wasserumleitungen eine ausreichende Versorgung im August sicherzustellen, drückten die anhaltenden Sorgen über Chinas katastrophale Umweltbedingungen aus.

Als ab dem 10. März, dem 49. Jahrestag eines unterdrückten Volksaufstandes gegen die chinesische Besatzung in Tibet, in Lhasa buddhistische Mönche zu demonstrieren begannen und die zunächst friedlichen Proteste am 14. März in brutale antichinesische Gewalt mit zahlreichen Toten eskalierten, geriet auch Chinas fragwürdige Politik in Tibet und damit seine Minderheitenpolitik in den Fokus der Weltöffentlichkeit. Dabei dürften die nahenden Spiele und die damit verbundene Aufmerksamkeitsgarantie die tibetischen Demonstranten ermutigt haben.

Chinas kompromisslose Haltung gegenüber den Tibetern und dem Dalai Lama als ihrem Oberhaupt, die Repression und die an maoistische Zeiten erinnernde martialische Rhetorik („Volkskrieg gegen Separatismus“, „Kampf auf Leben und Tod“) zeigten, dass die erhoffte politische Liberalisierung im Vorfeld der Spiele nicht wirklich stattgefunden hatte. Offenbar nimmt Beijing die friedliche Botschaft der Spiele selbst nicht ernst.

Auch wurde im Falle Tibets das im Rahmen von Olympia abgegebene Versprechen der freien Berichterstattung ausländischer Medien sehr schnell gebrochen, ausländische Journalisten aus der Autonomen Region Tibet verwiesen oder gar nicht erst hineingelassen. Besonders bei den elektronischen Medien wurde von Beijing auf die bewährten Zensurmaßnahmen und die eigene Propandamaschinerie zurückgegriffen.

Der Tibet-Schock

Die blutigen Unruhen in Tibet führten in westlichen Ländern zu einer neuen und stärkeren Boykottdebatte. Dabei sind viele Fakten über die genauen Vorgänge vor und nach dem verhängnisvollen 14. März in Lhasa nicht klar. Fühlten sich manche an die gewaltsame Niederschlagung der studentischen Demokratiebewegung 1989 auf Beijings



Im Unterschied zum IOC hat der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) im Mai 2007 ein Positionspapier zum Thema „China und Menschenrechte“ beschlossen. Das erfolgte zwar erst sechs Jahre nach der Vergabeentscheidung, doch immerhin noch mehr als ein Jahr vor den Spielen. „Dem DOSB ist bewusst, dass die Menschenrechtssituation in China trotz feststellbarer Verbesserungen in den letzten Jahren nach wie vor nicht zufriedenstellend ist“, heißt es in dem Papier. „Dabei stehen vor allem die Abschaffung der Todesstrafe, die Ächtung jeder Art von Folter, eine Amnestie für politische Gefangene aus Anlass der Spiele, die faire Entschädigung solcher Chinesen/innen, die im Zuge der umfangreichen Bauvorhaben enteignet wurden, und die vollständige Bewegungsfreiheit aller Journalisten/innen auf der Agenda.“

Tiananmen-Platz erinnert, berichtete der einzige westliche Journalist in Lhasa am 14. März, der britische Economist-Korrespondent James Miles, zunächst von einer gewissen Zurückhaltung der chinesischen Sicherheitskräfte.

Trotz der Ereignisse in Tibet lehnten neben amnesty international und dem Dalai Lama nach wie vor fast alle wichtigen Politiker sowie die Spitzenverbände des Sports einen Boykott der Beijinger Spiele ab. Dies meist mit dem Verweis auf die Wirkungslosigkeit des Boykotts der Moskauer Spiele 1980, die Fairness den aktiven Sportlern gegenüber oder dem Hinweis, dass der Sport nicht für das Versagen der Politik verantwortlich gemacht werden könne. Auch wurde darauf verwiesen, dass ein Boykott niemandem helfen würde, sondern allenfalls zu einer nationalistischen Verhärtung auf chinesischer Seite führen könnte. Zudem sei China heute in fast allen internationalen Fragen schlicht zu wichtig, um es ausschließen zu können.

Debattiert wurde auch, ob nicht bereits die Entscheidung des IOC zur Vergabe der Spiele an Beijing ein Fehler gewesen sei, wie etwa der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, der CDU-Bundestagsabgeordnete Günter Nooke, meinte. Weitere Fragen waren, ob das IOC genug getan habe, um Chinas Regierung die mit dem Zuschlag für die Spiele verbundene menschenrechtliche Verantwortung klar zu machen und Beijing immer wieder an diese zu erinnern. Dabei tauchte auch die Frage auf, ob es nicht zwischen den Grundpositionen Teilnahme oder Boykott Raum für symbolische Aktionen geben könnte, die Kritik an Beijings Politik ausdrücken. So argumentierten etwa der französische Außenminister Bernard Kouchner und der Präsident des Eu-



ropaparlaments, Hans-Gert Pöttering (CDU), dass westliche Staats- und Regierungschefs, aber womöglich auch Sportler, der Eröffnungsfeier demonstrativ fernbleiben sollten. Pöttering sagte: „Bleiben Signale der Verständigung aus, halte ich Boykottmaßnahmen für gerechtfertigt“.

Gute Miene zum bösen Spiel?

Zwar hielten viele Kommentatoren und Politiker einen Boykott der Spiele für ungeeignet, doch wurde deutlich, dass sie nach Wegen suchten, bei einer Teilnahme nicht „gute Miene zum bösen Spiel“ machen zu müssen. Vielmehr wollten sie angesichts der Repression in Tibet ihre Betroffenheit und ihren Protest ausdrücken. Das Europaparlament diskutierte erneut die Frage eines Boykotts; es hatte sich bereits im Juli 2001 in einer Resolution gegen die Vergabe der Spiele an Beijing ausgesprochen.

Zu Ostern wurden dann erstmals auch unter aktiven und ehemaligen deutschen Hochleistungssportlern kritische Stimmen laut, die – zum Teil unter Verletzung der strengen IOC-Regeln, welche politische Statements in den Stadien verbieten – nach Mitteln und Wegen des politischen Protestes im Rahmen der Spiele suchen wollten. Diese Sportler wollten sich nicht für eine Propagandashow eines brutalen Regimes missbrauchen lassen.

IOC-Präsident Jacques Rogge wies kurz vor der Entzündung der Olympischen Flamme im griechischen Olympia am

24. März Kritik an seiner Organisation und ihrem Verhalten gegenüber China zurück. Er erklärte: „Wir glauben, dass China sich durch die Öffnung des Landes für die prüfenden Blicke von 25.000 Medienvertretern, die die Spiele besuchen werden, ändern wird. Die Olympischen Spiele sind eine Kraft für das Gute. Sie sind ein Katalysator für Wandel, nicht ein Allheilmittel für alle Übel.“ Als es bei der Entzündungszeremonie zu Protesten kam, legte Rogge nach und betonte die positive Rolle der Spiele auch im Hinblick auf Tibet: „Die Vergabe der Olympischen Spiele nach China hat China ins Rampenlicht gebracht. Tibet ist zu Recht auf den Titelseiten. Es wäre aber nicht auf der ersten Seite, wenn die Spiele nicht in China vorbereitet würden.“

Trotz vieler im Vorfeld geäußelter Bedenken war 2001 im IOC die Vergabeentscheidung zugunsten Beijings überraschend schnell und eindeutig gefallen. Es war erst das fünfte Mal, dass die Spiele nach Berlin (1936), Mexiko (1968), Moskau (1980) und Seoul (1988) an einen autoritär regierten Staat vergeben wurden. Beim vorherigen Anlauf 1993 hatte Beijing bei der Vergabeentscheidung über die Spiele 2000 mit nur zwei Stimmen knapp gegen Sydney verloren. Als entscheidend hierfür galt das schlechte Image Chinas, das es nur vier Jahre nach dem „Tiananmen-Massaker“ noch hatte.

Olympische Spiele als Chance

2001 hatte sich die Wahrnehmung Chinas bei vielen IOC-Vertretern geändert. Viele glaubten im Unterschied zu 1993 sei jetzt die Zeit reif für China. Die Olympischen Spiele wurden jetzt als Chance gesehen, Chinas Wandel zu fördern und es zu einem verantwortlichen Mitglied der Weltgemeinschaft zu machen. Zudem galt es natürlich auch, diesen wichtigen Zukunftsmarkt für den Olympischen Sport zu erschließen. Wirtschaftsverbände wie die amerikanische Handelskammer in Beijing werteten Olympische Spiele explizit als Chance, das Reich der Mitte weiter zu öffnen.

Die meisten Menschenrechtsorganisationen standen der Vergabe der Spiele an Beijing kritisch gegenüber, doch direkt zum Boykott riefen nur wenige auf. Auch der Dalai Lama sprach sich immer für die Spiele in Beijing aus. Davon versprach er sich letztlich für Tibet mehr internationale Aufmerksamkeit.

„Ein Boykottaufruf könnte das falsche Signal senden“, sagt auch Dirk Pleiter, China-Experte der deutschen Sektion von amnesty international (ai). Die Menschenrechtsorganisation ruft auch nach der Niederschlagung der Proteste in Tibet nicht zum Boykott der Beijinger Spiele auf. Diese würden von einem großen Teil der chinesischen Bevölkerung unterstützt und auch als Anerkennung für Chinas Entwicklung der letzten 30 Jahre gesehen, so Pleiter. Ai habe sich deshalb für eine kritische Begleitung der Spiele entschieden.

Kein Menschenrechtsautomatismus

Ähnlich wie bei der Fußballweltmeisterschaft 1978 in Argentinien, als die Kampagne „Fußball ja, Folter nein“ durchgeführt hatte, lancierte die Organisation im Dezember 2007 die Kampagne „Gold für Menschenrechte“. Zwar habe es in China in letzter Zeit einige Verbesserungen gegeben, wie etwa eine leichte Reduzierung der Anwendung der Todesstrafe, doch die fundamentalen Menschenrechtsprobleme – willkürliche Verhaftungen, Folter, Misshandlungen, exzessive Anwendung der so genannten Administrativhaft – seien unverändert, so Pleiter.

Er wirft dem IOC vor, es sich mit der Menschenrechtsproblematik zu einfach zu machen, indem es einen Automatismus der Verbesserung durch die Spiele unterstelle. Dabei könne sogar das Gegenteil eintreten. „In Tibet könnte sich zeigen, dass bestehende Menschenrechtsprobleme durch die Spiele noch verstärkt werden“, so Pleiter. Denn vielleicht sei es ohne die Spiele in Beijing gar nicht zu den gewalttätigen Protesten gekommen.

Für viele Boykottaufrufe gilt das Paradox, dass sie nur potentiellen Druck auf Chinas Regierung ausüben können, weil die Spiele an Beijing vergeben wurden. Und der Druck kann nur so lange ausgeübt werden, wie ein Boykott noch nicht beschlossen wurde. Sollte dies wider Erwarten der Fall sein, ist damit die diplomatisch scharfe und nur einmal pro Spiele benutzbare Waffe angewendet und das Heft des Handelns aus der Hand gegeben. Sollte Beijing dann nicht wie gewünscht reagieren, hätten die Boykotteure kaum noch Einfluss.

Beijing warnt vor Politisierung

Beijing warnt seinerseits gebetsmühlenartig vor einer Politisierung der Spiele. Dabei waren Olympische Spiele noch nie unpolitisch. Im Gegenteil. Das macht im Idealfall sogar ihre Qualität aus, schließlich ist die friedenspolitische Botschaft ja auch ihr eigener Anspruch und die Vergabe der Spiele an Beijing war auch mit politischen Hoffnungen und sogar dem Versprechen der Verbesserung der Menschenrechtsslage verbunden.

Ausgerechnet die Regierung in Beijing, die heute eindringlich vor einer Politisierung der Olympischen Spiele warnt, boykottierte diese Spiele in der Vergangenheit am häufigsten. Zwischen 1956 (Melbourne) und 1980 (Moskau) blieb Beijing allen Sommerspielen fern, meist wegen des Streits um Taiwan, das aus Beijinger Sicht nicht genug isoliert wurde. 1980 schloss sich Beijing, das erstmals wieder an den Winterspielen in Lake Placid (USA) teilgenommen hatte, wegen des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan indirekt dem westlichen Boykott der Moskauer Spiele an. Da für Chinas Regierung die Spiele noch nie unpolitisch waren,



können sie es auch nicht sein, wenn sie in der eigenen Hauptstadt stattfinden. Vielmehr dürfte es bei der Warnung vor Politisierung darum gehen, politischen Druck abzuwehren und einen Gesichtsverlust zu verhindern.

Die Kontroverse um das Olympialand China ist von Anfang an von Warnungen vor den menschenrechtlichen Risiken und von Hoffnungen auf entsprechende Chancen geprägt. Diese Hoffnungen werden jedoch nicht durch eine entsprechende Politik des IOC und des Westens untermauert, die konkrete Schritte einfordert. Wenn sich auch in der westlichen China-Politik die Strategie der Einbindung generell durchgesetzt hat, so reagiert der Westen im konkreten Fall oft ratlos, widersprüchlich und inkonsequent. Dies legen auch die Reaktionen auf die Krise in Tibet nahe. Ähnlich unbeholfen reagiert das IOC. Ihm unterstellen viele, weniger hehre Ziele zu verfolgen, als vielmehr kommerziellen Interessen verfallen zu sein.

Momentan ist die Skepsis gegenüber den Beijinger Spielen wegen der Ereignisse in Tibet so groß wie nie. Das IOC ist gefordert, grundsätzliche Konsequenzen zu ziehen, welche die künftigen Risiken für die Menschenrechte minimiert. In Zukunft jedoch Spiele nur noch an westliche Industrieländer zu vergeben, die hohen menschenrechtlichen Standards entsprechen, würde die potentiellen Chancen ungenutzt lassen und letztlich eine Spaltung der Welt zementieren, statt sie zu überwinden helfen. Doch dies wird auch nur durch die Formulierung menschenrechtlicher Mindeststandards von Seiten des IOC gelingen sowie ihrer regelmäßigen Überprüfung und gegebenenfalls abgestuften Sanktionierung. Die Chancen der Spiele für die Menschenrechte müssen systematischer genutzt und gefördert werden. Die Förderung von Frieden und Menschenrechten ist kein Selbstläufer. Schließlich sind schon jetzt mit der Vergabe der Winterspiele 2014 an das russische Sotchi neue Kontroversen absehbar.



Stimmen aus China

Die Patriotismus-Falle

Nora Sausmikat

Die Stimmen aus China sind überschattet von den Tibet-Protesten und den westlichen Reaktionen darauf. Das Olympische Motto umzuformulieren in „Keine Welt, kein Traum“, wie es der Autor Ai Weiwei tut, zeigt einerseits die Frustration auf Seiten der Intellektuellen. Nach jahrelangem Reformprozess stellen sie statt Fortschritte nur Rückschritte bezüglich demokratischer Reformen und sozialer Gerechtigkeit fest. Andererseits kommt auch die Enttäuschung und zuweilen Empörung der Bevölkerung über die Ächtung Chinas durch westliche Medien zum Ausdruck. Beide Positionen veranschaulichen das Grunddilemma chinesischer Intellektueller, gefangen in der explosiven Triade Patriotismus, politische Reformen und Beziehung zum „Westen“. Der von dem in Paris lebenden chinesischen Schriftsteller Gao Xingjian benannte „China-Komplex“ ist immer noch wirksam:

„Der Patriotismus bildet meiner Meinung nach für die chinesische Intelligenz wirklich eine Falle, dieser ‚China-Komplex‘ ist eine psychische Krankheit, von der sich die Intellektuellen befreien müssen. (...) Die Anerkennung der Menschenrechte, insbesondere der Freiheit des Denkens, fällt gerade deswegen so schwer, weil der Patriotismus zu schwer auf der chinesischen Intelligenz lastet.“

Die folgenden drei Beiträge bilden zwar nur vier Stimmen aus dem multiplen Stimmengewirr der chinesischen Diskussion zu Olympia ab. Sie zeigen aber die Gegensätzlichkeit der Positionen und damit auch die Pluralität, die mittlerweile eine Selbstverständlichkeit in China geworden ist. Während der schon im Alter von 25 Jahren international bekannt gewordene Literaturwissenschaftler und Mit-Gründer des chinesischen PEN Yu Jie und der zuletzt in Deutschland auf der Documenta zu sehende Künstler und Architekt Ai Weiwei ihre Meinung noch in einer Zeit kundtaten, als die aktuelle Tibet-Krise weit entfernt lag, äußern sich die beiden Wissenschaftler He Weifang und Fang Weigui während ihres Aufenthaltes in Deutschland unter dem Eindruck der jüngsten Ereignisse.

Dies macht sicher einen Unterschied. Ai Weiwei, der als Berater für das von Herzog & de Meuron entworfene „Vogel-nest“ fungierte, ist sicher einer der prominentesten und schärfsten Kritiker der Spiele. Für ihn sind diese eine einzige große Propagandashow, die weit entfernt vom chinesischen Volk und der chinesischen Realität stattfindet. Yu Jie, ein entschiedener Gegner von einseitig anti-amerikanischem Patriotismus, schließt sich dieser Kritik an. In einem im März 2008 erschienenen Manifest spricht er sich neben 29 anderen Unterzeichnern für eine neue Tibet-Politik, Gewaltverzicht auf beiden Seiten und gegen die einseitige Anti-Dalai Lama-Propaganda aus. Wieder warnt er vor „extremem Nationalismus“, den er für die größte Gefahr in China hält. Yu Jie gehört(e) zu den sehr einflussreichen jungen Intellektuellen; seine Bücher waren angeblich in den Regalen des für 1989 verantwortlich gemachten Ex-Premier Zhao Ziyang zu finden.

Die beiden Akademiker He und Fang nähern sich dem Thema kurz vor den Spielen mit einer Kritik an den westlichen Medien. Der Jurist He hebt aber auch hervor, dass man mit der Vergabe der Spiele an China viele Hoffnungen in Bezug auf einen Push-Effekt für mehr bürgerliche Freiheiten verknüpft hat. He kämpft seit Jahren für Verbesserungen im Rechtssystem, berät den Nationalen Volkskongress und setzt sich für die Institutionalisierung einer unabhängigen Gerichtsbarkeit ein. Der Literaturwissenschaftler und Sinologe Fang dagegen lebte 20 Jahre in Deutschland und ist 2006 als in Deutschland habilitierter Wissenschaftler nach China zurückgekehrt. Er kritisiert die einseitige Berichterstattung im Westen und ist enttäuscht darüber, dass die viel gepriesene Medienfreiheit des Westens nur einseitige Berichterstattungen produziert.

Der durch die Tibet-Krise erneut hervorgerufene Antagonismus zwischen „dem Westen“ und China bedeutet für viele zivilgesellschaftliche Akteure, dass ihr Anliegen, in China etwas zu verändern, erschwert wird.

Keine Welt, kein Traum

Ai Weiwei

Wir sind bereit.

Nach dreißig Jahren der allmählichen Öffnungen und Reformen sind wir im Jahr 2008 angekommen. Die Menschen sind vorsichtig und ängstlich: Wie lange wird unser alter kaputter Staatsapparat weiterlaufen, bis er zusammenbricht? Nur noch eine Frage der Zeit.

2007 wurde hart um die Verteidigung der Bürgerrechte gekämpft. Mal ging es vorwärts, mal rückwärts, die Menschen gewöhnten sich an Verzweiflung und Ermüchterung, an die Unfähigkeit des Regimes und seine alten Lügen. Der neue Reichtum des Landes ist schockierend, niemand aber wagt es, nach den Neureichen zu fragen. Ihr Reichtum wurde nicht erarbeitet, er entstand durch Schattengeschäfte und die merkwürdige Staatsdoktrin, dass eben „manche zuerst“ reich werden müssten. Jetzt sind die Armen noch ärmer geworden. Aber niemand interessiert sich dafür, wie Armut sich derartig ausbreiten kann. Die Preise steigen wie verrückt. Luft und Flüsse werden immer schmutziger. Grund und Boden werden einem unter den Füßen weggezogen. Nach dreißig Jahren der Öffnungen und Reformen müssen die Menschen sich fragen, was eigentlich passiert ist: In welcher Welt leben wir? Was für eine Zeit liegt hinter uns, woraus besteht überhaupt unsere Gegenwart? Welcher Zukunft gehen wir entgegen?

Die ruhmreiche und doch unrühmliche Realität sieht so aus: Die ökonomische Kraft unseres Landes hat Deutschland hinter sich gelassen. Wir liegen nur noch hinter Japan und den Vereinigten Staaten. In den letzten dreißig Jahren aber hat es keine wirklichen politischen Reformen gegeben – und keine freien Wahlen, keine Rede- und Pressefreiheit. Was die Medien uns erzählen, ist weit entfernt von jeder

Realität. Die Menschen glauben an nichts mehr, das Kapital wird ungerecht umverteilt, die Mächte arrangieren sich mit der neuen Situation. Die Interessen der Nation werden aufgeteilt und ausverkauft. Die Olympischen Spiele 2008 in Beijing werden nichts mit dem Willen des Volkes oder mit Freiheit zu tun haben. Die Feier der Nation wird ohne die Bevölkerung stattfinden, als leere Zeremonie, als Mythos ohne Verbindung zur modernen Zivilisation. Das Endresultat wird nicht nur eine Grotteske sein, sondern auch unendliche Langeweile verbreiten. Und zwar aus einem einfachen Grund: In dieser Welt kann keine Autokratie behaupten, ein Glanzstück der Demokratie zu sein, so wie sie auch ihr wahres Antlitz nicht mit Harmonie und Freude maskieren kann. Mit Täuschung und Verrat sind die Herzen der Menschen nicht zu gewinnen.

„Eine Welt, ein Traum“ lautet das Motto der Beijinger Sommerspiele. „Eine Welt“ – welche Welt? Bei uns gibt es keine Demokratie, keine Gerechtigkeit und Gleichheit, nur Täuschung und Verrat. Und „ein Traum“ – welcher Traum? Noch mehr korrupte Behörden, unsaubere Geschäfte, endlose Lügen und zweifelhafter Wohlstand.



Ai Weiwei
Konzeptkünstler, Documenta-Teilnehmer
und Olympiastadionplaner

Quelle: Süddeutsche Zeitung
11.1.08, übersetzt nach
<http://blog.sina.com.cn/aiweiwei>

Einig für Olympia?

Yu Jie

Als eine Delegation des Internationalen Olympischen Komitees nach Beijing kam, hingen überall Banner mit Slogans wie: „Das gesamte chinesische Volk unterstützt in Einigkeit die Bewerbung Beijings für die Olympischen Spiele 2008.“ China, ein großes und stolzes Land der Schlagworte, strebte wieder einmal auf einen Höhepunkt in Sachen Losungen und Slogans zu. Aber verglichen mit den Losungen der Kulturrevolution, in denen es zum Beispiel hieß: „Zehntausend Jahre dem Vorsitzenden Mao“ und „Schlagt die Hundeköpfe, die den kapitalistischen Weg gehen!“, vermittelten die Slogans der Olympia-Bewerbung mit ihrem

feinen Design doch immerhin das Gefühl, dass es in diesem Land einen gewissen Fortschritt gibt.

Ich selbst bin ein Teil des „chinesischen Volkes“, unterstütze die Olympiade in Beijing jedoch keineswegs. Ich hätte es viel besser gefunden, wenn man die zig Millionen, die derart verschwenderische Sportfeiern das arbeitende Volk kosten werden, in Bereiche wie Ausbildung und Umweltschutz investiert hätte, die Finanzhilfen viel dringender nötig haben.

Statt Beijing weiter zu verschönern und hier, wie man in einem Sprichwort sagt, „Blumen auf Brokat zu sticken“,

hätte man lieber die Armutgebiete in Chinas Westen unterstützen und den Menschen dort „im tiefsten Winter Kohlen bringen“ sollen. Ich habe in den Berggebieten von Sichuan Kinder erlebt, die zu Schulabbrechern wurden, weil ihre Familien die Gebühren von 50 Yuan (etwa fünf Euro) pro Schul-Halbjahr nicht mehr aufbringen konnten. In den Bergen von Shaanxi habe ich Dorfbewohner getroffen, die zig Kilometer weit laufen mussten, um überhaupt an Trinkwasser zu gelangen. Würden solche Investitionen in die Zukunft unseres Landes und zur Rettung unserer Existenzgrundlagen nicht mehr Sinn machen als die Durchführung einer Olympiade?

Ich war kein Unterstützer dieser Bewerbung, aber ich habe kein Medium gefunden, um meine Meinung zu äußern.

Dialog ist der richtige Weg

Interview mit He Weifang und Fang Weigui zum Konflikt mit Tibet und zur Frage eines Olympiaboykotts

He Weifang ist Juraprofessor an der Universität Beijing. Der erklärte Todesstrafengegner zählt zu Chinas einflussreichsten Intellektuellen. Fang Weigui promovierte in Deutschland über Komparatistik und habilitierte sich in Sinologie über chinesische republikzeitliche Literatur. Heute ist er Professor an der Beijing Normal University. Die beiden waren vom 7. bis 10. April 2008 zu Gast in Berlin und Bonn im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Meeting China“ der Bundeszentrale für politische Bildung. Das Interview wurde geführt von Sven Hansen.

Wie werden die Ereignisse in Tibet und die westlichen Reaktionen darauf in China wahrgenommen?

He Weifang: Die chinesische Tibet-Diskussion ist recht pluralistisch. Zwar werden die Medien zensiert, wir erfahren offiziell nichts von den Protesten gegen den Fackellauf. Aber Chinas 210 Millionen Nutzer des Internets erfahren dort mehr als über die offiziellen Medien. Man muss die Vorgeschichte des Verhältnisses zwischen Beijing und dem Dalai Lama sehen. Es gibt in China die Tradition des gutmütigen, aber bevormundenden Herrschers, der Vertreter der nationalen Minderheiten im Sinne des kaiserlichen Tributsystems empfängt. Das ist heute nicht mehr angebracht.

Das Verhältnis sollte eher eines unter Gleichen sein. Aber auch dann würden die Alleinstellungsmerkmale der tibetischen Kultur nachlassen. Problematisch ist, wie der Westen

ßern. Ich bin davon überzeugt, dass es außer mir noch viele weitere chinesische Bürgerinnen und Bürger gibt, die ähnlicher Meinung sind wie ich. Aber auch ihnen stehen keine Möglichkeiten zur Verfügung, ihre Meinung öffentlich zu machen. Deshalb kann auf den Bannern stehen: „Das gesamte chinesische Volk unterstützt in Einigkeit die Olympischen Spiele 2008.“

*Aus dem Chinesischen von Monika Gänßbauer
Quelle: China Infostelle (Hg.), Aktuelle China-Nachrichten,
Nr. 83 vom 10.10.2006*



He Weifang



Fang Weigui

die Einflüsse Chinas auf Tibet bewertet, wenn es um Modernisierung geht. Die Bewertung ist nicht gerecht verglichen mit Prozessen in Europa oder Amerika, wo sich auch lokale Besonderheiten im Zuge der Modernisierung auflösen.

Fang Weigui: Sprechen der Westen und Osten über Tibet, reden sie aneinander vorbei. Die Chinesen lernen in der Schule, dass Tibet schon „ewig“ zu China gehörte, im Westen dagegen wird gelernt, dass China Tibet besetzt hat. 1,3 Milliarden Chinesen denken eben anders als die Menschen im Westen. Das ist keine kleine Minderheit, sondern ein großes Problem.

Wie wirkt die westliche Berichterstattung in China?

Fang: Chinas Intellektuelle wie breite Bevölkerungsschichten glauben längst nicht mehr alles, was das Zentralfernsehen zeigt oder in den Zeitungen steht. Aber die Chinesen, ob aus Eigeninitiative oder von der Regierung gesteuert, sind empört über die westliche Berichterstattung. Noch nie hat das chinesische Publikum die deutschen Medien n-tv, RTL, Bild, Berliner Morgenpost u.a. so ken-

nengelernt wie jetzt. Das erweckte den Eindruck, man hat was gegen uns. Die jüngere Generation, die vom Westen schwärmte, wurde jetzt enttäuscht.

Warum gelingt es Chinas Regierung trotz aller Investitionen nicht, die Tibeter auf ihre Seite zu ziehen?

He: China braucht ein neues Verfahren, um seine Einheit aufrecht zu erhalten. Man muss den Regionen mehr Einfluss auf ihre unmittelbaren regionalen Belange geben und dafür sorgen, dass sie adäquat vertreten sind in nationalen Institutionen. Die jetzigen tibetischen Vertreter im Volkskongress oder Zentralkomitee sind nur Alibivertreter. Mit Chinas traditionellem Tributsystem kann man keine Minderheiten- oder Außenpolitik mehr machen. Das in Hongkong praktizierte Konzept „ein Land, zwei Systeme“ könnte eine Lösung sein.

Warum spricht Beijing nicht mit dem Dalai Lama?

Fang: Chinesen denken nationalistisch und an den Zerfall der Sowjetunion und Jugoslawiens. Sie halten die Tibet-Frage für eine Intrige des Westens. Warum geben die Briten den Nordiren nicht nach oder die Spanier den Basken? Die Regierung sagt, wenn der Dalai Lama auf die Forderung nach Unabhängigkeit verzichtet, kann verhandelt werden.

He: Der Dalai Lama ist gemäßigt in seinen Forderungen. Ein Dialog ist vor den Olympischen Spielen aber nicht denkbar. Chinas Regierung hat ihm die Verantwortung für die Unruhen zugeschoben, ohne Beweise vorzulegen. Dahinter kann sie jetzt nicht einfach zurück. Aber längerfristig bin ich optimistisch.

Verstehen die Chinesen, wenn westliche Politiker aus Protest gegen Beijings Tibet-Politik der Eröffnung der Olympischen Spiele fernbleiben?

Fang: Jetzt wird es peinlich für Politiker im Westen. Gehen sie nach Beijing oder nicht? Chinas Regierung kann die westlichen Länder gegeneinander ausspielen. Wer nicht zu den Spielen kommt, kann vielleicht keine Geschäfte mehr machen.

He: Hätte man in China gewusst, was auf dem Weg zu Olympia alles passiert, hätte man die Spiele vielleicht nicht haben wollen. In den 120 Tagen bis zum Beginn ist aber noch Zeit, um die Chance zu nutzen, die in dieser unangenehmen Situation liegt. Bisher haben nur die Regierungen Tschechiens und Polens die Eröffnungsfeier abgesagt. Es ist wichtig für Chinas Regierung, Gespräche mit dem Dalai Lama aufzunehmen, das könnte die Stimmung im Vorfeld der Spiele verbessern.

Wie reagieren Religionsgemeinschaften?

Vertreter der fünf in der Volksrepublik China anerkannten Religionsgemeinschaften (Buddhismus, Taoismus, Islam, Katholiken, Protestanten) haben es begrüßt, dass die Olympischen Spiele erstmals in ihrem Land stattfinden sollen. Gleichzeitig meldeten sie ihre Wünsche bezüglich der religiösen Angebote während der Spiele an. Die chinesischen Behörden bestätigten daraufhin, dass es – wie auch bei bisherigen Olympischen Spielen – im Olympischen Dorf ein religiöses Zentrum geben werde, in dem religiöse Amtsträger stationiert und buddhistische, christliche, hinduistische, jüdische und muslimische religiöse Feiern für Athleten und ihre Teams angeboten werden. Im Vorfeld wurde jedoch bekannt, dass alle Athleten, Betreuer und Journalisten überprüft werden sollen, ob sie Mitglieder bzw. Anhänger von Amnesty International, „Free Tibet“ oder Falun Gong sind.

Laut amnesty international hat Olympia bisher die Menschenrechte in China nicht gestärkt, sondern geschwächt.

He: Bis zu den Ereignissen in Tibet habe ich eine größere Offenheit bei der Regierung gesehen, jetzt nicht mehr. Viele erhofften sich von den Spielen einen Schaufenstereffekt. Auch die Bürgerrechtler agieren jetzt offener und aggressiver. Wenn man bei Olympia sein Gesicht verliert, ist das schlimmer als irgendwann sonst. Die Verurteilung des Bürgerrechtlers Hu Jia letzte Woche zu dreieinhalb Jahren Gefängnis wegen „Subversion“ hat auch mit Olympia zu tun. Früher hätte er eine höhere Strafe bekommen. Chinas Regierung hat noch keine Art gefunden, richtig mit Bürgerprotesten umzugehen. Wenn du protestierst, denkt die Regierung, sie verliert ihr Gesicht.

Kann Kritik aus dem Westen in China etwas verändern?

Fang: Diesmal hilft der Druck nicht. Das ganze Land ist empört. Selten stand die Bevölkerung so hinter der Regierung wie in den letzten zwei Wochen. Die jungen Leute bewunderten eigentlich den Westen, aber die gegenwärtige Berichterstattung, die Verwendung von Fotos von Polizeigewalt gegen Tibeter, die in Nepal oder Indien gemacht wurden, aber als aus China stammend dargestellt wurden, empören die Chinesen.

He: China ist nicht mehr so monolithisch. Es gibt viele Meinungen zu diesem Thema. Man kann nicht sagen, dass



das Volk geeint hinter der KP steht, nur wegen der Berichterstattung. Andererseits belegen die Spiele in Seoul, dass Spiele ein wichtiger Schritt auf dem Weg in die internationale Familie und Wertegemeinschaft sind. Die auf dem Land lebende Mehrheit ist von vielen Informationen abgeschnitten. Sie weiß nicht, was sich in London oder Paris zugetragen hat, weil das nicht gezeigt wird im staatlichen Fernsehen. Aber die Stadtbevölkerung mit Internetzugang hat keine Probleme, sich das anzusehen und begreift das westliche Ausland zunehmend als uns gegenüber feindlich gesinnt. Der wahre Grund sei, dass man uns jetzt die Spiele nicht gönnt.

Was halten Sie von Titelbildern westlicher Medien dieser Tage, die Olympische Ringe aus Stacheldraht oder Handschellen darstellen?

He: Das ist Teil der Pressefreiheit. Ich habe schon schlimmere Bilder gesehen in China im Internet, wo Menschen, die gerade exekutiert werden, dargestellt werden in der Form der fünf Ringe. Ich finde das unangebracht. Es gibt Menschenrechtsverletzungen in China, aber man kann nicht sagen, wie es diese Extremdarstellungen nahelegen, dass nur mit Handschellen die Ordnung aufrecht erhalten wird. Das entspricht nicht der Realität.

Fang: Ich finde Pressefreiheit gut, aber in dieser Form übertrieben. Solche Titelbilder wirken in China nur negativ. Sie verletzen die ganze Nation. Diese Bilder bauen Feindbilder auf, die erst in Jahren überwunden werden können.

Lässt sich die Regierung überhaupt mittels der Spiele unter Druck setzen, weil sie dann mehr Rücksicht auf die Weltmeinung nehmen muss?

He: Ich habe die Hoffnung gehabt, dass China sich mittels der Spiele ändern wird. Aber wahrscheinlich sind die Erwartungen an ein überwiegend sportliches Ereignis übertrieben. Chinas Wandel ist ein langfristiger Prozess, den man nicht an einem Großereignis festmachen soll. Die Hoffnungen, dass die Spiele ein trojanisches Pferd sein würden, mit dessen Hilfe dann Frieden und Glückseligkeit ausbrechen, sind übertrieben.

Sollten das IOC und die Sponsoren mehr Druck auf Beijing ausüben?

He: Die Sponsoren haben einen Rest an gesellschaftlicher Verantwortung, aber vor allem geht es ihnen darum, dass die Spiele stattfinden, viele Zuschauer haben und sich die Werbeinvestitionen rechnen. Deshalb haben sie kein Interesse, Druck auf die Regierung auszuüben.

Fang: Die Firmen denken hauptsächlich an Geld und wissen genau, dass sie keinen Druck ausüben können. Die Druckmöglichkeiten der Industrie sind viel geringer als von Regierungen. Chinas Regierung ist schlau genug, um westliche Länder gegeneinander auszuspielen. Die Firmen fürchten, nach August von Aufträgen ausgeschlossen zu werden.

Könnte das IOC mehr Druck machen und Beijing z.B. an seine Versprechen erinnern?

Fang: Jetzt, wo alles festgelegt ist, kann das IOC nichts mehr machen, außer die Vergabe intern zu bedauern. China wird von manchen als einer der großen „Schurkenstaaten“ gesehen, seine Regierung hört nicht auf das IOC. Der Druck hätte vor der Vergabe der Spiele erfolgen und mit Konditionen verbunden sein müssen.

Wie sollte „der Westen“ auf die Unterdrückung in Tibet im Hinblick auf die Spiele reagieren?

He: Dialog ist der richtige Weg, um konstruktiv Kritik vorzutragen. China als Land der Barbarei darzustellen, ist beleidigend und entspricht nicht der Realität.

Fang: Der Westen sollte Kritik üben, wenn Menschenrechte verletzt werden, zu schweigen wäre nicht normal. Die Presse schreibt, was sie will, aber die Politiker sind doch Profis und sollten anders reagieren als Menschenrechtsorganisationen und Presseleute. Die Politiker haben eine andere Verantwortung.



Reibungslos und grün: Chinas olympische Herausforderung

Kristin Kupfer

Seit der Vergabe der Olympischen Spiele 2001 an Beijing hat die Welt vor solch einem Szenario gezittert. Eine gewalttätige Protestbewegung – mit den Tibetern hatte dabei niemand unbedingt gerechnet – erhebt sich in China. Die kommunistische Führung schlägt diese blutig nieder. Zwischen Beijing und dem Westen ist ein medialer Kampf um die Deutungshoheit der Ereignisse entbrannt: Beide Seiten vereinfachen und verfälschen die Tatsachen. Das gegenseitig aufgebaute Vertrauen ist wie weggeblasen und die Boykott-Frage wieder auf dem Tisch. Ängste und Überlegenheitsgefühle des Westens prallen auf Enttäuschung und Zorn in China.

Ob sich nicht auch der ein oder andere Politiker der chinesischen Führung in einer stillen Minute gewünscht hat, dass die Spiele nicht in Beijing stattfinden, wird die Welt nie erfahren. Ob Beijing damals vor seiner Bewerbung Chancen und Risiken einer Austragung von Olympischen Spielen gegeneinander abgewogen hat, auch nicht. Aber vermutlich war China nicht klar, und es konnte ihm auch nicht klar sein, welche Herausforderung die Olympischen Spiele für die Volksrepublik mit sich bringen würden.

Die chinesische Führung betrachtete die Spiele als Bühne: Beijing will auf ihr seine traditionellen Errungenschaften, seine jüngsten Erfolge und zukünftige Visionen präsentieren. Die internationale Gemeinschaft als auch die eigene Bevölkerung sollen so von der Leistungsfähigkeit Chinas mit der kommunistischen Partei an der Spitze überzeugt werden. Kritiker der Olympischen Spiele in Beijing interpretieren dies als Machtdemonstration und populäre Mobilisierungskampagne der kommunistischen Führung. Befürworter sehen in einer chinesischen Olympiade unter den Augen der Weltöffentlichkeit den Versuch und die Chance für eine zunehmend problembewusstere und transparentere Politik der chinesischen Führung.

Chinas olympische Ziele

Nachdem das Internationale Olympische Komitee (IOC) Beijing im August 2001 den Zuschlag für die Olympischen

Spiele erteilt hatte, verabschiedete das Olympische Organisationskomitee Beijings (BOCOG) im März 2002 einen „Olympischen Aktionsplan“. In diesem formuliert China fünf Ziele in Bezug auf die Spiele: nationale Solidarität innerhalb der Bevölkerung, Modernisierung und nachhaltige Entwicklung, weitere Öffnung und neues internationales Image, Verbesserung des öffentlichen Benehmens der Bevölkerung sowie die Erhöhung des Lebensstandards. Diese Aspekte hat China in den olympischen Leitsatz „Grüne Spiele, Hightech Spiele, humanistische Spiele“ integriert. Aus Sicht Beijings ist sowohl die Vorbereitung als auch die Durchführung des sportlichen Großereignisses ein Testfeld für zentrale Ziele des gegenwärtigen und zukünftigen Chinas. Anhand von drei Beispielen soll dies verdeutlicht werden.

China meistert komplexe Herausforderungen effizient

Die olympische Bewerbung Beijings unterstützte die höchste Führungsebene zunächst nur sehr zurückhaltend. Die Enttäuschung über die knappe Niederlage bei der Kandidatur um die Spiele 2000 im Jahr 1993 saß immer noch tief. Beijing hatte lange Zeit wie der sichere Sieger ausgesehen. Den Zuspruch für Sydney empfand China als Demütigung und Abstrafung in Reaktion auf die Niederschlagung der Tiananmen-Proteste.

Im Laufe der Bewerbungs- und Evaluationsphase von 1999 bis 2001 stellte sich Chinas Führung jedoch entschlossen hinter das Vorhaben der Hauptstadt. Neben einem guten sportlichen Konzept hob das IOC bei der Evaluation von Beijings Kandidatur diese umfassende Unterstützung der Regierung als besonders positiv hervor. Das Komitee sah die offizielle Rückendeckung als Garant für die Überwindung von noch zu meisternden Schwierigkeiten, u. a. im Bereich des Umweltschutzes.

Die personelle Besetzung des im Dezember 2001 gegründeten BOCOG zeigt, welche Bedeutung China den Olympischen Spielen beimisst. Der Vorsitzende Liu Qi ist

Mitglied im Zentralkomitee der Partei, Parteichef von Beijing und ehemaliger Bürgermeister. Chen Zhili, ehemalige Bildungsministerin und Mitglied des ständigen Ausschusses des Staatsrates hat den Vize-Vorsitz inne. Der amtierende Bürgermeister Wang Qishan, Deng Pufang, Sohn von Deng Xiaoping und Vorsitzender des nationalen Behindertenverbandes sowie der ehemalige Vize-Propagandachef der KP und amtierende Sportminister Liu Peng fungieren als ausführende Direktoren des BOCOG.

Die Organisation und Arbeitsweise des BOCOG vermitteln einen hohen Grad an Professionalität und Flexibilität. Neben sehr gut ausgebildetem Fachpersonal und internationalen Kooperationen hat sich das Komitee im Laufe der Vorbereitungen einer kontinuierlichen Vergrößerung und Restrukturierung verpflichtet. Bis August 2008 sollen 4000 Mitarbeiter in 30 Abteilungen für einen reibungslosen Ablauf der Spiele sorgen. Die bis dato größtenteils vorbildhafte Olympiavorbereitung, u.a. die termingerechte Fertigstellung der Stadien, spricht für die Effizienz der Behörde. Allein die Handhabung des Ticketverkaufs führte in ein vorübergehendes Chaos: Der Ansturm von potentiellen Käufern überforderte die ausgesuchten Behörden, die Telefonleitungen und auch das Internet.

Auch von größeren Korruptionsskandalen ist die Behörde bis dato verschont geblieben. BOCOG betont deutlich das Prinzip der öffentlichen Überwachung und Transparenz. Im Umgang mit internationalen Medienvertretern tritt das Komitee – besonders im Vergleich zu anderen chinesischen Organisationen – überwiegend offen und flexibel auf. Dem entgegen steht die auch von Chinesen kritisierte Geheimniskrämerei um die Eröffnungsfeier oder um das als „Vogelnest“ bekannte Nationalstadion. Insgesamt sind jedoch die Bemühungen Chinas, das BOCOG als professionelle und effiziente Organisation zu präsentieren, bis dato größtenteils von Erfolg gekrönt. Der zentrale und hochkarätig besetzte Akteur der Olympiavorbereitung ist aus Sicht Chinas ein Modell für ein effizient arbeitendes Organ im Rahmen der Herrschaftsstrukturen der Kommunistischen Partei. Professionalität, Spezialisierung und Überwachung – nicht jedoch (basis)demokratische Prozesse und Entscheidungen – bilden hierbei die Schlüsselfaktoren. Gelingt es dem BOCOG die Olympischen Spiele reibungslos zu organisieren, dann ist dies aus Sicht Beijings auch ein Beweis für die Fähigkeit der Führung, größere Herausforderungen effizient zu meistern. Interessanterweise hat die KP die Olympischen Spiele auch zum Testfeld für die Fähigkeiten des potentiellen Nachfolgers von Hu Jintao erklärt. Der 55-jährige Xi Jinping ist seit Anfang des Jahres innerhalb des Ständigen Ausschusses des Politbüros für das olympische Projekt verantwortlich.

China handelt verantwortungsbewusst und innovativ

Bereits während der Kandidatur um die Austragung der Olympischen Spiele hat Beijing den Umweltschutz zum Schwerpunktthema gemacht. Das IOC beschrieb in seinem Evaluationsbericht die Bewerbung Beijing als eine „ökologische Herausforderung“, die aber durch Engagement und Investitionen der Regierung überwunden werden kann. Durch das Versprechen „Grüne Spiele“ zu präsentieren signalisiert China, dass es eine der zentralen Herausforderungen seiner zukünftigen Entwicklung erkannt und angenommen hat. Beijing und die Olympischen Spiele sollen auch in diesem Sinne Modellcharakter besitzen. Laut Olympischem Aktionsplan will die chinesische Führung Beijing bis 2008 zu einer „umweltverträglichen Stadt umbauen, die von grünen Hügeln, klarem Wasser, Grasflächen und blauem Himmel geprägt ist“. Allein für ökologische Projekte im Zuge der Spiele hat Beijing eine Investitionssumme von 5,4 Milliarden US-Dollar veranschlagt. Die Liste der ökologischen Vorhaben ist lang und umfasst u.a. die Umsiedlung von 200 Luft verschmutzenden Industrieunternehmen in die Außenbezirke Beijings, Ausstattung von Bussen und Taxen mit Erdgasmotoren und den verstärkten Aufbau von Grünflächen. Auch hat sich China in Bezug auf Umweltstandards westlichen Kriterien unterworfen: Die Schadstoffkonzentration in der Beijinger Luft soll 2008 die WHO-Standards von 2005 erfüllen. Die Grenzwerte für Emissionen neu zugelassener Autos müssen dem Europäischen Standard III entsprechen.

Als Symbol für ihr Bekenntnis zu moderner Umwelttechnologie präsentiert China das im Februar fertig gestellte Schwimmstadion. Es ist wegen der Blasenstruktur seiner Fassade als „Wasserwürfel“ bekannt. Die 3.500 hellblauen Blasen selbst bestehen aus einem sonnendurchlässigen und recycelbaren Kunststoff namens ETFE. Durch die Solarenergie werden die Energiekosten um bis zu 30 Prozent reduziert. Zudem isoliert ETFE und verhindert schnellen Wärmeverlust. Auf dem Dach sollen pro Jahr bis zu 10.000 Kubikmeter Regenwasser gesammelt werden. 80 Prozent des verbrauchten Schwimmbassins können im Gebäude selbst wieder verwendet werden. Der Bau kostete über 200 Millionen US-Dollar, über die Hälfte spendeten Chinesen aus Hongkong, Macao und Taipeh.

Mit Hinweis auf solche kostspieligen Prestigeprojekte, dem weltweit größten Programm zur künstlichen Wetterbeeinflussung und Ad-hoc-Maßnahmen wie die temporäre Beschränkung des Autoverkehrs, stellen Kritiker Beijings Absichten für einen nachhaltigen Umweltschutz in Frage. Laut Untersuchungen des IOC und chinesischer Statistiken hat sich die Luftqualität in der Hauptstadt verbessert – Beijing erfüllte die für 2007 angepeilten 245 Tage mit blauem

Himmel genau. Die möglichen Risiken für Ausdauersportler will das IOC notfalls durch einen „Plan B“ für entsprechende Wettkämpfe reduzieren.

Durch den ökologischen Schwerpunkt im Zuge der olympischen Vorbereitungen will Beijing Umweltschutz zu einer Priorität in der chinesischen Entwicklung machen. Die Zentralregierung will dabei den internationalen Druck durch die Ausrichtung der Spiele nutzen, um vorhandene institutionelle Widerstände gegen ein nachhaltiges Wachstum zu brechen. Diese kommen beispielsweise von Bau- und Energiebehörden oder auch von Seiten lokaler Kader, die durch zu hohe Umweltauflagen keine Unternehmensinvestitionen verprellen wollen.

Durch eine aktive und erfolgreiche Handhabung von Umweltproblemen im Zuge der Olympischen Spiele will die chinesische Führung zudem im In- und Ausland ihre Fähigkeit zu weitsichtigem und innovativem Handeln demonstrieren. Sein ernsthaftes Bemühen hat Beijing auch durch offen eingestandene Verfehlungen nationaler Schadstoffreduktionsziele und die Aufwertung der Umweltbehörde zu einem Ministerium jüngst bekräftigt. Im In- und Ausland hat China bis dato nur eine begrenzte Anerkennung für seine Umweltpolitik erlangt.

China eint eine lebendige und strahlende Kultur

Die Wahl zum Gastgeber der Olympischen Spiele 2008 des IOC am 13. Juli 2001 in Moskau verfolgten Millionen von Chinesen vor Fernsehern und Leinwänden. Als der Sieg Beijings bekannt gegeben wurde, stürzte sich die Hauptstadt in ein nächtliches Freudenfest. Die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua kommentierte in sichtlich bewegtem Ton: „Heute hat die Welt Beijing gewählt und die Welt blickt auf Beijing (...). Die Welt hat Beijings Stärke gefühlt und sich von seiner Aufrichtigkeit bewegen lassen. Während die Menschheit in ein neues Jahrhundert voranschreitet, sind sich die Menschen in einem einig: Die Zeit für Beijing als Gastgeber der Olympischen Spiele ist gekommen. Die Zeit ist gekommen, dass die olympische Flamme die Große Mauer erstrahlen lässt (...). China wird der Welt beweisen, dass die Entscheidung des IOC zu Beginn des Jahrhunderts weise war. Wir glauben, dass Beijing der Welt die besten Olympischen Spiele aller Zeiten präsentieren kann.“

Kritiker sehen in diesen und anderen Äußerungen einen Beleg für die Förderung eines kompetitiven und konfrontativen Nationalismus von Seiten der chinesischen Regierung. Der zum Ausdruck gebrachte Stolz und die pathetische Begeisterung vieler Chinesen in Bezug auf die Olympischen Spiele rührt jedoch primär aus dem kollekti-

ven Bewusstsein historischer Traumata. Durch den Niedergang der chinesischen Hochkultur Mitte des 19. Jahrhunderts, den Einfall der Kolonialmächte Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts und schließlich die wahnwitzigen Modernisierungskampagnen Maos, u.a. die Kulturrevolution, ringen große Teile der Bevölkerung mit einem (nationalen) Minderwertigkeitskomplex vis-a-vis den westlichen Industrieländern. Wird Chinas jüngster Erfolg und sein Versuch, wieder eine angemessene Rolle auf der Weltbühne einzunehmen, angefochten, kann die Emotionalität einer gefühlten Unterlegenheit schnell in eine aggressive nationale Feindseligkeit umschlagen.

Die chinesische Führung weiß jedoch wie zweischneidig ein solcher Nationalismus ist: Er gefährdet die angestrebte internationale Integration – nicht zuletzt auch in ökonomischen Beziehungen – und er kann sich auch sehr schnell gegen eine als zu korrupt und schwach empfundene Regierung in Beijing richten.

Deshalb setzt China im Zuge der Olympischen Spiele auf einen integrativen Nationalismus. Zum einen möchte Beijing durch eine Revitalisierung der chinesischen Tradition den nationalen Zusammenhalt innerhalb der Bevölkerung fördern. Zum anderen will die chinesische Führung durch Stolz auf traditionelle Errungenschaften und jüngste Erfolge der Nation den Wunsch nach einer zunehmenden Integration in die internationale Gemeinschaft wecken.

Dies fördert China zum einen durch architektonische Renovierungsarbeiten und partizipative Aktivitäten in Bezug auf die chinesische Kultur in Verbindung mit der olympischen Tradition. Das Emblem der Spiele, welches in der Ästhetik der traditionellen Siegelschnitzerei gestaltet ist und sowohl an einen stilisierten Läufer als auch an das chinesische Schriftzeichen für „Hauptstadt“ erinnert, symbolisiert diese angestrebte Synthese. Zum anderen bindet Beijing seine Bevölkerung in ein umfassendes Programm zur Förderung traditioneller chinesischer Tugenden wie Höflichkeit in Verbindung mit modernen Umgangsformen wie Erlernen der englischen Sprache oder Anstehtraining ein. Ausländischen Besuchern soll das Bild eines weltgewandten und weltoffenen Chinas präsentiert werden.

Die jüngsten aggressiven nationalistischen Ausbrüche im Zuge der westlichen Reaktionen auf die Proteste in Tibet scheinen diesem Anspruch zuwider zu laufen. Jedoch hat sich die Wut und Enttäuschung vieler Chinesen nicht an einer per se kritischen Haltung der internationalen Gemeinschaft entzündet. Vielmehr hat der Westen sie durch undifferenzierte Berichterstattung und moralisierende Anklagen mit provoziert. Wenn der Westen China zu Respekt und Ehrlichkeit auffordert, muss er auch selbst dazu bereit sein.

Ein Staat, 56 Völker

Thomas Heberer



Freiheit für Tibet – auf Proteste und Unruhen reagierte China vor den Olympischen Spielen in Beijing mit großer Härte. Die Unruhen in Tibet in den letzten Wochen haben verdeutlicht, dass die Lage in China keineswegs stabil ist. Vergessen wird in der Regel, dass China ein multiethnischer Staat ist, in dem die Tibeter lediglich 0,42 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Der letzten Volkszählung von 2000 zufolge hatten die 55 „nationalen Minderheiten“ einen Anteil von 8,4 Prozent an der Gesamtbevölkerung Chinas (die „Han“, die Bevölkerungsmehrheit, machten 91,6 Prozent aus).

China steht keineswegs vor einem Zerfall nach sowjetischem Muster. Gleichwohl nehmen die Konflikte zwischen den Nationalitäten zu. Im Gegensatz zu den radikalpolitischen Phasen der Mao-Ära (Großer Sprung, Kulturrevolution) findet derzeit keine gezielte Assimilierung der Minderheiten statt, sondern autoritär-patriarchalische Kontrolle.

Die Konflikte haben historische, politische, ökonomische, kulturelle und soziale Ursachen. Ethnische Konflikte beginnen stets im Denken von Nationalitäten. Noch heute erinnern sich z.B. die Miao daran, dass sie auf Grund der Ausdehnung der Han-Chinesen nach Süden und der Verdrängung der Miao im 18. Jahrhundert so verzweifelt waren, dass sie ihre Siedlungen auflösten, teilweise sogar ihre Frauen und Kinder töteten, um mit aller Kraft und letzter Konsequenz an einem Aufstand teilnehmen zu können, der in einer Niederlage mit 18.000 toten Miao endete. Ihr Land wurde an die Han verteilt, die Miao mussten sich tief in öde und unfruchtbare Berggebiete zurückziehen.

Bei den muslimischen Hui ist noch immer im Bewusstsein, dass bei der Niederschlagung muslimischer Aufstände im 19. Jahrhundert chinesische Truppen ein derartiges Gemetzel angerichtet haben, dass sich die Zahl der Muslime nahezu halbierte. Dazu kommen die Traumata der Mao-Ära: die Niederschlagung von Aufständen verschiedener Völker in den 1950er Jahren, die Zerstörung der Kulturgüter und religiösen Stätten, der Versuch ökonomischer und kultu-

reller Gleichschaltung vor allem während der Kulturrevolution. Allein im Verlauf des Aufstandes von 1959 kamen 87.000 Tibeter ums Leben und 2690 von 2700 tibetischen Klöstern wurden in 60er Jahren zerstört.

Durch die Kulturrevolution hat sich das Beziehungsgefüge zwischen den Nationalitäten grundlegend gewandelt. Ins kollektive Gedächtnis eingegraben haben sich auch traditionelle Vorstellungen von Hierarchisierung wie, dass die Han schon immer „Kultur“ besessen hätten, deren Besitz sie von den anderen Völkern unterscheidet, wobei das politische Ziel in der „Kultivierung“ dieser Völker bestand. Nach 1949 legte der patriarchalische sozialistische Staat fest, was für die „Minderheiten“ nützlich ist und welche Sitten und Bräuche „gesund“ (oder fortschrittlich) und damit „reformierbar“ waren und welche „ungesund“ sind und abgeschafft oder reformiert werden mussten.

Auf politischem Gebiet bestehen heute die Kernprobleme im Fehlen echter Autonomie. Bei der gültigen Verfassung und dem Autonomiegesetz handelt es sich um „weiche“ Gesetze, weil es aufgrund fehlender Rechtsinstitutionen (es existieren keine Verfassungs- und Verwaltungsgerichte) und der Überordnung der Partei über das Recht keine Instrumente zur Durchsetzung dieser Gesetze gibt. Zudem sieht das Autonomiegesetz in Fragen wie Einwanderung von Han, Industrieansiedlung oder Schutz natürlicher Ressourcen keine Mitspracherechte vor.

Ökonomisch gesehen zählen die Minoritätengebiete noch immer zu den ärmsten und am wenigsten entwickelten Regionen und dies, obwohl viele dieser Gebiete wegen reicher Rohstoffvorkommen großes Entwicklungspotential besitzt. Die Mehrheit der Menschen unterhalb der Armutsgrenze lebt in Minderheitengebieten. Trotz aller Wachstumsraten und staatlichen Fördergeldern auch für die autonomen Gebiete haben sich die Entwicklungsunterschiede zwischen den Siedlungsgebieten ethnischer Minoritäten und den Han-Gebieten im Verlauf der Reformära vergrößert.

Verstärkte Zuwanderungen in Minoritätengebiete (von Händlern, staatlichen Institutionen oder Privatpersonen, die ohne Rücksicht auf die lokale Bevölkerung Wälder abholzen, nach Edelmetallen schürfen oder Kohle abbauen) verstärken die Unzufriedenheit in den Minoritätengebieten, zumal auswärtige Händler und Handwerker einheimische vom Markt verdrängen. Beschäftigte, die einer ethnischen Minorität angehören, werden oftmals schlechter bezahlt, verrichten mindere Tätigkeiten und haben geringere Fortbildungschancen als Han.

Die Nicht-Han-Völker reagieren unterschiedlich auf diese Lage. Bei einigen Gruppen wächst das Moment der Ethnizität, d.h. das Selbstbewusstsein eigener ethnischer Identität; bei einem Teil davon schlug Ethnizität in Widerstand um – wie in Tibet. Vor allem bei kleineren Nationalitäten hat sich eine Tendenz zur Resignation und Anpassung an die Han entwickelt.

Der Reformprozess in China hat keineswegs zu einer Angleichung der Kulturen geführt. Der partielle Rückzug des Staates bewirkt vielmehr eine Rückkehr lokaler Kulturen. In Zeiten raschen sozialen Wandels findet eine Rückbesinnung auf die eigenen Traditionen statt, um sich selber als Gruppe zu erhalten. Die Revitalisierung von Religion gilt nicht nur für den Islam und den tibetischen Buddhismus, sondern auch für schamanistische Glaubensvorstellungen und das Anwachsen von Sekten und Heilsbewegungen.

Die Diskrepanz bei Einkommen, Lebensstandard und Lebensqualität zwischen den Han-Metropolen und den ländlich geprägten Minoritätengebieten vergrößert sich immer mehr. Die Unzufriedenheit mit den Verhältnissen in den eigenen Siedlungsgebieten verbindet sich mit dem Verfall traditioneller Werte und einer Lockerung lokaler Gemeinschaften. Kriminelles Verhalten scheint für viele Jugendliche die einzige Möglichkeit zu sein, der Hoffnungslosigkeit und Armut zu entkommen. Von daher muss abweichendes Verhalten zugleich als eine Art ethnischen Protestes begriffen werden.

Die chinesische Nationalitätenpolitik nach 1949 wies durchaus konstruktive Ansätze auf, die für eine künftige Nationalitätenpolitik fruchtbar gemacht werden könnten. Die Volksrepublik erkannte in den 50er Jahren offiziell über 50 „nationale Minderheiten“ und damit erstmals deren reale Existenz an und sicherte diese Anerkennung zugleich rechtlich ab. Es wurde ein Recht auf Autonomie formuliert und in Teilbereichen gewährt. Verfassungsrechtlich gelten alle Nationalitäten als gleichberechtigt. Diskriminierung wurde gesetzlich untersagt. Ferner gibt es Vertretungsrechte für die ethnischen Minoritäten in den Parlamenten aller Ebenen. Zwar sichert dies keine Partizipation im demokratischen Sinne, es weist aber auf ein gewisses Maß an Akzeptanz von Vertretungsrechten für Minderheiten hin.

Zwar wollten die Tibeter 1950 nicht Teil Chinas werden. Eine Autonomie, die eine freie innere Entwicklung ermög-

lichte, hätte sie mit einer chinesischen Oberhoheit aber versöhnen können. Längerfristig könnte die Schaffung eines föderativen Staates eine Lösungsmöglichkeit bieten. Ein föderalistisches System böte sich nicht nur für Tibet, Taiwan oder für die Provinzen an, sondern auch für zahlreiche andere Siedlungsgebiete von Nicht-Han-Völkern. Die Schaffung eines symmetrischen oder asymmetrischen föderativen Systems – eine vertikale Gewaltenteilung – könnte zu einer regional und ethnisch angepassteren Politik führen und damit die Zentralregierung entlasten. Föderative Strukturen tragen zugleich den Unterschieden zwischen den Kulturen und Regionen Rechnung und können deren Akzeptanz erleichtern. Dies wiederum würde größere Rechtssicherheit voraussetzen, die gesetzliche Absicherung kultureller, ökonomischer und sozialer Autonomie. Autonome Rechte wären vor allem auch für die indigenen, kleineren Minoritäten wichtig, um deren Überleben zu sichern. Das Konzept der Hierarchisierung von Kulturen und Gesellschaften sollte aufgegeben und es sollte anerkannt werden, dass alle Kulturen und Nationalitäten politisch, gesellschaftlich und kulturell gleichwertig sind. Solche Maßnahmen träfen in China durchaus auf fruchtbaren Boden, zumal ethnische Minderheiten als solche formal anerkannt und gesetzlich respektiert werden.

Auch wenn China mit Blick auf die Olympiade scharf kritisiert wird, wird die internationale Staatengemeinschaft nicht von dem Prinzip abgehen, dass Tibet Teil Chinas ist. Dafür gibt es zahlreiche Gründe – und zwar nicht nur das Interesse am China-Handel. Wenn die westlichen Staaten plötzlich für die tibetische Unabhängigkeit votierten, wäre dies ein außenpolitischer Affront gegen Beijing, der dort zu innenpolitischer Verhärtung führen würde. Das würde den derzeitigen Umgestaltungsprozess in China schwächen. Die chinesische Parteiführung hat nicht zuletzt aufgrund der internationalen Entwicklung erkannt, welche Brisanz Nationalitätenkonflikte in sich tragen. Neue Denkansätze sind erkennbar, jedoch nicht so weit gediehen, dass der staatliche Diskurs durch einen öffentlichen, inter-ethnischen abgelöst wird.





China als Global Player

Gudrun Wacker

Wenn am 8. August 2008 in Beijing die Olympischen Spiele feierlich eröffnet werden, dann soll dies aus Sicht der chinesischen Führung demonstrieren, wie weit China in den letzten dreißig Jahren mit seiner Reformpolitik gekommen ist. Und dies nicht nur mit Blick auf Wirtschaftswachstum, Armutsbekämpfung und Modernisierung im Inneren, sondern auch mit Blick auf die Integration in die Weltwirtschaft und die internationale Gemeinschaft. Historisch bedeutet dies nicht den Aufstieg eines neuen Akteurs auf der globalen Bühne, sondern ein Comeback, denn vor fast zweihundert Jahren war das chinesische Kaiserreich die größte Wirtschaftsmacht und soft power in der Welt, mit einem Anteil an der Weltwirtschaftsleistung von über 30 Prozent.

Auch aus Sicht des Westens – im Wesentlichen der USA und Europas – hat sich die Volksrepublik China in den letzten drei Jahrzehnten von einem marginalen und marginalisierten Akteur in der Welt zu einer einflussreichen Regional- bzw. Großmacht gewandelt und ist möglicherweise auf dem Weg zur Weltmacht. Washington sieht China mittlerweile als den wahrscheinlichsten Kandidaten, der die überragende Vormachtstellung der USA seit dem Ende des Kalten Krieges und der Selbstauflösung der Sowjetunion herausfordern könnte. Und auch in Europa hat sich die Wahrnehmung Chinas – nicht zuletzt aufgrund der Berichterstattung in der Presse – in den letzten Jahren gewandelt. China wird kaum mehr als Entwicklungsland gesehen, sondern als Bedrohung für Lebens- und Sozialstandards in Europa. Kritisch sieht man neuerdings auch die wachsende Präsenz Chinas in Regionen außerhalb Asiens, insbesondere in Afrika. Mit dem wirtschaftlichen Erfolg Chinas sind auch die Erwartungen gewachsen, dass das Land in der Welt eine „verantwortungsvolle“ Rolle übernimmt (Bob Zoel-

icks responsible stakeholder). Grundsätzlich besteht aber nach wie vor Misstrauen im Westen gegenüber China, da dessen politisches System sich trotz marktwirtschaftlicher Reformen und zunehmender Integration in die Weltgemeinschaft bislang nicht in Richtung einer liberalen Demokratie verändert hat.

Zwischen Entwicklungsland und Großmacht

Verschiedene Faktoren untermauern, dass China wirtschaftlich und auch politisch Einfluss auf der globalen Ebene hat:

- Es hat einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und damit Veto-Recht (seit es 1971 die Republik China/Taiwan als Mitglied der UN „ablöste“);
- es hat mit über zwei Millionen Mann die größte Armee der Welt und ist eine der anerkannten Nuklearmächte;
- es ist Mitglied in fast allen wichtigen internationalen Organisationen und Regimen, insbesondere der Welthandelsorganisation WTO (seit 2001);
- es hat ein bemanntes Raumfahrtprogramm;
- es war seit 2005 die drittgrößte Handelsnation der Welt in Gütern (hinter den USA und Deutschland) und hat vermutlich im Jahr 2007 auch Deutschland überholt;
- es hat die höchsten Devisenreserven der Welt;
- es ist bereits oder wird demnächst der größte Emittent von CO₂, wenn auch die Emissionsmenge pro Kopf noch relativ niedrig ist.

Gleichzeitig ist China aber auch nach wie vor in vielen Bereichen rückständig und es verzeichnet große und weiter wachsende Ungleichgewichte zwischen Küstenregionen und Binnenprovinzen, zwischen Stadt und Land und zwi-

schen Reich und Arm. Und was das Einkommen pro Kopf betrifft, belegt China einen der unteren Ränge im Mittelfeld und befindet sich damit höchstens an der Schwelle zum modernen Industrieland. Die Herausforderungen, vor denen China im Inneren steht, sind gewaltig – zu nennen sind hier insbesondere Umweltverschmutzung und -zerstörung, Korruption, offene und verdeckte Arbeitslosigkeit sowie mangelnde soziale Sicherung. Einige dieser Probleme, beispielsweise die Luftqualität in Beijing, stehen im Vorfeld der Olympischen Spiele im Scheinwerferlicht der internationalen Berichterstattung. Überwiegend bleiben die negativen Folgeerscheinungen der ungebremsten Wirtschaftsentwicklung jedoch ausgeblendet, wenn es um den „Aufstieg“ Chinas und seinen globalen Machtzuwachs geht.

Motivation, Ziele und Prinzipien chinesischer Außenpolitik

Chinas Außenpolitik steht im Dienste der inneren Ziele, die die politische Führung verfolgt, nämlich China zu einem modernen Land zu machen, und dies bei gleichzeitiger Bewahrung der Stabilität, auch und vor allem der Stabilität des politischen Systems. International möchte China wieder einen Platz einnehmen, der seiner Größe angemessen ist. Dies erklärt sich aus der Stellung, die China bis zum 19. Jahrhundert genoss, und die es dann durch das Eindringen der Kolonialmächte einbüßte. Aus Sicht der Parteilührung endete Chinas „Jahrhundert der Demütigung“ und der Zustand der Fremdbestimmung erst mit dem Sieg der Kommunistischen Partei im Bürgerkrieg und der Gründung der Volksrepublik im Jahr 1949.

Für seinen nunmehr seit dreißig Jahren (Dezember 1978) verfolgten Reform- und Modernisierungsprozess braucht China auch die Akzeptanz seiner Nachbarn und der Weltgemeinschaft. Insofern versucht Beijing, ein „friedliches internationales Umfeld“ zu schaffen und vor allem der Formierung einer gegen China (und seinen Aufstieg) gerichteten Allianz anderer Staaten vorzubeugen. Oberste Priorität hat dabei, Chinas nationale Souveränität und territoriale Integrität zu bewahren und zu verteidigen – und dies schließt auch ein, die formelle Unabhängigkeit der Insel Taiwan zu verhindern. China will in der Welt als verantwortungsvolle Macht und konstruktiver Akteur anerkannt werden. Schließlich hat in den letzten Jahren ein weiteres Thema an Bedeutung gewonnen, das ebenfalls im Kontext der inneren Wirtschaftsentwicklung zu sehen ist, nämlich die Sicherung des wachsenden Energie- und Rohstoffbedarfs.

Zumindest auf der rhetorischen Ebene hält China die Prinzipien der nationalen Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten

hoch. Allerdings hat sich Beijings internationales Engagement seit Beginn der Reformpolitik erheblich gewandelt, und in der Frage der Nichteinmischung zeigt es sich flexibel und pragmatisch. War die Haltung Chinas dem internationalen System gegenüber in den 60er und 70er Jahren noch durch Ablehnung geprägt, so fand es in den folgenden Jahrzehnten zu einer konstruktiveren Haltung. Chinas Beteiligung an internationalen Friedenseinsätzen hat sich erheblich verstärkt: Mittlerweile stellt das Land im Vergleich zu den anderen ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates die größte Zahl an Soldaten (zum Großteil medizinisches und technisches Personal) für UN-mandatierte Einsätze. Es hat sich seit 1990 an 15 Missionen beteiligt, unter anderem in Haiti, im Libanon, im Sudan, im Kongo und im Tschad. Insbesondere in Fragen der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen (Nordkorea, Iran) hat Beijing sich als kooperativer Partner gezeigt, wobei es allerdings vordringlich auf eine Verhandlungslösung setzt und zögert, Sanktionen im Sicherheitsrat zuzustimmen, vor allem, wenn diese zu einer militärischen Intervention führen könnten. Im Prinzip hat China in der UN-Vollversammlung 2005 zwar auch der „Verantwortung zum Schutz“ zugestimmt, jedoch betrachtet es Menschenrechtsverletzungen wie in Birma oder im Sudan doch als „innere Angelegenheit“, die kein Eingreifen ohne Zustimmung aller Konfliktparteien rechtfertigen. Immerhin hat Beijing – sicher nicht zuletzt als Reaktion auf den Druck von außen im Kontext der Olympischen Spiele – im Falle Darfurs einen Sonderbeauftragten nach Khartum geschickt und versucht, das sudanesisches Regime zu einer Lösung zu bewegen.

Ein deutlicher Wandel hat sich auch mit Blick auf das Engagement Chinas in multilateralen oder regionalen Organisationen vollzogen. Seit Anfang der 90er Jahre ist die Volksrepublik fast allen wichtigen internationalen Organisationen beigetreten und engagiert sich auf regionaler Ebene unter anderem beim Regionalforum der ASEAN (Association of Southeast Asian Nations), der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (in der Russland und vier der fünf zentralasiatischen Republiken Mitglied sind) und beim vor zwei Jahren ins Leben gerufenen East Asian Summit, zu dem die ASEAN-Staaten, Japan, Südkorea, China, Indien, Australien und Neuseeland jährlich zusammentreffen. Ursprünglich mag Chinas Motivation für den Beitritt zu diesen Organisationen darin bestanden haben, dass es nicht ausgeschlossen sein und Mitsprache haben wollte, was auf die regionale Agenda gesetzt wird und was nicht. Seit Ende der 90er Jahre sieht es jedoch multilaterale Einrichtungen nicht zwangsläufig nur als Fessel der eigenen Bewegungsfreiheit, sondern auch als Stärkung der eigenen Position angesichts wachsender Interdependenz und damit einhergehender größerer Verwundbarkeit. Dies soll nicht heißen, dass China sich zu einem „effektiven Multila-

teralismus“ wie die Europäische Union bekennt oder zur Aufgabe von Souveränität bereit ist. Aber es hat in den letzten Jahrzehnten mehr Bereitschaft gezeigt, sich an etablierte internationale Spielregeln zu halten.

Außenpolitische Schwerpunktsetzungen

Der Wunsch nach einem „friedlichen internationalen Umfeld“ bezieht sich in erster Linie auf die an China angrenzenden Staaten. Diese standen im Vordergrund der chinesischen Bemühungen in den 90er Jahren. Zu einigen Staaten in den Nachbarregionen unterhielt die Volksrepublik nicht einmal diplomatische Beziehungen (Singapur, Südkorea) und musste sich zunächst um die Normalisierung des zwischenstaatlichen Verhältnisses bemühen. Mit praktisch allen 14 Nachbarstaaten existierten bis Anfang der 90er Jahre Territorialkonflikte und Grenzstreitigkeiten. Zumindest was die Landgrenzen anbelangt, wurden diese Fragen auf dem Verhandlungswege gelöst – einzig die Verhandlungen mit Indien haben bislang noch nicht zu einem Durchbruch geführt. Weniger positiv waren die Entwicklungen bei den Seegrenzen, denn hier ging und geht es um natürliche Ressourcen, Energievorkommen und den Anspruch auf exklusive Wirtschaftszonen (Japan, Vietnam, Südchinesisches Meer). Durch positive Initiativen vor allem im wirtschaftlichen, aber auch im politischen Bereich ist es China dennoch gelungen, sein Ansehen in der Region zu verbessern. Die wirtschaftliche Arbeitsteilung und damit die Interdependenzen in der Region haben sich in den letzten 15 Jahren intensiviert, China ist zur Wachstumslokomotive für die Region (und auch global) geworden. Die Chancen, die sich aus dem wirtschaftlichen Aufstieg Chinas ergeben, nutzen die Nachbarstaaten gerne. Auch mit Japan, das immer noch die größte Wirtschaftsmacht in Asien ist, verbindet China enge Handels- und Investitionsbeziehungen. Das politische Verhältnis blieb allerdings durch die Geschichte (Nanjing-Massaker, Yasukuni-Schrein, Schulbuchstreit) belastet. Erst seit der Ablösung des japanischen Ministerpräsidenten Koizumi haben beide Seiten wieder Schritte aufeinander zu gemacht. Ein Rest-Misstrauen gegenüber den künftigen Ambitionen Chinas dürfte allerdings bei allen Nachbarstaaten bestehen. Für den Fall, dass Chinas weitere Entwicklung doch nicht so friedlich verläuft, wie dies die chinesische Führung unterstreicht („friedlicher Aufstieg“), versuchen sich die Staaten der Region zum Teil über bilaterale Allianzen zu den USA „rückzuversichern“ (gemeinhin als hedging bezeichnet).

Der Insel Taiwan, die von der Volksrepublik als abtrünnige Provinz betrachtet wird, droht Beijing für den Fall einer Unabhängigkeitserklärung mit dem Einsatz militärischer Gegenmaßnahmen. Mehrfach wurde von chinesi-

scher Seite unterstrichen, dass man auch bereit wäre, die Olympischen Spiele zu opfern, sollte Taiwan die Gelegenheit zu nutzen versuchen, um seine staatliche Eigenständigkeit formell voranzubringen.

Mit seinem Nachbarn Russland und den übrigen Nachbarstaaten der Sowjetunion hat China sein Verhältnis ebenfalls normalisiert. Neben der sicherheitspolitischen Kooperation mit Russland innerhalb der Shanghaier Organisation pflegt Beijing zu Moskau nicht unbedingt herzliche, aber gutnachbarschaftliche Beziehungen. In den 90er Jahren und bis zum Jahr 2007 war Russland auch der wichtigste Lieferant für moderne Rüstungsgüter, hauptsächlich für die Luft- und Seestreitkräfte der Volksbefreiungsarmee. Die westlichen Industrienationen hatten nach dem Militäreinsatz gegen Studenten auf dem Platz des Himmlischen Friedens im Jahr 1989 Sanktionen gegen China verhängt, von denen das Embargo für militärische Güter auch heute noch nicht aufgehoben wurde.

Außerhalb der eigenen Nachbarschaft nehmen die Beziehungen zu den USA zweifellos oberste Priorität ein. Die USA können als zentraler Akteur im asiatisch-pazifischen Raum gesehen werden, denn mit ihrer starken Militärpräsenz und den fünf bilateralen Militärallianzen mit Japan, Südkorea, Australien, den Philippinen und Thailand waren und sind die USA der Garant für Sicherheit in der Region. Hatte man in Beijing direkt nach dem Ende des Kalten Krieges noch einen Niedergang der einzigen verbliebenen Supermacht erwartet, so wurde man eines Besseren belehrt: Die militärische und vor allem technologische Überlegenheit, die die USA im ersten Golfkrieg unter Beweis stellten, und der wirtschaftliche Boom in den 90er Jahren überzeugten China davon, dass die Vormachtstellung der USA in der Welt noch einige Jahrzehnte bestehen würde. Und auf keinen Fall will Beijing den Fehler der Sowjetunion wiederholen und sich auf ein Wettrüsten mit den USA einlassen. Wirtschaftlich sind die USA ein wichtiger Partner, zum einen sind sie ein wesentlicher Absatzmarkt für chinesische Konsumgüter, zum anderen hat China das Gros seiner Devisenreserven in amerikanischen Schuldverschreibungen angelegt.

Auch Europa ist wichtiges Ziel chinesischer Exporte. (Der Löwenanteil der chinesischen Handelsüberschüsse resultiert aus der positiven Handelsbilanz mit den USA und der EU.) Gleichzeitig ist Europa wichtiger Lieferant für moderne Technologie, denn im Vergleich zu den USA existieren in den großen EU-Mitgliedstaaten weniger Exportbeschränkungen für Hightech-Güter. Brüssel hat sowohl China als auch Indien eine Beteiligung am europäischen Satellitennavigationssystem GALILEO angeboten; zweifellos ein Schritt, der in Washington auf Argwohn stößt. Auch in der EU sind in jüngster Zeit jedoch stärker China-kritische Töne zu vernehmen. Der wachsende chinesische Han-

delsüberschuss, die Verletzung von Copyright, erzwungener Technologietransfer, Investitions- und Handelshemmnisse sowie die unterbewertete chinesische Währung gehören zu den Reibungspunkten zwischen China und der EU wie auch ihren Mitgliedstaaten. Nachdem Europa konsequent eine Politik des konstruktiven Engagements der Volksrepublik und deren Integration in die internationale Gemeinschaft verfolgt hat, wird zunehmend die Forderung nach protektionistischen Maßnahmen erhoben. Andererseits ist klar, dass keines der globalen Probleme, seien es Proliferation von Massenvernichtungswaffen, Pandemien oder Klimawandel, ohne die konstruktive Mitwirkung Chinas gelöst werden kann.

Zunehmend hat sich die Volksrepublik in den letzten Jahren auch in anderen Regionen der Welt engagiert, insbesondere in Afrika und Lateinamerika. Hier verfolgt sie zum einen klassische außenwirtschaftliche Ziele (Rohstoffe, Energie), zum anderen versucht sie, breite politische Unterstützung zu gewinnen, auch für die Abwehr westlicher Kritik an der Menschenrechtssituation in China. Gleichzeitig geht es darum, den internationalen Spielraum für Taiwan einzuschränken – nur noch wenige afrikanische und zentralamerikanische Staaten erkennen Taiwan diplomatisch an. Beijing gewährt afrikanischen Staaten auch Entwicklungshilfe und hat mehrfach Schulden erlassen. Da solche Hilfen bislang nicht wie sonst international üblich an Bedingungen guter Regierungsführung, Korruptionsbekämpfung usw. gebunden sind, wird China häufig vorgeworfen, westliche Standards zu untergraben. Schon wird Chinas Politik in Afrika als Merkantilismus oder gar Neo-Kolonialismus kritisiert.

(Zu) große Erwartungen – (zu) große Befürchtungen

Für die Außenpolitik Chinas hat Deng Xiaoping, der die wirtschaftlichen Reformen eingeleitet und trotz Risiken für die Stabilität des Landes konsequent unterstützt hat, Anfang der 90er Jahre die Parole ausgegeben, „den Kopf unten zu behalten und niemals die Führung zu übernehmen“. Diese Weisung gilt im Prinzip auch heute noch. Jedoch wird es immer schwieriger für Beijing, sich danach zu richten. Denn zum einen ist es kaum möglich, sich angesichts wachsender Wirtschaftskraft und Sichtbarkeit unauffällig zu verhalten, und zum anderen verändert China schon alleine aufgrund seines wirtschaftlichen und politischen Gewichtes die internationale Landschaft, auch wenn dies nicht unbedingt absichtlich geschieht. Beijing ist zunehmend gefordert, Verantwortung – und manchmal eben auch die Führung – zu übernehmen.

Durch seinen „Aufstieg“ ist China mit höheren Erwartungen, gleichzeitig aber auch mit verstärkten Befürchtungen konfrontiert. Die gestiegenen Erwartungen manifestieren sich beispielsweise in Forderungen, sich aktiv an der Lösung von Konflikten in anderen Regionen zu beteiligen, wie sie gerade vor den Olympischen Spielen mit Blick auf Darfur und Birma/Myanmar laut wurden. Dabei fällt auf, dass China – im Gegensatz zu anderen Staaten wie Indien, die ebenfalls wirtschaftlich im Sudan und in Birma engagiert sind – besonderem Handlungsdruck ausgesetzt wird, obwohl – oder gerade weil – gleichzeitig der politischen Führung in Beijing eine „Komplizenschaft“ mit den dort herrschenden Regimen unterstellt wird. Dabei ist aber zum einen unklar, wie viel Einfluss Beijing tatsächlich hat, zum anderen versucht es, hinter den Kulissen zu wirken, wodurch letztlich unbekannt bleibt, ob es tatsächlich Druck und Kritik ausübt. Unter diesen Bedingungen ist es schwierig, wenn nicht unmöglich, den Erwartungen von außen gerecht zu werden (zumindest solange die Regierungen der kritisierten Länder nicht einlenken).

Gleichzeitig ist China mittlerweile – nicht zuletzt geschürt durch die Berichterstattung in der westlichen, auch deutschen Presse – quasi zum Symbol der bedrohlichen und negativen Seiten der Globalisierung geworden. Auch dies hat mit der Größe des Landes zu tun: Würde sich der chinesische Handelsüberschuss mit Europa auf zehn Länder verteilen, wäre dies wohl kaum Anlass für solche Kritik. Die Darstellung Chinas als eine Art „Monster“, das die Rohstoff- und Energievorräte der Welt aufsaugt und anschließend mit den damit erzeugten Abfällen Luft, Wasser und Klima zerstört, das Arbeitsplätze aus den Industrieländern weglockt, lässt z.B. außer Acht, dass umweltschädliche Industrien von ausländischen Firmen nach China verlagert worden sind und dass Konsumenten in den USA und Europa von den billigen chinesischen Produkten profitieren.

Die Befürchtungen, die in Europa im Zusammenhang mit dem Aufstieg Chinas in den letzten Jahren entstanden sind, beziehen sich aber nicht nur auf die Gefährdung des westlichen Lebensstandards, sondern es geht letztlich darum, dass China als autoritäres Land, sollte es tatsächlich seinen Erfolgskurs fortsetzen können, westliche Wertesysteme und westliche Definitionsmacht der internationalen Spielregeln herausfordern und in Frage stellen könnte. Auch insofern sind die Olympischen Spiele ein wichtiges Ereignis: Wenn die Spiele im August 2008 so verlaufen, wie es sich die chinesische Führung und die Organisatoren vorstellen – und sie werden alles tun, um ihre Vision zu verwirklichen –, dann dürfte dies auch das Selbstbewusstsein der politischen Elite stärken. Und es ist nicht gesagt, dass China damit ein einfacherer Verhandlungspartner wird.

Sport in China

Norbert Sommer



Die 15 Goldmedaillen von Los Angeles (1984) und die beachtliche Ausbeute bei den verschiedenen Asiatischen Spielen sowie die kulturevolutionären Schwimmkampagnen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass Chinas Erziehung 2000 Jahre lang körperfeindlich und Sport mit dem gerontokratischen Würdeideal des konfuzianischen China nicht vereinbar war. Dieses Fazit von Oskar Weggel erscheint jedoch als zu pauschal, da es weder den traditionellen chinesischen Sportarten noch den unterschiedlichen Epochen gerecht wird.

Sport in der chinesischen Tradition

Tatsächlich war den Chinesen unser Dualismus Körper/Geist fremd, und sie betonten stattdessen die Einheit. Es gab für sie bei Spiel und Sport auch eigentlich keinen Gegner, sondern nur ein Gegenüber. Weit verbreitet ist daher die Auffassung, in China gäbe es keinen „Wettkampf-Geist“. Helmolt Vittinghoff kommt in einer Untersuchung zu dem Ergebnis, dass es sehr früh in China Wettkämpfe gab, allerdings mit einem anderen Charakter als heute. Vielleicht gab es bis auf Ringen keine körperbetonten Wettkämpfe Mann gegen Mann. Diese konnte es nicht geben, weil sich die Körperauffassung Chinas von der im Mittelmeerraum unterschied. Die Definition der „Ganzheit“ erlaubte es nicht, Einzelteile wie Muskeln zu trainieren, könnte dadurch doch die Einheit zerstört werden. Ein nur auf körperlicher Stärke beruhender Wettstreit gehörte sich demnach nicht.

Im Konfuzianismus kam hinzu, dass der Mensch alle Energie auf den geistigen, auch poetischen Wettstreit ausrichten sollte. Konfuzius selbst aber wird als guter Bogenschütze und Wagenlenker bezeichnet. Er setzte sich sowohl für die moralische und intellektuelle als auch die körperliche Entwicklung seiner Schüler ein. Deshalb gehörten Bo-

genschießen und Wagenlenken neben Ritualen, Musik, Schreiben und Mathematik zu den so genannten „Sechs Künsten“. Die späteren Konfuzianer verdrängten Körperübungen und athletische Fähigkeiten auf die „Kleinen Künste“, denen sich der „Edle“ nur widerwillig zuwandte. Sport wurde verdächtigt, von ehrlicher Arbeit abzuhalten und zu schädlichen Suchtzuständen zu führen.

Die nationalen Minderheiten allerdings sahen sich nicht veranlasst, Reiten, Bogenschießen, Ringen und Kräftemessen aufzugeben. Sie pflegten diese Sportarten weiter, sowohl als Freizeitaktivität als auch als Überlebenstraining. Im militärischen Bereich wurden die Kampfsportarten weiter gefördert. Das Bogenschießen entwickelte sich sogar von einem militärischen zu einem volkstümlichen Treiben, an dem ab dem 9. Jahrhundert auch Frauen teilnahmen. Jagd, Polo und Fußball galten als Trainingsspiele für die Heeresseinheiten.

Als der Kaiser 716 aber befahl, alle Beamten sollten Ballspiel und Tauziehen pflegen, folgte sofort die Kritik der Konfuzianer, hier werde Kampf geübt, dies sei kein Spiel. Man solle sich auf die Bekämpfung des Feindes konzentrieren. Die Bekämpfung des Feindes gehörte immer zur Ausbildung, hatte aber nichts mit Spiel und Sport zu tun. Der Kaiser lehnte diese Spiele ab, weil seiner Ansicht nach in diesen Spielarten eben Gegner involviert sind. Später dann wurde der Sport zeitweise durch die Kaiser selbst behindert, warfen sie den Sportlern doch vor, sie verstießen gegen das Verbot teilweiser oder gänzlicher Nacktheit in der Öffentlichkeit. Zudem verdächtigten sie Wettkämpfer, Mitglieder von Geheimgesellschaften zu sein. Die traditionellen chinesischen gymnastischen und meditativen Übungen wie Schattenboxen blieben von diesen Behinderungen weitgehend unberührt.

Auch die überlieferte Kampfkunst war fest in der Bevölkerung verankert. Außerdem entwickelten Klöster wie Sha-

oling diese kunstvolle und gleichzeitig kriegerische Sportart. Erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts entstanden sportliche Verbände, die auch Wettkämpfe ausrichteten. Oskar Weggel stellte mit Bedauern fest, dass selbst das flache Land die Chinesen nie zum Wandern verführt habe. Ähnlich sei ihre Einstellung gegenüber dem nassen Element: „China ist eines der fluss- und seenreichsten Länder der Erde. Doch zu schwimmen wäre niemandem eingefallen.“ Die Schwimm-Abstinenz der Chinesen ist allerdings erst auf die späte Kaiserzeit zurückzuführen. Zumindest bis etwa zum Jahr 1300 belegen vielfältige Quellen, dass es begeistert aufgenommene Schwimmwettkämpfe gab.

Das westliche Sportsystem in China

Der Einzug von Wettkampf, Leistungssport und Interesse an der olympischen Idee begann im 19. Jahrhundert, als über christliche Missionare und besonders die YMCA (Young Men Christian Association) westliche Sportvorstellungen in China verbreitet wurden. Damals fehlte ein geeigneter chinesischer Begriff für „Leibesübungen“. Erst nach Ende des traditionellen chinesischen Bildungssystems im Jahre 1906 wurde Sport an Schulen und Universitäten zum Pflichtfach. Leibesübungen nach westlichem Vorbild wurden zwischen 1915 und 1925 eingeführt.

Bedingt durch den japanisch-chinesischen Krieg und den Bürgerkrieg kamen diese Bildungsreformen im Sportbereich zum Erliegen bzw. wurden umfunktioniert und ausschließlich in den Dienst der "nationalen Stärke" und des Militärs oder der Guerilla gestellt. Gleichzeitig wuchs eine nationale Sportbewegung, die den „originären Sport der Chinesen“ zum Kern hatte.

Richtig durchsetzen gegen das westliche Sportsystem konnte sich diese nationale Sportbewegung aber bis heute nicht. Ma Mingda vom Institut für Geschichte der Universität Jinan führt das Dilemma darauf zurück, dass der chinesische Volkssport bis heute nicht in der Lage sei, die Charakteristika der antiken chinesischen Sportkultur zu vermitteln. Deshalb fehle ihm der internationale Stellenwert und Ruhm. Weder in den heiligen Hallen des Olymp noch bei Nationalen Chinesischen Sportspielen sei bis jetzt Platz für chinesische Sportarten wie Chinesisches Ringen, Bogenschießen, Drachenbootrennen und Kampfkunst.

Der Anti-Konfuzianer Mao führt den Massensport ein

Seit 1949, d.h. seit Gründung der Volksrepublik China, erlebte der Sport in China ein ständiges Auf und Ab, ein Pendeln zwischen Massensport und Elitesport. Im Gefolge großer politischer Kampagnen änderte sich das Konzept regelmä-

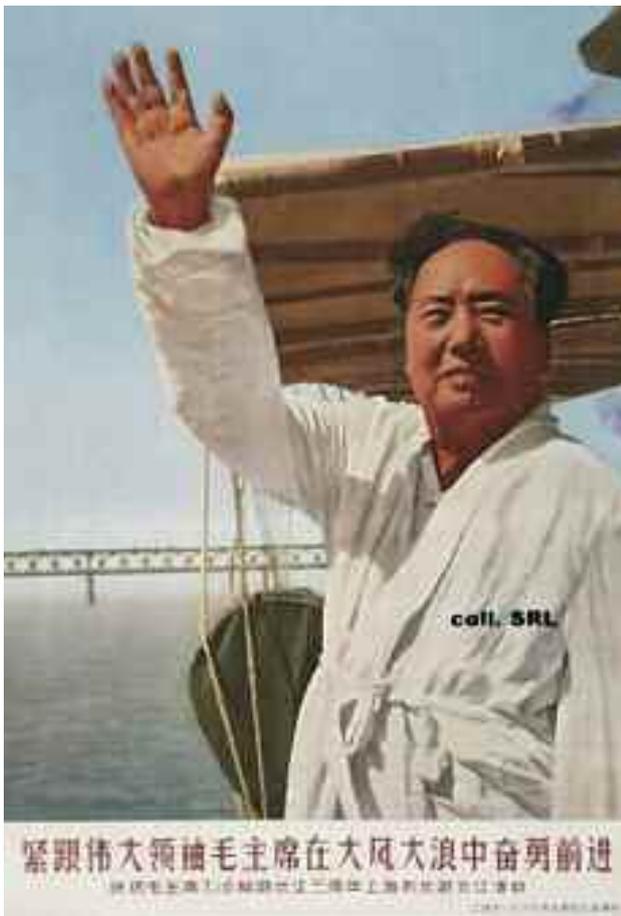
ßig. Zunächst übernahm man das Sportmodell der Sowjetunion, das vorrangig zur körperlichen Ertüchtigung diente. In Büros, Fabriken und Kasernen gab es verpflichtende morgendliche Bewegungsübungen, begleitet von Musik aus dem Radio. 1954 wurde dann eine allgemeine Gymnastikpause von zehn Minuten am Vormittag und am Nachmittag eingeführt. Sport wurde in dieser Phase also reduziert als Beitrag zur Stärkung der Arbeitskraft und der Verteidigung.

Mao Zedong hat sich nur selten zum Thema Sport geäußert. 1917 beschwerte er sich, dass sich niemand dafür interessiere, dass Sport zur physischen Ausbildung dazugehöre, obwohl doch „regelgeleitete Bewegung“ zur moralischen Entwicklung beitragen könne. Von 1949 bis 1956 wurden dann endlich die Frauen in die neue Sportkultur aufgenommen, allerdings mit der einzigen Zielsetzung, damit zum Wiederaufbau und zur Verteidigung des Landes beizutragen. Frauen sollten gesund und stark sein und eine „gesunde, neue Generation produzieren“. Das ungewohnte Bild Sport treibender Frauen in der Öffentlichkeit wurde schnell zur Selbstverständlichkeit.

Die Devise „Die Körper für die Sozialistische Revolution stärken“ wurde 1960 von der Elite-Förderung verdrängt. Der Breitensport hatte das Nachsehen, da wegen des finanziellen Engpasses nach dem fehlgeschlagenen „Großen Sprung nach vorn“ die Mittel gezielt für die Förderung von Spitzenkräften eingesetzt wurden. Anscheinend mit Erfolg. So titelten deutsche Zeitungen von 1962 bis 1965 u.a.: „China – eine neue Sportnation; Überlegener Sieg von China; Turn-Sphinx Rot-China – Nur Trostplätze für deutsche Turnriegen zu erwarten“. Doch während der Großen Proletarischen Kulturrevolution von 1966 bis 1976 war damit wieder Schluss. Im Rahmen des Gleichheitsgrundsatzes endete die Eliteförderung. Auch die Frauen wurden wieder stärker einbezogen, da Mao Zedong die Meinung vertrat: Alles, was Männer können, können Frauen auch.

Er selbst präsentierte sich als Vorbild, als er 1966 mit 73 Jahren laut Beijinger Medienberichten 15 Kilometer bei starker Strömung im Jangtsekiang in 65 Minuten geschwommen sein soll. Während des traditionellen Langstrecken-Schwimmens soll er ein junges Mädchen im Rückenschwimmen unterrichtet und sich mit seinen Begleitern unterhalten haben, die Spruchbänder mit anti-amerikanischen Parolen aus dem Wasser hielten.

Dieser spektakuläre Auftakt der Kulturrevolution führte nicht nur zeitweise zu einer bis dahin unbekanntenen Schwimmbegeisterung, sondern auch zu politischen Kampagnen, mit denen Maos Devise „Lernt schwimmen, indem ihr schwimmt“ übertragen wurde auf die Revolution: „Lernt Revolution durch revolutionäre Aktionen und aktive Arbeit“. Damit war aber auch die gesamte, mühsam aufgebaute Sportbewegung stillgelegt. Der große Steuermann Mao und die so genannte Viererbande instrumentalisieren



Dem großen Führer mutig durch Sturm und Wellen folgen

den Sport. So wurde die Sportkommission unter Militärkontrolle gestellt und am 20. November 1967 begann in Shanghai die „Zitatgymnastik“ mit Auszügen aus dem kleinen roten Buch mit Zitaten aus den Werken von Mao Zedong. Lediglich Tischtennis, Leichtathletik und Gymnastik blieben während der Kulturrevolution offiziell erhalten. So durften chinesische TischtennisspielerInnen 1971 an der Weltmeisterschaft in Japan teilnehmen. Die dadurch ausgelöste so genannte Pingpong-Diplomatie führte dann gegen Ende der Kulturrevolution auch zu der Annäherung zwischen der Volksrepublik China und den USA.

Doch während dieser Epoche war alles nach dem Motto „Lest Mao und ihr siegt“ auf den großen Führer und Steuermann ausgerichtet. Nach dem Tod Maos 1976 und mit der wirtschaftlichen Öffnung des Landes 1978 begann die Rückkehr zum Elitesport bei gleichzeitiger Förderung des Massensports.

Die Rückkehr auf die internationale Bühne – China und Olympia

Jetzt galt es wieder, auf der internationalen sportlichen Bühne das Image Chinas aufzupolieren. Dafür wurde 1985 ein eigener Strategieplan entwickelt mit dem Ziel, bis zur Jahrhundertwende zu den führenden Sportnationen zu ge-

hören. Kurz zuvor war noch in der in Beijing herausgegebenen Broschüre „China im Umriss“ zum Thema Sport zu lesen: „Die chinesische Regierung schenkt der Körperkultur und dem Sport stets große Aufmerksamkeit, indem sie beide als etwas Wichtiges zur Stählung der körperlichen Beschaffenheit der Volksmassen zwecks Umgestaltung des Landes und Neubelebung Chinas betrachtet und sich dafür einsetzt.“ Die nun einsetzende Eliteförderung und die hoch gesteckten Ziele stehen im Zusammenhang mit der lange gehegten Absicht, bei den Olympischen Spielen wieder als führende Nation präsent zu sein.

China und Olympia – das ist eine lange und keineswegs gradlinig verlaufene Geschichte. Liu Changchun war der erste chinesische Sportler bei einer Olympiade. Er war 1932 in Los Angeles der schnellste Kurzstreckenläufer der jungen Republik. Begleitet von einer fünfköpfigen Delegation schied er jedoch schon nach dem ersten Vorlauf aus. 1936 in Berlin waren bereits 69 Athleten aus China dabei. Es folgten Jahrzehnte ohne die Teilnahme chinesischer Sportler aufgrund von Bürgerkrieg, Revolution sowie später wegen der Zwei-China-Politik des IOC.

Nach einem Eklat in Melbourne 1956 verließ die Volksrepublik schließlich die Olympische Bewegung. 1979 erst kehrte sie zurück. Und damit begann die olympische Erfolgsserie. 1984 in Los Angeles gewannen die Chinesen ihre ersten Medaillen. Mit 15 Gold-, acht Silber- und neun Bronzemedailles errangen sie Platz vier in der Gesamtwertung. Überraschend fielen sie 1988 in Seoul auf Platz elf zurück, dann aber behaupteten sie 1992 in Barcelona und 1996 in Atlanta Platz vier, bevor sie 2000 in Sydney Platz drei und 2004 in Athen sogar Platz zwei eroberten.

Ehrgeizige Ziele für 2008

Nach dieser Erfolgsserie ist es nicht verwunderlich, dass China 2008 im eigenen Land Platz eins erringen will. Die Anstrengungen, die dafür unternommen werden, sind enorm. Im „Gesetz für Körperkultur und Sport der Volksrepublik China“ von 1995 sind die Bestimmungen sowohl für den Breitensport als auch für Schulsport und Wettkampfsport niedergelegt. Der Sport soll demnach vorrangig der Entfaltung des sozialistischen Gedankenguts und der Kultur dienen, Körperkultur und Sport sollen den wirtschaftlichen Aufbau, die Landesverteidigung und die gesellschaftliche Entwicklung unterstützen.

Für alle Wettkampfsportarten übernimmt der Staat die alleinige Verantwortung. Er legt die Trainingsbedingungen ebenso fest wie die Belohnungen, wobei Sportlerinnen wieder stärker gegen Gender-Ungerechtigkeit zu kämpfen haben. Sie klagen über grausames Training, männliche Trainerdominanz (Verhältnis 18.000 zu 3.000), ungleiches Sponsoring, ungleiches Einkommen.

Der Talent- und Nachwuchssuche wird hohe Priorität eingeräumt im Blick auf das Ziel großartiger Erfolge im Hochleistungssport. Tausende von Freizeit- und Jugendsportschulen im ganzen Land gelten als Kadenschmieden. Verschiedene Fernsehreportagen vermittelten inzwischen ein erschreckendes Bild vom Drill der meist im Kindergarten ausgesuchten möglichen Talente. So berichtete der „Weltspiegel“ am 18.3.2007 über die Xiantao-Turnakademie in der Nähe von Wuhan. Dort sind 120 Kinder zwischen vier und neun Jahren kaserniert. Sie werden drei bis vier Jahre trainiert, aber nur zehn bis 20 Kinder schaffen es weiter. Die Bilder von schmerzverzerrten Gesichtern der Kinder, deren Extremitäten „zurechtgebogen“ werden, machten deutlich, dass offensichtlich alle Mittel recht sind, um Talente heranzuzüchten.

Viele Kinder werden von ihren Eltern den Schulen angeboten, weil sie für sich und ihre Familien einen sozialen Aufstieg erhoffen. Dafür nehmen sie sogar in Kauf, dass sie für die Ausbildung sehr viel bezahlen müssen. Wenn es ihre Sprösslinge geschafft haben und zu den neuen Stars zählen, dann haben sich die Opfer der Eltern gelohnt. Die Folgen dieses oft brutalen Drills für die Kinder im späteren Leben werden dabei wohl meistens aus dem Bewusstsein der Verantwortlichen verdrängt. Die enormen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Chancen für die SportlerInnen, ihre Familien und Betreuer bleiben ein stärkerer Anreiz.

An den zahlreichen Sporthochschulen erfolgt eine strenge Ausbildung, sowohl für Aktive als auch Trainer. Mit reizvollen finanziellen Angeboten werden inzwischen auch viele ausländische Trainer angeworben. Aus Deutschland sind dies z.B. Klaus Siebert für Frauen-Biathlon, Wolfgang Nitschke für Ringen und Josef Capousek für den Kanusport. Letzterer sprach in einem Interview allerdings auch die Probleme an: „Da sagt ein Parteichef, wer zu starten hat, und welcher Trainer für wie viel Edelmetall zu sorgen hat, egal wie. Basta.“

Weltweiter Export chinesischer Spitzensportler

Schon seit vielen Jahren entsendet China auch Studenten und Studentinnen an ausländische Ausbildungsstätten, so z.B. an die Deutsche Sporthochschule in Köln. Mit 75 Studierenden stellten die Chinesen 2006/07 die stärkste ausländische Gruppe. Und der erste promovierte chinesische Sportwissenschaftler wurde dort ausgebildet.

Immer wieder sorgen chinesische Athleten für Schlagzeilen wegen ihrer sportlichen Erfolge im Ausland. Der derzeit wohl bekannteste ist Yao Ming. Der 2,26 m große Basketballer wechselte 2002 von den Shanghai Sharks zu den Houston Rockets in den USA. Auch der 2,13 m große Bas-



ketballer Yi Jianlian verdient sein Geld in den USA bei den Milwaukee Bucks. Für teilweise hohe Summen kauften europäische Fußballvereine chinesische Spieler ein. So wechselte Dong Fangshuo für 700.000 Euro zu Manchester United, später zu Royal Antwerpen. Shao Jiayi kam 2002 für 1,3 Millionen Euro zum TSV 1860 München und wechselte später zu Energie Cottbus. Für eine Million Euro kam Chen Yang 1999 zu Eintracht Frankfurt, 2002 ging er zu St. Pauli, kehrte dann aber 2004 nach China zurück. Ebenfalls 1999 traf aus Shanghai Xie Hui bei Alemannia Aachen ein und kickt seit Anfang 2000 beim SV Wehen-Wiesbaden. Der erste Chinese im deutschen Fußball war übrigens Gu Guangming, der in Koblenz und Darmstadt spielte und 1985 sogar zum „Fußballer des Jahres“ erkoren wurde. Seit 2005 spielt Shi Jun in der Schweiz, Li Ties seit 2002 in England (Everton und Sheffield), Sun Jihai wechselt immer wieder zwischen China und Europa (Manchester City). Außer im Fußball trifft man chinesische Sportler vor allem in ausländischen Tischtennisvereinen an.

Vielleicht sieht die chinesische politische Führung diesen Sportler-Export ja als Beitrag zur Umsetzung des anspruchsvollen Mottos der Olympiade Beijing 2008: „Eine Welt – ein Traum“.



Business Olympia – die Olympischen Spiele als Geschäft

Klaus Heidel

Längst hat die Kommerzialisierung des Sports auch die Olympischen Spiele erfasst. Zwar hält das Internationale Olympische Komitee (IOC) noch immer an der Absicht fest, die Kommerzialisierung „zu kontrollieren und zu begrenzen“, und noch immer ist das IOC nicht als renditeorientiertes Unternehmen organisiert, dennoch aber ist unübersehbar, dass die Spiele als medienwirksames Spektakel zu wirtschaftlichen Unternehmungen gewaltigen Ausmaßes geworden sind. Diese Entwicklung setzt sich auch bei den XXIX. Sommerspielen in Beijing fort, die zumindest in wirtschaftlicher Hinsicht bisherige Dimensionen sprengen.

Die komplexe wirtschaftliche Unternehmung „Olympische Spiele“ besteht aus mindestens fünf miteinander verzahnten ökonomischen Teilsystemen mit vielen Akteuren: Kerngeschäft ist die Vorbereitung und Durchführung der sportlichen Aktivitäten, hinzu kommen Baumaßnahmen im Umfeld der Spiele, verbrauchernahe Aktivitäten, die Verwertung der Übertragungsrechte und die Nutzung der Werbe- und Marketingrechte. Wer die ökonomischen Dimensionen der Spiele und ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung beschreiben will, kann sich daher nicht auf einen Teilaspekt beschränken.

Teures Kerngeschäft: das erste Teilsystem

Das Kerngeschäft der Unternehmung „Olympische Spiele“ wird vom IOC kontrolliert: Die für die Vorbereitung und Durchführung der Spiele erforderlichen Ausrüstungsgegenstände müssen hergestellt, Dienstleistungen erbracht und finanzielle Mittel bereitgestellt werden. Dies erfordert, dass global und im jeweiligen Gastland Sponsoren

geworben, Lizenzen für Merchandising-Produkte vergeben, Sonderkonditionen bei exklusiven Lieferanten durchgesetzt, die Rechte für Fernsehübertragungen möglichst teuer verkauft und die Eintrittskarten abgesetzt werden. Akteure in diesem Teilsystem sind für die Sommerspiele 2008

- das IOC, das Nationale Olympische Komitee (NOC) Chinas und das Organisationskomitee in Beijing (Beijing Organizing Committee for the Games of the XXIX Olympiad, BOCOG).
- zwölf transnationale Konzerne (sechs aus den USA und je einer aus Frankreich, der Schweiz, Kanada, Japan, Südkorea und China) als globale Sponsoren, die dem TOP-Programm des IOC (TOP: The Olympic Partners) beigetreten sind und für einen Vierjahreszeitraum Gelder und Sachleistungen (Waren und Dienstleistungen) zur Verfügung stellen. Nur sie können die Olympischen Ringe im vertraglich gesteckten Rahmen global werblich nutzen (alle anderen Sponsoren dürfen dies nur im jeweiligen Gastland). Im Zeitraum 2005 bis 2008 beliefen sich die Leistungen der TOP-Sponsoren auf 866 Millionen US-Dollar.
- elf „Beijing 2008 Partner“ (acht Unternehmen aus China, eines aus den USA und aus Deutschland VW und Adidas) sowie zehn weitere Sponsoren als BOCOG-Partner (acht Unternehmen aus China und zwei aus den USA). Viele dieser Unternehmen gaben und geben für das Sponsoring bis zu 100 Millionen US-Dollar aus, so etwa Adidas. VW investierte gar mehr als 100 Millionen US-Dollar, unter anderem stellt(e) der Konzern 1.000 Fahrzeuge für den Fackellauf und 5.000 Fahrzeuge während der Spiele für den Transport von Sportlern, Funktionären und ausländischen Staatsgästen bereit. Die BOCOG-Partner brachten zusammen mehr als eine Milliarde US-Dollar auf.

- fünfzehn exklusive und sechzehn weitere offizielle Lieferanten (zehn der exklusiven Lieferanten stammen aus China, zwei aus den USA, und je eines aus Italien, Großbritannien und Deutschland, nämlich der Logistikkonzern Schenker). Die chinesischen Unternehmen dürften sich vor allem über volle Auftragsbücher freuen. Dies gilt weniger für die Beschäftigten dieser Unternehmen (und ihrer Zulieferer), deren Arbeitsbedingungen häufig sehr schlecht sind (vgl. den Artikel von Christina Schröder, S. 33): Zu beklagen sind auch sonst in China weit verbreitete Verletzungen grundlegender Arbeitsnormen.

Anders akzentuiert als bei den chinesischen ist das Interesse der ausländischen Lieferanten; ihnen ging es auch darum, sich auf dem chinesischen Markt festzusetzen. Dies gilt nicht zuletzt für den Logistikkonzern Schenker, der zur Deutschen Bahn AG gehört. Das Unternehmen will den Prestigegewinn, der mit dem Status eines exklusiven Lieferanten der Olympischen Spiele verbunden ist, zu einer weiteren Expansion auf dem chinesischen Markt nutzen.

- eine unbekannte Zahl von Lizenznehmern, die die fast unüberschaubare Masse von Merchandising-Produkten herstellen,
- und nicht zuletzt große Medienkonzerne oder regionale Konsortien von Fernsehanstalten, die sich die Übertragungsrechte sichern.

Die wirtschaftliche Größenordnung dieses Kerngeschäftes kann nur grob geschätzt werden. Es deckt die Mittel zur Abdeckung der operativen Kosten der Spiele in Höhe von rund 2,1 Milliarden US-Dollar, sichert zugleich die vorbereitende Arbeit des IOC, von 205 NOCs und 35 internationalen Dachverbänden und dürfte insgesamt ein Volumen von rund 3,5 Milliarden US-Dollar ausmachen. Damit wären die Einnahmen der Olympischen Organisationen für die Spiele in Beijing so hoch wie noch nie – zum Vergleich: Für die Winterspiele in Salt Lake City 2002 und die Sommerspiele in Athen 2004 konnten zusammen 4,1 Milliarden US-Dollar erwirtschaftet werden (vgl. Tabelle). Wahrscheinlich ist daher auch, dass Beijing den Erfolg von Los Angeles 1984 übertreffen dürfte: Damals schlossen die Spiele erstmals mit einem Plus ab (in Höhe von 224 Millionen US-Dollar): Für das chinesische NOC und das BOCOG haben sich die Spiele in jedem Falle wirtschaftlich gelohnt, was der Sportförderung in China zugute kommen dürfte.

Wachsender Geldbedarf? Einnahmen des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) und der nationalen Organisationskomitees (OCOGs)

(absolute Zahlen in Millionen US-Dollar, jeweilige Preise)

| | 2001 - 2004 Salt Lake City/ Athen | | 2006 Turin | 2008 Beijing |
|---------------------------------------|---|-------------------------|----------------------------|----------------------------|
| | absolut (Mio. US-\$) | in % aller Einnahmen | absolut (Mio. US-\$) | absolut (Mio. US-\$) |
| Verkauf von Übertragungsrechten (IOC) | 2.232 | 53,3% | 831 | 1.737 |
| TOP Programm (IOC) | 663 | 15,8% | 866 | |
| nationales Sponsorenprogramm (OCOG) | 796 | 19,0% | 348 | (über 1.000) |
| Verkauf von Eintrittskarten (OCOG) | 411 | 9,8% | 89 | (140) |
| Vergabe von Lizenzen (OCOG) | 87 | 2,1% | 22 | (70 bis 300) |
| alle Einnahmen | 4.189 | 100% | (1.700) | (3.500) |

TOP Programm: Angaben liegen nur für jeweils einen Vierjahreszeitraum vor (Winterspiele/Sommerspiele)

Angaben in Klammern: inoffizielle Schätzungen, deren Zuverlässigkeit nicht überprüft werden kann.

Quellen: International Olympic Committee (2008): passim, International Olympic Committee (2006): Marketing Report Torino 2006, S. 55, 103, 108 sowie für Schätzungen verschiedene Presseberichte

Alles eine Baustelle: das zweite Teilsystem

Wesentlich teurer als das Kerngeschäft sind die Baumaßnahmen im Zusammenhang mit den Spielen: Beijing investierte 2,6 Milliarden US-Dollar in den Bau von Sportstätten und mehr als 30 Milliarden US-Dollar in die Infrastruktur der Olympiastadt. Ein Teil dieser Investitionen – wie etwa der Ausbau des Flughafens oder die Baumaßnahmen für sieben neue U-Bahn-Linien – wären vermutlich auch ohne Olympische Spiele vorgenommen worden, wenngleich eher zeitlich gestreckt.

Hier beschränkt sich die Mitwirkung von IOC, chinesischem NOC und BOCOG auf den Bau der Sportstätten. Der entscheidende Akteur ist die Stadt Beijing. Denn es war die Stadt, die Aufträge an chinesische Bauunternehmen, international renommierte Architekturbüros und internationale Konzerne vergab. Allein Siemens erhielt Aufträge im Wert von 1,1 Milliarden Euro (für die Modernisierung der Stromversorgung, den Bau neuer Stadtbahnzüge und einer Wasseraufbereitungsanlage sowie für eine neue Gepäckförderanlage für den Flughafen).

Bei den umfassenden Baumaßnahmen wurden die sozialen Kosten für die Olympischen Spiele in Beijing besonders deutlich: Die Arbeitsbedingungen auf dem Bau sind miserabel (vgl. den Artikel von Kirstin Wenk, S. 36). Unge-

zählte Menschen mussten alleine schon den neuen Sportstätten weichen: Nach offiziellen Angaben sind 6.307 Haushalte mit 14.901 Personen umgesiedelt worden, hierfür habe Beijing Entschädigungen in Höhe von 155 Millionen Euro gezahlt. Andere Angaben gehen davon aus, dass aufgrund aller Baumaßnahmen in Beijing 300.000 Menschen umziehen mussten. Das in Genf ansässige Centre on Housing Rights and Evictions sprach gar von 1,5 Millionen Zwangsumgesiedelten. Die Zwangsumsiedlungen werfen dunkle Schatten auf das glänzende Olympiabild, allerdings ist zu bedenken, dass Olympische Spiele immer mit der Umsiedlung von Menschen einhergehen – in den letzten zwanzig Jahren waren davon 1,5 Millionen betroffen.

Verbrauchernahe Aktivitäten: das dritte Teilsystem

Das dritte ökonomische Teilsystem sind gewinnwirtschaftlich organisierte verbrauchernahe Aktivitäten im unmittelbaren Umfeld der Spiele: Die täglich weit mehr als eine halbe Million Touristen wollen gepflegt und untergebracht werden und manche verbinden ihren Besuch der Spiele mit einer Reise durch das Land. Dies spielt vermutlich einige Hunderte Millionen US-Dollar in die Kassen der Tourismusbranche. Hinzu kommen die Herstellung und der Verkauf der im Rahmen von Lizenzverträgen gefertigten Merchandising-Produkten (allein in China sind hierfür

10.000 Geschäfte lizenziert worden), deren Verkauf ein Volumen von 500 bis 700 Millionen US-Dollar erreichen dürfte.

Globales Medienspektakel: das vierte Teilsystem

Um weit größere Summen geht es bei der wirtschaftlichen Verwertung der Übertragungsrechte durch Medienkonzerne und Sendeanstalten, die für diese Rechte 1,7 Milliarden US-Dollar gezahlt haben – und damit mehr als je zuvor (vgl. Schaubild). Allerdings hat sich das Wachstum der Einnahmen des IOC aus dem Verkauf der Übertragungsrechte seit 2004 verlangsamt. Ob dies als Hinweis auf eine eventuelle Abschwächung der Dynamik der Kommerzialisierung der Spiele gewertet werden kann, muss an dieser Stelle offen bleiben.

Unbekannt ist auch die Höhe der Werbeeinnahmen, die die Medienkonzerne und Sendeanstalten durch die Nutzung der Übertragungsrechte erzielen, jedenfalls liegen sie über deren Preis. In welchen Dimensionen sich diese Einnahmen bewegen könnten, deutet der Hinweis auf das gute Geschäft von China Central Television an: Der Sender sammelte im November 2007 Werbeverträge für 10,7 Milliarden US-Dollar (für Werbespots im Laufe des Jahres 2008) ein – über 20 Prozent mehr als im Vorjahr.

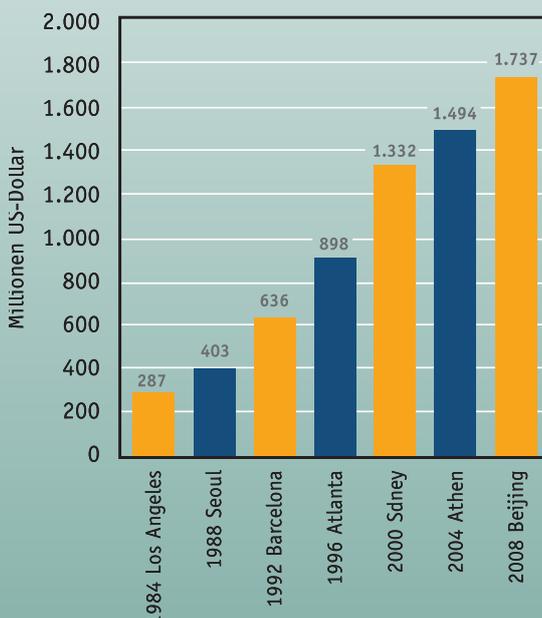
Im Blick auf das globale Medienspektakel zeigt sich das janusköpfige Gesicht der Kommerzialisierung besonders deutlich: Ohne sie wären die Spiele kaum finanzierbar, zugleich aber unterwirft sie die Spiele der Wettbewerbslogik und bringt sie in die Abhängigkeit von großen Konzernen. Dies legt schon der Umstand nahe, dass ein einziger Konzern die mediale Vermarktung der Spiele dominiert: Die US-amerikanische National Broadcasting Company (NBC) zahlte 893 Millionen US-Dollar für den Erwerb von Fernsehrechten, was einem Anteil von 51,4 Prozent aller Einnahmen des IOC aus der Vergabe der Übertragungsrechte für Beijing entsprach.

In den 1980er Jahren hatte der NBC-Anteil an den Übertragungsrechten noch bei über 75 Prozent gelegen, inzwischen sind aber weitere Bieter auf den Plan getreten. So erwarb das europäische Konsortium European Broadcasting Union Rechte in Höhe von 443 Millionen (und stellte damit 25,5 Prozent der IOC-Einnahmen aus Fernsehrechten). Noch immer aber hat NBC, der ehemals führende Medienkonzern im US-amerikanischen Fernsehgeschäft – der sich jedoch seit Jahren auf einer Talfahrt befindet –, einen dominierenden Einfluss. So drängte der Konzern das IOC, einige Wettbewerbe so anzusetzen, dass die Veranstaltungszeiten den eigenen Programmwünschen entsprechen.

Der wirkliche Einfluss von NBC dürfte größer sein, denn NBC gehört zum US-amerikanischen Mischkonzern General Electric, der seinerseits 2005 dem TOP-Programm des IOC

Teures Fernsehen: Einnahmen des Internationalen Olympischen Komitees aus der Vergabe der Übertragungsrechte für Olympische Sommerspiele 1984 bis 2008

Angaben in Millionen US-Dollar



Quelle: International Olympic Committee (2008): S. 26

für globale Sponsoren beiträgt. Außerdem dürfte sich NBC zusätzliche Werbeeinnahmen dadurch sichern, dass der Konzern in Kooperation mit Microsoft sämtliche Wettbewerbe im Internet verfügbar macht.

Die Interessen der Sponsoren: das fünfte Teilsystem

Nur mittelbar mit den Spielen verknüpft sind die werblichen Aktivitäten der Sponsoren: Zwar steht ihre Nutzung der Werbe- und Marketingrechte in einem unmittelbaren Zusammenhang mit den Spielen, doch wirtschaftlichen Gewinn können die Akteure erst mittelfristig erwarten. Hierbei haben sie unterschiedliche Interessen:

Die chinesischen Sponsoren möchten sich den Industrieländern als leistungsstarke und moderne Partner empfehlen, so der einzige chinesische TOP-Sponsor – der größte chinesische PC-Hersteller Lenovo.

Die Sponsoren aus den westlichen Industrieländern zielen vor allem auf den chinesischen Markt. Denn die globale Werbewirksamkeit des Sponsoring Olympischer Spiele darf nicht überschätzt werden. So betonte Adidas-Markenchef Erich Stamminger im März 2008, dass das Geschäft im Umfeld von Olympischen Spielen keinesfalls unmittelbar anziehe – bei Fußball-Europa- und -Weltmeisterschaften



Bauarbeiten am neuen Terminal des Beijinger Flughafens



Auch Volkswagen erhofft sich Marktvorteile durch sein Olympia-Sponsoring

sei dies anders. Aber: „In China versprechen wir uns einen kräftigen Umsatzschub“ (Handelsblatt, 13. März 2008). Denn inzwischen gilt China als der am schnellsten wachsende Markt für Sportartikel: Schätzungen gehen davon aus, dass 2010 rund 500 Millionen sportlich aktiver Chinesinnen und Chinesen Sportartikel nachfragen werden. Spätestens dann werden die weltgrößten Hersteller von Sportartikeln nicht vor allem deshalb in China produzieren, weil die Produktionskosten niedrig sind, sondern weil der dortige Markt zum weltweit zweitgrößten Markt für Sportartikel aufgestiegen sein wird. Dann möchte Adidas einen Umsatz von einer Milliarde US-Dollar erzielen (2004 waren es erst 100 Millionen US-Dollar).

Auch andere Unternehmen zielen mit ihrem Sponsoring der Spiele in Beijing vor allem auf den chinesischen Markt – so der VW-Konzern, der heute schon Marktführer in China ist und in keinem Land der Welt so viele Fahrzeuge verkauft wie dort. VW stellte im April 2008 zwei eigens für den chinesischen Markt entwickelte PKW-Modelle vor.

Schließlich gelang es einigen Sponsoren, ihre teuer erkaufte Sonderrolle für die Gewinnung von Großaufträgen zu nutzen: So erhielt der TOP-Sponsor General Electric einen Auftrag für Infrastrukturmaßnahmen in Beijing und für das Olympiastadion im Wert von 800 Millionen US-Dollar (rund das Zehnfache dessen, was sich GE die Mitgliedschaft im Club der TOP-Sponsoren kosten ließ).

Eine Konsequenz des finanziellen Engagements der Sponsoren waren deren vielfältige Versuche, im März und April 2008 die Diskussion über einen Boykott der Olympischen Spiele als Reaktion auf die Unterdrückung der Proteste in Tibet durch China zu beeinflussen – denn ein Boykott hätte sich negativ auf ihr Image und damit auch auf den wirtschaftlichen Nutzen des Sponsoring ausgewirkt.



Wertvolle Investitionen, die sich lohnen

Tobias Birkendorf

Die Ausrichtung von Olympischen Spielen ist in der Vergangenheit häufig aus Image- und Prestige Gründen erfolgt. Auch die VR China wird die Veranstaltung dazu nutzen, das Land einem breiten internationalen Publikum von der besten Seite zu präsentieren. Da die chinesische Regierung neben einem positiven Image auch an einem hohen Wirtschaftswachstum interessiert ist, stellt sich die Frage, ob sich die mit der Austragung einer solchen Veranstaltung verbundenen Ausgaben aus ökonomischer Sicht insgesamt für die VR China lohnen werden.

Lohnt sich Olympia für China?

Diese Frage ist vor allem vor dem Hintergrund von Interesse, dass sich Olympische Spiele in der Vergangenheit aufgrund des hohen finanziellen Aufwandes nicht immer positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung der ausrichtenden Länder auswirken konnten. Zu denken ist hier beispielsweise an die Olympischen Spiele 1976 in Montreal, die den größten je durch Olympische Spiele erzielten wirtschaftlichen Verlust hervorgebracht haben. Zurückzuführen war dies vor allem auf unüberlegte (hohe) Investitionen in die Sportstätten der Spiele, für die sich nach der Veranstaltung keine adäquaten Verwendungsmöglichkeiten geboten haben. Aus wirtschaftlicher Perspektive wäre es für Montreal sicherlich besser gewesen, die Olympischen Spiele nicht auszurichten und die eingesparten finanziellen Mittel anderweitig zu investieren. Negative Effekte, wie sie sich in Montreal ergeben haben, können insbesondere für wirtschaftlich unterentwickelte Länder fatale Folgen haben, wenn die wenigen zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen für Investitionsvorhaben verwendet werden, die keine oder nur geringe positive Effekte auf die Wirtschaft auslösen.

Dass allerdings auch die positiven Resultate überwiegen können, ist auf die veränderte internationale Bedeutung der Olympischen Spiele insbesondere in den letzten

zwei Jahrzehnten zurückzuführen. Mit der zunehmenden Anzahl an Teilnehmern und Besuchern sind auch die möglichen positiven ökonomischen Impulse für die ausrichtenden Städte immer größer geworden. So konnte z. B. Barcelona nach den Olympischen Spielen 1992 von einer zunehmenden Anzahl an Firmenniederlassungen profitieren. Im Gegensatz zu den Olympischen Spielen von Montreal haben es die Veranstalter der Spiele in Barcelona aber verstanden, große Teile des gesamten olympiabedingten Investitionsvolumens so zu verwenden, dass die Stadt für Investoren attraktiver geworden ist. Hierzu gehört zum Beispiel auch der Ausbau des öffentlichen Transportwesens, der annähernd 40 Prozent der gesamten Investitionen ausgemacht hat.

Neuer Investitionsrekord

Bei den Olympischen Spielen in Beijing haben die veranstaltungsbedingten Investitionen einen neuen Rekord aufgestellt. Die Angaben reichen dabei von 25 bis 40 Milliarden US\$, wobei das Investitionsvolumen insgesamt deutlich höher ist als bei den Spielen von Barcelona 1992 (12 Milliarden US\$ Investitionen), die bisher die teuersten Olympischen Spiele gewesen sind. Dabei wurde in Beijing für alle durchzuführenden Projekte ein „Olympischer Aktionsplan“ entworfen, der den Aufbau der Infrastrukturprojekte in drei Phasen vorsah: Die erste Phase von Dezember 2001 bis Juni 2003 beinhaltete die Vorbereitungen und die Organisation der Managementstruktur, die zweite Phase von Juli 2003 bis Juni 2006 den Ausbau der Infrastruktur und die dritte Phase bis zum Sommer 2008 den Test aller Maßnahmen.

Know-how-Transfer durch Olympia

Für die olympischen Bauten wurden Ausschreibungen veranstaltet, an denen auch westliche Firmen teilgenom-

men haben. Die Beteiligung des Auslands ist dabei äußerst positiv zu sehen, da hierdurch Know-how aus besser entwickelten Ländern übertragen werden kann, von dem auch chinesische Unternehmen bei der eigenen Produktion profitieren können. Ein solcher Technologietransfer wird möglich, wenn zum Beispiel ausländische Unternehmen durch die operative Tätigkeit im Gastland ihre Technologien in verschiedenen Funktionsbereichen (z. B. Marketing, Logistik und Produktion) präsentieren, die dann von heimischen Unternehmen beobachtet, kopiert oder imitiert und zum eigenen Vorteil verwendet werden.

Einige technische Neuerungen, wie die Gewinnung von Erdwärme, wurden in den Bewerbungsunterlagen prestigeträchtig angekündigt, sind aber ohne ausländische Hilfe nicht realisierbar. Auch bei Umweltprojekten ist die VR China auf die Erfahrung ausländischer Unternehmen angewiesen, da das entsprechende technische Wissen bisher nicht verfügbar ist. Neben ausländischen Unternehmen haben auch chinesische Unternehmen vom Auftragsboom im Zuge der Olympischen Spiele profitieren können. Allerdings ist unklar, ob es sich dabei um große oder eher mittelständische Unternehmen aus der Umgebung Beijings oder auch um solche aus anderen Provinzen gehandelt hat.

Wirtschaftswachstum, bedingt durch die Olympischen Spiele, ergibt sich allerdings nicht nur aufgrund des Investitionsvolumens, sondern hängt auch von der Art der Investitionsprojekte ab. Insbesondere durch Investitionen in die Infrastruktur ergeben sich Impulse für das Wirtschaftswachstum, da diese eine Effizienzsteigerung der inländischen Produktion bewirken. Der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur ermöglicht beispielsweise den Anschluss an benachbarte nationale und internationale Märkte bzw. an das überregionale Netzwerk und verbessert die Voraussetzungen für den Transport von Gütern, also den Gütertausch innerhalb der Volkswirtschaft. Zudem reduzieren sich die Produktions- und Lieferkosten für in- und ausländische Unternehmen, sodass unter Renditegesichtspunkten Investitionen in Beijing interessanter werden. Wenn infolge des olympiabedingten Infrastrukturausbaus weitere Investitionen vor allem aus dem Ausland getätigt werden, kann es zur Übertragung von technischen Neuerungen ins Inland und folglich zu (anhaltendem) Wirtschaftswachstum kommen. Das Pro-Kopf-Einkommen (PKE) könnte in diesem Fall auch langfristig über jenem vor den Olympischen Spielen liegen.

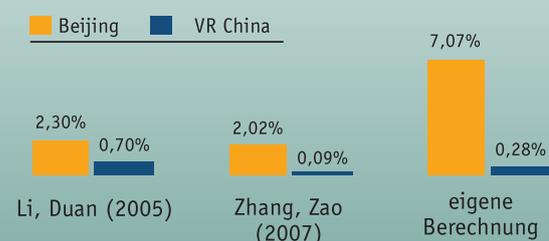
Investitionen in Infrastruktur wirken langfristig

Die beschriebenen Zusammenhänge sind für Beijing durchaus möglich, da neben dem Bau von Stadien, Sporthallen und Umweltprojekten auch massiv in Infrastrukturbereiche investiert worden ist, was eine Verbesserung des

Investitionsklimas in Beijing bewirken kann. Hierzu gehören unter anderem der Ausbau des Flughafens, der Aufbau eines adäquaten Telekommunikationsnetzes sowie der Ausbau des Straßennetzes und des öffentlichen Personennahverkehrs in einer Größenordnung von ca. zwölf Milliarden US\$. Insbesondere die Investitionen in das öffentliche Personenbeförderungssystem sind dringend erforderlich gewesen, da Beijing im Vergleich zu ähnlich großen Städten in Industrieländern in diesem Bereich Defizite aufgewiesen hat. Bis zum Beginn der Planungen für die Olympischen Sommerspiele existierten lediglich drei U-Bahnlinien, die für eine Stadt mit zwölf Millionen Einwohnern und jährlich steigenden Besucherzahlen aus dem In- und Ausland nicht ausreichend sind. Von daher sind auch die positiven wirtschaftlichen Erwartungen, die sich aus den genannten Investitionsvorhaben ergeben müssten, nachvollziehbar.

Einige Ökonomen gehen beispielsweise davon aus, dass die Olympischen Spiele die Entwicklung einer Stadt um zehn Jahre vorantreiben können. Diese optimistische Sichtweise kann durch die in Abbildung 1 dargestellten Ergebnisse verschiedener Studien für Beijing bestätigt werden. Demnach können die Olympischen Spiele zu einem jährlichen Anstieg der Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes (BIP) zwischen 0,09 Prozent und 0,70 Prozent der VR China sowie zwischen 2,02 und 7,07 Prozent der Provinz Beijing beitragen. Diese Resultate scheinen nicht allzu unrealistisch zu sein, zumal viele westliche Unternehmen große Hoffnungen in die Olympischen Spiele in Beijing setzten. Der australische Sun Herald verglich beispielsweise den Run westlicher Unternehmen auf Aufträge in Beijing mit einem Goldtausch, der sich durch die vielfältigen Investitionen ergeben habe.

Abbildung 1:
Einfluss der Olympischen Spiele auf die Wachstumsrate des BIP der VR China und der Region Beijing



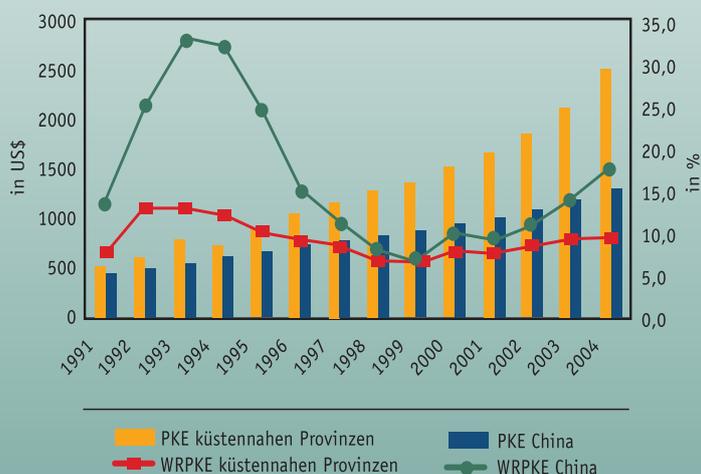
Obwohl sich die enormen Investitionen im Zuge der Olympischen Spiele positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung Beijings auswirken, gibt es dennoch einige Stimmen, die den Bauboom in Beijing kritisch und mit einem weinenden Auge betrachten, da sich das Stadtbild Beijings erheblich verändert hat. Vor allem die Hutongs, enge Gassen

rund um die Verbotene Stadt und den Tian Tan Tempel, waren vom Bauboom bedroht und sind teilweise vom Stadtbild verschwunden. Auch über Enteignungen von Wohnungseigentümern ohne oder mit nur geringer Entschädigung wird in westlichen Medien immer wieder berichtet.

Verstärkung regionaler Disparitäten

Ferner wird es durch die Ausrichtung der Olympischen Spiele zu einer Verstärkung der regionalen Disparitäten kommen, da sich die positiven Effekte der veranstaltungsbedingten Investitionen vermutlich auf wenige wirtschaftlich sowieso schon besser entwickelte Regionen Chinas konzentrieren. Dies ist vor allem vor dem Hintergrund zu kritisieren, dass gerade die ländlichen Provinzen lange Zeit von der chinesischen Regierung gegenüber den küstennahen Regionen benachteiligt worden sind. Diese Benachteiligung zeigt sich auch in der wirtschaftlichen Entwicklung. Wie aus Abbildung 2 zu entnehmen ist, war die Wachstumsrate des Pro-Kopf-Einkommens der bevorzugten Regionen mit Ausnahme des Jahres 1999 immer größer als die der gesamten VR China.

Abbildung 2:
Wachstumsrate des PKE in Prozent und das absolute PKE in US\$ der küstennahen Provinzen sowie der VR China



Die höheren Wachstumsraten des Pro-Kopf-Einkommens spiegeln sich auch in der Entwicklung des absoluten Pro-Kopf-Einkommens wider, das im gesamten betrachteten Zeitraum in den küstennahen Provinzen teilweise deutlich über jenem der VR China gelegen hat. Ferner konzentrieren sich 88 Prozent der im Zeitraum von 1983 bis 2001 zugeflossenen ausländischen Direktinvestitionen auf die küstennahen Regionen, während in den Zentralregionen der Anteil bei neun Prozent und in den westlichen Regionen nur bei drei Prozent gelegen hat. Das Pro-Kopf-

Einkommen der ländlichen Regionen beträgt zudem nur ca. 60 Prozent des Pro-Kopf-Einkommens der bevorzugten Gebiete an der Küste. Darüber hinaus sind die lokalen Märkte auf dem Land relativ schlecht entwickelt und vor allem durch staatliche Unternehmen geprägt.

Erschwerend kommt hinzu, dass Sach- und Humankapital aus den ärmeren Regionen in die reichen Regionen abfließt. Aus entwicklungspolitischer Perspektive müsste somit die Vergabe der Olympischen Spiele an eine relativ gut entwickelte Stadt wie Beijing kritisiert werden, da hierdurch unterentwickelten Regionen mitunter die Chance auf Wirtschaftswachstum genommen wird. Allerdings ist es äußerst fraglich, ob die Ausrichtung einer Großveranstaltung in einer unterentwickelten Region sowohl finanziell als auch organisatorisch überhaupt realisierbar gewesen und vom Internationalen Olympischen Komitee (IOC) unterstützt worden wäre. Aus diesem Grund hatte die chinesische Regierung wohl auch nicht die Wahl, die Spiele in einer entwickelten oder einer unterentwickelten Region stattfinden zu lassen, sondern lediglich jene, sich mit einer Stadt wie Beijing um die Ausrichtung zu bemühen oder die Bewerbung zu unterlassen. Ferner könnte kritisiert werden, dass die chinesische Regierung finanzielle Ressourcen für die Ausrichtung der Olympischen Spiele verwendet, die den ärmeren Provinzen hätten zu Gute kommen können. In diesem Zusammenhang ist aber unklar, ob die chinesische Regierung diese finanziellen Mittel tatsächlich für den Aufbau der ländlichen Regionen verwendet hätte, wenn die Olympischen Spiele nicht an Beijing vergeben worden wären. Vielmehr ergeben sich direkt durch den Aufbau der Infrastruktur in Beijing armutsreduzierende Effekte auch für ärmere Regionen. So bieten sich bspw. Jobchancen für Wanderarbeiter insbesondere in der Zeit vor den Olympischen Spielen.

Trotz einiger Bedenken über die Wahl des Austragungsortes sowie der finanziellen Risiken dürften die Olympischen Spiele in Beijing aus ökonomischer Perspektive erfolgreich für die chinesische Volkswirtschaft werden. Die Infrastruktur wird ausgebaut und Know-how ins Inland übertragen. Hierdurch wird Beijing für Investoren attraktiver, sodass es infolge der Olympischen Spiele zu weiteren Investitionen aus dem In- und Ausland kommen wird, die sich ebenfalls positiv auf das Wirtschaftswachstum auswirken müssten. Sicherlich werden die positiven Effekte für die ländlichen Regionen eher gering ausfallen. Allerdings hat die wirtschaftliche Entwicklung der vergangenen Jahre gezeigt, dass sich durch die hohen Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts zumindest eine Verbesserung der absoluten Armutssituation in der VR China ergeben hat. Immerhin fallen heute ca. 200 Millionen Menschen weniger als im Vergleich vor 20 Jahren unter der von der Weltbank definierten Armutslinie von einem US\$ pro Tag.

Der Traum von fairen Sport- und Fanartikeln

Christina Schröder



Vier Monate vor den Olympischen Sommerspielen in Beijing sind die Sieger bereits bekannt. Viele Unternehmen der Sportartikelindustrie und das Olympische Komitee dürfen mit hohen Gewinnen und noch höheren Umsätzen rechnen. Dabei sein ist alles für sie. Aber auch die Verlierer stehen schon fest. Auf den letzten Plätzen finden sich die ArbeiterInnen der Sportartikelindustrie wieder. Sie, die monatelang Sportdressen und alle Arten von Merchandising-Produkten mit dem olympischen Logo herstellen, kämpfen um ihre Existenz und ein menschenwürdiges Leben. One World, One Dream?

Gold für Unternehmen und das Olympische Komitee

Wenn sich im August 2008 die besten Athleten der Welt in Beijing versammeln, um die Olympischen Sommerspiele zu begehen, werden etwa 800.000 internationale und eine Million heimische Besucher in Beijing dieses Großevent live mitverfolgen. Die Bilder der Veranstaltung – und mit ihnen die Werbung der Sponsoren – werden auf der ganzen Welt im Fernsehen zu sehen sein. Diesen Umstand wollen die Hersteller von Sportschuhen und -bekleidung wie Nike, Adidas, Reebok, Puma, Fila, ASICS, Mizuno, Lotto, Kappa und Umbro nutzen, um Umsatzsteigerungen zu erzielen. Ein Jahr nach den letzten Spielen wurde das entsprechende globale Marktvolumen auf etwa 74 Milliarden US-Dollar geschätzt. Darüber hinaus erzielen Sportinstitutionen wie das Internationale Olympische Komitee (IOC) bei solchen globalen Sportereignissen durch Sponsoren- und Lizenzverträge beträchtliche Einnahmen.

Die Sommerspiele in Beijing könnten die gewinnbringendsten seit Beginn der Olympischen Spiele werden und das Plus von 224 Millionen US-Dollar übertreffen, das bei den Spielen 1984 in Los Angeles erzielt wurde, so der IOC-Verantwortliche, der die Vorbereitungen für die Spiele 2008 überwacht. So soll etwa Adidas den außergewöhnlich hohen Preis von 80 bis 100 Millionen US-Dollar in Geld und Waren, beispielsweise Uniformen, bezahlt haben, um sich seinen Sponsorenvertrag mit den Olympischen Spielen in Beijing zu sichern. Das Unternehmen erwartet, dass 2008 der Umsatz um einen hohen einstelligen Betrag steigen wird, der Überschuss sogar um 15 Prozent. Nicht zuletzt wird das Unternehmen diese Entwicklung den Olympischen Spielen verdanken.

Das IOC hat noch elf weitere Sponsoren, die für die Olympiade bis 2008 insgesamt 866 Millionen US-Dollar zahlen. Die Vergabe von Olympia-Lizenzen ist ein wichtiger Teil des Marketings der Olympischen Spiele: „Eine offizielle Lizenz der Olympischen Spiele ist ein Abkommen, das dem Inhaber das Recht zur Verwendung von olympischen Symbolen, Emblemen, Logos und Zeichen auf seinen Einzelhandelsprodukten verleiht. Als Gegenleistung zahlt der Lizenznehmer Gebühren, die die Olympischen Spiele unmittelbar finanziell unterstützen. Ziel des Programms ist es, die Olympischen Ideale und die Olympische Marke zu fördern.“

Wie auf der Website der Olympischen Spiele 2008 in Beijing dargestellt, „bietet das Lizenzprogramm erfolgreichen Unternehmen im Gastgeberland die Möglichkeit, potenziell große Mengen von olympischen Produkten herzustellen und zu verkaufen. Die Lizenznehmer haben die Chance, be-



trächtliche Gewinne durch die Herstellung und den Verkauf von lizenzierten Produkten zu erzielen, das Image der Marke zu verbessern, die Marktanteile zu vergrößern und den Absatz zu steigern...". Man schätzt, dass allein der Verkauf des offiziellen Maskottchens der Beijinger Spiele Gewinne von über 300 Millionen US-Dollar einbringen wird.

Die Nachfrage nach Olympia-Souvenirs und entsprechender Sportbekleidung wird demnach auch in Beijing enorm sein. Der Markt für Marken-Sportbekleidung ist in China geradezu explodiert: Die Einnahmen sind in den letzten zehn Jahren von beinahe Null auf etwa drei Milliarden US-Dollar im Jahr 2005 gestiegen. Für das Jahr 2006 rechnete man mit einem Zuwachs von etwa 20 Prozent.

Chinas Wandlung zu einem Produktionsgiganten für den Weltmarkt wird als das „chinesische Wunder“ bezeichnet. Vielen Unternehmen auf der ganzen Welt hat dieses wirtschaftliche Wunder neue Märkte und den Zugang zu billigen und anspruchslosen Arbeitskräften eröffnet, die auch für die Olympischen Spiele verfügbar sind. Zugleich gehen die großen Exporterfolge Chinas bisher von Branchen aus, wie der Bekleidungsindustrie, die unverhältnismäßig niedrige Löhne zahlen.



Die Friendlies, Maskottchen der Olympischen Sommerspiele in Beijing

Die Kehrseite der Medaille

Chinas „Wunder“ ist teuer erkauft: durch Ausbeutung und Unterdrückung im großen Stil. Den Preis dafür hat die überwiegende Mehrheit der Menschen bezahlt, die Arbeiter und Bauern. Durch den Aufschwung der chinesischen Wirtschaft sind die durchschnittlichen Einkommen erheblich gestiegen, gleichzeitig aber auch die Zahl derjenigen, die in absoluter Armut leben, gefallen. Es leben dennoch etwa 35 Prozent der Bevölkerung Chinas von weniger als zwei US-Dollar am Tag. Weitere zehn Prozent der Bevölkerung leben sogar von weniger als einem US-Dollar am Tag – das sind weit weniger als vor 20 Jahren. Die sozialen Unterschiede sind gestiegen. China gehört heute zu den Nationen mit den größten sozialen Disparitäten – es befindet sich auf Platz 81 von 177, vor der Türkei und nach Thailand.

Die Zahl der Zuwanderer, die ihre ländliche Heimat verlassen haben, um Armut und Arbeitslosigkeit zu entgehen, beträgt etwa 200 Millionen. Allein in der Textilindustrie liegt der Anteil der Wanderarbeiter – der so genannten mingong – bei 70 bis 80 Prozent. 47,5 Prozent sind Frauen; in Shenzhen, einer wichtigen Industriestadt im Süden des Landes, sind es sogar 65,6 Prozent.

Die Arbeitsbedingungen dieser Wanderarbeiter sind sehr schlecht, viele arbeiten ohne einen formellen Vertrag und ohne Sozialversicherung (vgl. Artikel Kirstin Wenk, S. 36). Nur 23 bis 30 Prozent aller ArbeitsmigrantInnen in privaten Unternehmen haben Arbeitsverträge. Laut einer Umfrage in Guangdong 2001 hatten 73,8 Prozent der ArbeiterInnen keine Sozialversicherung. Viele der ArbeitsmigrantInnen arbeiten 13 Stunden am Tag, sieben Tage in der Woche, um den Mindestlohn oder weniger zu verdienen. Die Gesundheits- und Sicherheitsstandards sind völlig unzureichend. Nach offiziellen Schätzungen lag die Zahl der Todesfälle in der Industrie 2005 bei etwa 127.000. Laut eines kürzlich veröffentlichten Berichts leiden mehr als 200 Millionen der 758 Millionen Beschäftigten in China an Krankheiten, deren Ursachen in direktem Zusammenhang mit ihrem Beruf stehen. 2006 ist die Zahl der großen Arbeitsunfälle (Unfälle mit 30 oder mehr Toten) laut der offiziellen Statistik zwar gesunken, dennoch bleiben Arbeitsunfälle weiterhin ein tägliches Ereignis.

Zumindest theoretisch kann die chinesische Regierung aber in vielen Bereichen der Gesetzesreformen und der sozialen Entwicklung Fortschritte verzeichnen – so z.B. durch das neue Arbeitsvertragsgesetz (siehe Kasten S. 39). Die Einführung der Reformen stößt auf viele Probleme, ebenso wie die Umsetzung der bereits beschlossenen. Neun von zehn Unternehmen halten sich nicht daran, weil sie bisher kaum oder keine Sanktionen befürchten müssen.

Auf Unternehmensseite wurde die soziale Verantwortung der Unternehmen, ihre Corporate Social Responsibi-

lity (CSR), als Lösung für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in China gepriesen. Viele internationale Unternehmen und Marken förderten und bewarben dieses Konzept, um ihr Engagement für grundlegende Arbeitsnormen zu präsentieren. Und dennoch zeigen zahlreiche Nachforschungen, dass CSR in China weitgehend wirkungslos bleibt. Niedrige Standards, veraltete und in Verruf geratene Systeme für die Prüfung der Betriebe und die fehlende Verantwortung gegenüber den Zulieferbetrieben in den Abkommen haben zur Folge, dass viele Betriebsprüfungen bedeutungslos und leicht zu untergraben sind. Unternehmen schreiben sich auf die Fahnen, grundlegende Arbeitsnormen wie beispielsweise die Vereinigungsfreiheit zu fördern. Die wenigsten Verhaltenskodizes nennen jedoch konkrete Maßnahmen, durch die dieses Recht gewahrt und umgesetzt wird.

Die Olympischen Spiele wären sowohl eine symbolische als auch eine praktische Gelegenheit, sicherzustellen, dass sie den in der Olympischen Charta niedergelegten Idealen, wie Ethik und Fairness gerecht werden. Sportinstitutionen wie das Internationale Olympische Komitee, die durch Sponsoren- und Lizenzverträge einen gewissen Einfluss haben, und alle Unternehmen, die Sportbekleidung, -schuhe und andere Sportartikel herstellen und vermarkten, sollten deutlich mehr Verantwortung für die Arbeitsbedingungen der Branche zeigen, als sie dies derzeit tun.

Play Fair 2008 untersuchte im Winter 2006/2007, inwiefern sich die oben genannten erschreckenden Arbeitsbedingungen in der chinesischen Sportartikelindustrie, die unter dem olympischen Logo produziert, wiederfinden ließen. Zu diesem Zeitpunkt hatten insgesamt 55 Unternehmen das Privileg erhalten, Produkte mit dem offiziellen olympischen Logo herzustellen. In China wird die Verwendung des olympischen Logos auf Produkten genau kontrolliert und überwacht. Die Nachforschungen, die in vier dieser Unternehmen angestellt wurden, bewiesen jedoch, dass auf die Arbeitsbedingungen und die Einhaltung der Arbeitsgesetze nur wenig bis gar kein Wert gelegt wird. Der Großteil der oben genannten Arbeitsrechtsverletzungen wurde bei Unternehmen mit internationalen Kundenstämmen und in der Produktion für Olympia nachgewiesen.

Das IOC hat zwar einen Ethikkodex, scheint jedoch extrem unwillig, irgendeine Verantwortung dafür zu übernehmen, unter welchen Bedingungen olympische Produkte und entsprechende Sportbekleidung hergestellt werden – und das, obwohl die Branche und die Olympischen Spiele so offensichtlich zusammenhängen. Es drängt sich die grundlegende Frage auf, wie die Olympischen Spiele, die, in den Worten der Olympischen Charta, „eine Lebensweise herbeiführen“ möchten, die „auf die Achtung



Play Fair 2008



Play Fair 2008 ist ein weltweiter Zusammenschluss von Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Arbeitsorganisationen, die seit den Sommerspielen in Athen 2004 im Vorfeld der Olympischen Spiele die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Arbeitsbedingungen in der globalen Sportbekleidungsindustrie lenken möchten. Ziel der Kampagne war und ist es, Druck auf Unternehmen der Sportbekleidungsindustrie, das Internationale Olympische Komitee, seine Organisationskomitees für die Olympischen Spiele und die Nationalen Organisationskomitees sowie auf nationale Regierungen auszuüben, damit sie konkrete und klare Maßnahmen ergreifen, um der Ausbeutung und Misshandlung der größtenteils weiblichen ArbeiterInnen der weltweiten Sportbekleidungsindustrie ein Ende zu setzen.

Im Rahmen der Play Fair-Kampagne 2008 läuft von Frühjahr 2008 bis zu den Olympischen Spielen in Beijing eine weltweite Petition, die all diejenigen unterzeichnen sollen, die mit diesen Zuständen in der Sportartikelindustrie und dem Verhalten des IOC nicht einverstanden sind. Die gesammelten Unterschriften werden nach den Spielen dem IOC übergeben.

*Nähere Informationen zur Kampagne und zur Petition:
www.playfair2008.org*

fundamentaler und universell gültiger ethischer Prinzipien begründet ist“, sich mit solchen Arbeitsbedingungen für die Angestellten vereinbaren lässt, wenn das IOC auf Vorwürfe bezüglich Menschenrechtsfragen immer wieder verlautbaren lässt: „Wir sind nicht in der Lage, Regierungen Anweisungen zu geben, wie sie sich verhalten sollen. Das ist nicht unsere Aufgabe. Wir sind für die Organisation der Spiele zuständig.“

Aufgrund anhaltender Kritik aus der Zivilgesellschaft haben Unternehmen in der Bekleidungsindustrie schon Schritte in Richtung nachhaltiger sozialer Verantwortung gesetzt. Es bleibt zu hoffen, dass auch das Olympische Komitee sich neu positioniert, damit in Zukunft die Rechte der ArbeiterInnen in dem Wettlauf ums Gold nicht mit Füßen getreten werden und die Olympischen Ideale für alle Beteiligten gelten.



68 Cent die Stunde

Kirstin Wenk

Wer die neuen Prachtbauten auf Beijings Olympiagelände betrachtet, ist unwillkürlich beeindruckt. Mutig, genial, perfekt – so beschreiben Besucher die gigantischen, aber dennoch elegant ineinander verwobenen Stahlstreben des Nationalstadions, auch „Vogelnest“ genannt. Der gegenüberliegende „Wasserwürfel“, das Schwimmzentrum, begeistert nicht weniger. Bläulich transparent schimmert seine Außenhaut. Auch viele der anderen für die Olympischen Spiele errichteten Hallen und Stadien sind architektonische Meisterwerke, entworfen von den Weltstars der Branche. Herzog & de Meuron aus Basel planten das „Vogelnest“, PTW aus Sydney den „Wasserwürfel“. Das neue Terminal des Beijinger Flughafens, das den Ansturm der Gäste im August bewältigen soll, stammt von Norman Foster. Beijing bietet sich als Paradies für Planer an, die ihre Prestige-Projekte als Symbole einer neuen Epoche in China inszenieren. So will es jedenfalls die Führung der Kommunistischen Partei.

Olympias lichtdurchflutete Hallen haben nichts mehr mit der Abgeschlossenheit der Verbotenen Stadt zu tun oder mit dem sozialistischen Kitsch auf dem Platz des Himmlischen Friedens. Explizit sollen sie auch öffentliche Funktionen erfüllen. Nach Ende der Spiele sollen viele Gebäude den Bürgern dienen. Der Wasserwürfel wird zum Vergnügungspark. Das Vogelnest, von allen Seiten zugänglich, soll zum Treffpunkt im Norden der Stadt avancieren. „People’s Olympics“, so lautet schließlich einer der offiziellen Slogans für das Mega-Ereignis 2008.

Nur bauen, nicht schauen oder: Spiele ohne ihre Erbauer

Eine gesellschaftliche Gruppe wird jedoch weder die Spiele besuchen, noch später sich den Eintritt für die Sporttempel leisten können. Dabei gäbe es die futuristischen Monumentalbauten ohne sie, die Wanderarbeiter, nicht einmal. Rund eine Million mischt auf den etwa 10.000 Beijinger Baustellen Zement, verschweiß Stahlträger, schiebt Schubkarren. 300.000 verrichten Dienste auf olympischen Baustellen. Sie alle zählen zu den landesweit 150 bis 200 Millionen nongmingong („Bauernarbeiter“), die vom Land in die Städte gezogen sind, auf der Suche nach Jobs.

Für einen Lohn von etwa 50 Yuan (fünf Euro) am Tag, schufteten Bauarbeiter, hunderte Kilometer von ihren Familien entfernt, in den boomenden Städten, oft mehr als zehn Stunden am Tag. Ein neues Arbeitsvertragsgesetz (AVG) soll ihnen zwar seit Anfang 2008 besseren Schutz vor Ausbeutung gewähren. Aber was nutzt es, wenn die meisten nicht einmal Verträge haben? Für diese müssten sie eine zumindest zeitlich begrenzte Aufenthaltsgenehmigung erhalten sowie weitere Papiere. Das kostet Geld. Eine dauerhafte Wohnnerlaubnis bekommen sie in der Regel sowieso nicht. Erst der so genannte hukou ermöglicht den Zugang zu Privilegien, wie die Einklagung von Rechten, Alters- und Krankenversicherung, Schulbesuch der Kinder. Dieses Haushaltsregistrierungssystem trennt strikt ländliche von

städtischen Arbeitnehmern. Seit seiner Einführung 1958 ist es zwar weitgehend gelockert worden, stellt aber grundsätzlich immer noch eine institutionelle Diskriminierung der Arbeiter vom Land dar. Das spiegelt sich auch in der Behandlung der Migranten durch die Arbeitgeber in der Stadt wider. Sie verlangen von den Zugereisten ein Höchstmaß an Flexibilität. Verantwortung für sie in Form sozialer Absicherung wollen sie dagegen nicht übernehmen.

Viele Wanderarbeiter riskieren beim Bau der kühnen Konstruktionen sogar Gesundheit und Leben, wenn sie übermüdet in 70 Metern Höhe Dächer montieren. Jedes Jahr verunglücken in China rund 100.000 Menschen tödlich am Arbeitsplatz. Nach den Kohlebergwerken sind Baustellen die gefährlichsten Arbeitsplätze. Doch die Durchsetzung des Arbeitssicherheitsgesetzes scheitert oft an den überlasteten Inspektoren der Arbeitssicherheitsbehörden.

Mindestens zwei Arbeiter kamen nach offiziellen Angaben beim Bau des „Vogelnests“ ums Leben. Sechs weitere Todesopfer sollen es auf anderen Olympia-Baustellen sein. Wahrscheinlich liegt die tatsächliche Opferzahl höher, denn die nun bekannten Unfälle sind lange verschwiegen worden. Ding Zhenkuan, Vize-Chef des Beijinger Büros für Arbeitssicherheit, gab erst im Januar 2008 widerwillig auf Druck von Journalisten die Todesopfer zu. Die britische Zeitung Sunday Times hatte zuvor von zehn Unfällen mit tödlichem Ausgang allein beim Bau des „Vogelnests“ berichtet. Das Londoner Blatt interviewte unter anderem einen 25-jährigen Arbeiter aus der Provinz Gansu, der schilderte, wie der Leichnam eines tödlich verunglückten Kollegen heimlich entsorgt worden sei. Alle anwesenden Arbeiter seien zum Schweigen verdonnert worden.

Katastrophale Arbeits- und Lebensbedingungen

Die Arbeiter berichteten auch von miserablen Zuständen auf den Olympia-Baustellen. Bis zu fünf Ebenen an Subunternehmern zählten sie auf. Weil viele Firmenbosse Unfälle verschleierten, sei der Hauptvertragspartner, die Beijing Urban Construction Group, darüber meist nicht informiert. Ferner würden bis zu zwölf Männer zusammengepfercht in wenige Quadratmeter großen Baubaracken hausen, ohne Heizung oder Klimaanlage. Löhne würden verspätet gezahlt – und wenn, dann mit Abzügen.

Ein Bericht der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW), der im März 2008 erschien, bestätigt diese Vorwürfe. Die 61-seitige Dokumentation „One Year of My Blood“ stützt sich auf Aussagen von Wanderarbeitern in Beijing. Die Männer arbeiteten zwar nicht direkt auf Olympia-Baustellen, diese seien den Forschern nicht zugänglich gewesen. Insgesamt dürfte die Situation dort eher besser



als üblich sein, weil die Behörden sie besonders im Blick haben. Aber grundsätzlich anders ist die Lage der Wanderarbeiter dort wohl kaum. Auch chinesische Medien, wie die Beijinger Tageszeitung Xinjingbao (Beijing News), berichteten über katastrophale Konditionen, unter denen die Gebäude, Straßen und Plätze für Olympia entstehen, für die der Staat insgesamt rund 30 Milliarden Euro ausgibt.

„Ich bekomme gut 1000 Yuan [100 Euro] im Monat und werde erst am Ende des Jahres bezahlt“, sagte der 28 Jahre alte Hu Yaowu aus der Provinz Hebei dem Magazin Tiyu Huabao (Sports Illustrated). Seit vier Jahren sei er schon verheiratet, aber er könne es sich nicht leisten, Kinder zu bekommen. Von dem geringen Lohn – manchmal nur zwei Euro am Tag – ziehen die Baufirmen mitunter noch einen Euro für Kost und Logis ab. Viele bekommen dafür noch nicht einmal ein eigenes Bett, sondern müssen es sich mit Kollegen teilen. Einen Arbeitsvertrag, geschweige denn eine Kranken- und Sozialversicherung, haben nur wenige. „Es gab keine einheitlichen Arbeitszeiten“, sagte ein weiterer Bauarbeiter. „Ob tagsüber oder spät in der Nacht, wir mussten manchmal sogar, wenn wir schon schliefen, aufstehen und arbeiten.“

Sehschwäche bei Human Rights Watch

Wenn die Unruhen der Tibeter nicht so in den Mittelpunkt der Weltöffentlichkeit gerückt wären, hätte der Vorwurf der „Ausbeuter-Spiele“ sicher noch mehr Aufmerksamkeit hervorgerufen. Berichte wie der von HRW oder ein anderer von Play Fair zeigen, dass sich die Anwälte der Unterprivilegierten gut vorbereitet haben, um im Umfeld von Olympia Druck zu erzeugen. PlayFair hatte aufgedeckt, dass Maskottchen, Taschen und Kappen mit dem Olympia-Logo unter menschenunwürdigen Bedingungen – sogar durch Kinderarbeit – entstehen. Die Allianz erinnerte dabei das Internationale Olympische Komitee (IOK) an die Olympische Charta, nach der die Spiele die „Förderung von posi-

tiven Nachwirkungen“ gebiete. Zudem hatten das IOK und die International Labour Organization, der auch China angehört, 1998 ein Abkommen zur sozialen Gerechtigkeit unterzeichnet. Doch die politische Führung in Beijing wollte sich nicht auch noch durch Vorwürfe der Ausbeutung die Party verderben lassen. Den HRW-Bericht tat Außenamtssprecher Qin Gang mit der angeblichen „Sehnschwäche“ der Menschenrechtsorganisation ab, die sie daran hindere, „die Dinge richtig zu sehen“.

Dass die Beijinger Stadtverwaltung im Januar 2006 selbst zwölf Vertragsfirmen im Zusammenhang mit olympischen Bauprojekten bestrafte, weil sie Bauarbeitern Löhne vorenthalten hatte, erwähnte er nicht. Auch nicht, dass nach der Aufdeckung von Kinderarbeit durch PlayFair das Beijing Organizing Committee of the Olympic Games vier Unternehmen der knapp 60 Lizenznehmer die Genehmigung für die Herstellung von Merchandising-Artikeln mit dem Olympia-Logo entzogen hatte. Immer wieder reagieren die Behörden jedoch erst dann, wenn massive Vorwürfe Chinas Image als Gastgeberland der Olympiade weiter zu beschädigen drohen.

Auch die Chinese Academy of Social Sciences (CASS) in Beijing und die Regierung selbst haben wiederholt auf das Elend der Wanderarbeiter hingewiesen. Nur 31 Prozent der Wanderarbeiter erhielten monatlich ihre Löhne, so wie es das Gesetz vorsehe, stellten die CASS und die Tsinghua-Universität in einer landesweiten Umfrage 2007 fest. Nur 17 Prozent hatten einen Arbeitsvertrag. Durchschnittlich arbeite ein Bauarbeiter zehn Stunden am Tag, 27 Tage im Monat. Drei von vier würden nicht für Überstunden bezahlt. Der Staatsrat kam in einer Untersuchung 2006 zu dem Ergebnis, dass Arbeitsmigranten regelmäßig um ihre Löhne betrogen würden und unter „abstoßenden Bedingungen“ Überstunden machten.

Lohnrückstände und katastrophale Arbeitsbedingungen sind wesentliche Ursachen für Aufstände und Streiks in China. Erst am 28. August 2007 protestierten 300 Wanderarbeiter für die Auszahlung ihrer Gehälter, ausgerechnet auf dem Platz des Himmlischen Friedens. Nach offiziellen Angaben verzeichneten 2006 die Behörden landesweit knapp 73.000 öffentliche Proteste. Eine „harmonische Gesellschaft“, die Staats- und Parteichef Hu Jintao anstrebt, sieht anders aus. Mit diesem politischen Konzept erkennt die Führung nun immerhin den wachsenden Unmut über soziale Ungerechtigkeiten als Problem an, welches die Legitimität der Parteiherrschaft zunehmend bedroht. Die Aufdeckung von Sklavenarbeit im Juni 2007 verdeutlicht, was im Schatten des Wirtschaftswachstums noch alles möglich ist. Rund tausend Kinder, Migranten und Behinderte waren entführt und an Besitzer von Ziegeleien und Kohlegruben verkauft worden.

Chancen durch Reformen

Noch unter dem Eindruck dieses Skandals verabschiedete der Nationale Volkskongress am 29. Juni 2007 das AVG. Es trat am 1. Januar 2008 in Kraft und will Arbeitnehmer besser schützen. In 98 Paragraphen schreibt es unter anderem die Erstellung von schriftlichen Arbeitsverträgen vor. Es beschränkt die Beschäftigung von Zeitarbeitern und erschwert die Kündigung von Arbeitnehmern. Zudem sieht es vor, dass der Stundenlohn nicht unter dem lokalen Mindestlohn liegen darf. In Beijing beträgt dieser 6,8 Yuan (68 Cent) die Stunde bei einem Acht-Stunden-Tag.

Wie bereits das Arbeitsgesetz von 1994 gilt auch das AVG für städtische Angestellte und für Wanderarbeiter vom Land. Letzteren stehen nun Entschädigungen von 50 bis 100 Prozent der Lohnsumme zu, wenn Gehälter zurückbehalten wurden. Experten bemängeln jedoch, dass die Gleichbehandlung der Wanderarbeiter mit Städtern nicht ausdrücklich festgelegt worden ist. Das hätte helfen können, deren Rechte leichter durchzusetzen.

Das AVG ist nur ein Glied in einer Kette gesetzlicher Reformen, die auf eine Formalisierung der Arbeitsbeziehungen abzielen. Der Status der Wanderarbeiter soll sich damit verbessern. In diesem Prozess markiert das Jahr 2003 eine Wende. Ministerpräsident Wen Jiabao setzte sich öffentlich dafür ein, dass ein Wanderarbeiter ausstehende Löhne erhielt. Seitdem mahnen die chinesischen Zeitungen immer wieder, dass Baufirmen ihren Arbeitern ja die Gehälter vollständig und rechtzeitig zahlen sollen. Seit 2003 umwirbt auch der All-Chinesische Gewerkschaftsbund (ACFTU) Wanderarbeiter als neue Mitglieder. Zudem soll ein neues Registrierungssystem bis Ende 2008 alle Arbeitgeber unter Strafandrohung zwingen, ihre Beschäftigungsverhältnisse registrieren zu lassen. Als eine Folge dieser Maßnahmen werden die Migranten zunehmend selbstbewusst. Das zeigt sich etwa in der steigenden Anzahl der Arbeitskonflikte, die sie austragen. Im März 2008 sind zum ersten Mal sogar drei Wanderarbeiter als Delegierte in den Nationalen Volkskongress gewählt worden.

Dennoch scheut die Regierung davor zurück, strukturelle Benachteiligungen der Wanderarbeiter grundsätzlich zu beseitigen. Freie Gewerkschaften bleiben verboten. Eine effiziente Interessenvertretung der Wanderarbeiter – unabhängig von wirtschaftlichen und staatlichen Interessen – ist nicht in Sicht. Der ACFTU erfüllt mehrere Rollen gleichzeitig: Als staatliches Organ vermittelt er zwischen Geschäftsführung und Arbeitnehmern. Offensive Forderungen, oder gar Streiks, sind so nicht möglich.

Allerdings ermöglicht das AVG nun, dass Arbeiter Repräsentanten wählen, die mit der Geschäftsführung kollektive Arbeitsverträge aushandeln. Darin sehen die Hongkonger Organisationen China Labour Bulletin (CLB) und Labour Action China große Chancen. CLB fordert den ACFTU

Neues Arbeitsvertragsgesetz

Seit dem 1. Januar 2008 ist das neue Arbeitsvertragsgesetz in Kraft getreten. Kernpunkte sind: Anspruch auf schriftliche Arbeitsverträge binnen einem Monat und Anspruch auf einen unbefristeten Vertrag nach zwei befristeten Dienstverhältnissen, Begrenzung der Probezeit, Anspruch auf Abfindung und die Möglichkeit des Abschlusses von Branchen- und Flächenverträgen. Dieses Gesetz stellt einen wichtigen Schritt im Prozess der Verrechtlichung der Arbeitsverhältnisse dar. Da es in China keine unabhängigen Gewerkschaften gibt, sind diese staatlichen Regulierungsanstrengungen von besonderer Bedeutung. Zwar bietet das bereits seit 1995 gültige Arbeitsrecht formal Schutz vor Ausbeutung, ohne Arbeitsverträge bleibt dieses jedoch wirkungslos. Das gültige Arbeitsrecht schreibt eine 40-Stunden-Arbeitswoche, die Begrenzung der Überstunden auf 36 im Monat, Mindestlöhne und eine von den Arbeitsgebern finanzierte Sozialversicherung für die Arbeitnehmer vor. Mit dem neuen Gesetz soll die Umsetzung der bisherigen Regelungen gefördert werden. Das neue Gesetz löste eine erhitzte Debatte in China und im Ausland aus, weil es die Kernbereiche der investitionsabhängigen Wirtschaft berührt. Mängel bestehen in der Übertragbarkeit des Gesetzes auf Arbeitsverhältnisse, die die Wanderarbeiter betreffen – hier gibt es keine klaren Regelungen, da ihr legaler Status ohnehin fraglich ist. Das neue Gesetz bezieht sich zudem vornehmlich auf die Regulierung der Privatwirtschaft. Erste Erfolge sind im Jahre 2008 zu verbuchen, dennoch bleibt fraglich, ob auch Wanderarbeiter in Zukunft einen Arbeitsvertrag bekommen.



Literaturhinweis: Christa Wichterich, Chinas neues Arbeitsrecht, Informationsbrief Weltwirtschaft und Entwicklung, 01 / Jan. 2008.

auf, sich zu entscheiden: Stellt euch nun auf die Seite der Arbeiter oder vergeudet weiter als Transmissionsriemen der Politik eure Potenziale!

Der Hukou bleibt und damit die Bürger zweiter Klasse

Die Politik behält auch das längst nicht mehr zeitgemäße Hukou-System prinzipiell bei. So können die Behörden weiterhin Zugewanderte willkürlich abschieben. Die Behandlung der Wanderarbeiter als Bürger zweiter Klasse wird auch in der Debatte um ihre mögliche Ausweisung aus Beijing deutlich. Im Frühjahr 2006 gab die Stadtverwaltung bekannt, dass mehr als 70 Gesetze und Verordnungen erlassen würden, um Zugereiste bis zur Olympiade fortzuschicken. Nachdem allgemeine Empörung laut wurde, dementierte die Stadt das wieder. „Wenn jemand aus der Stadt ausgewiesen wird, ist das allein Sache der Vertragsfirmen, nicht der Stadtverwaltung“, sagte der für Baustellen Verantwortliche im Stadtkomitee, Sui Zhenjian, ein Jahr später der Nachrichtenagentur Xinhua.

Dennoch berichten zugereiste Bauarbeiter und Haushaltshilfen über neue Registrierungsauflagen. Wer nicht die nötigen Papiere hat, muss gehen. Nach dem Frühlingsfest 2008 sind viele Wanderarbeiter gar nicht wieder in die Hauptstadt zurückgekehrt. Wohngebäude von Wanderarbeitern und Schulen für ihre Kinder seien bereits abgerissen worden. Auch vor diesem Hintergrund mutete der Olympia-Slogan recht zynisch an: „Eine Welt, ein Traum.“

Ding Gang, Leitender Redakteur beim Zentralorgan der Partei, der Renmin Ribao (Volkszeitung), kritisiert die mögliche Abschiebung von Migranten. Indem er ihnen zur Seite springen will, verrät er jedoch unfreiwillig viel über die tief sitzenden Vorbehalte der Städter gegenüber den Leuten aus der Provinz. Wanderarbeiter, die im Sommer mit nackten Bäuchen auf der Straße sitzen und Bier trinken, müsse man nun mal ertragen, schreibt Ding in der Huanqiu Shibao (Global Times). „Sie gehören zur chinesischen Realität.“ Dennoch, so fährt er fort, seien sie „ein Gesichtverlust für eine weltberühmte Metropole wie Beijing“. Eine moralische Verpflichtung gegenüber den Zugereisten, ohne die es die viel bewunderten Olympia-Bauten nicht gäbe, erwähnt er nicht.



Olympic City: Probleme der gegenwärtigen Stadtentwicklung Beijings

Falk Kagelmacher

„Mehr als 50 Prozent aller Gebäude in Beijing entsprechen hohen, modernen Energiespar-Standards.“ Mit diesen Worten eröffnete ein Vertreter der „China Building Energy Association“ kürzlich einen Vortrag in Beijing zu einem Workshop zum Thema „Umweltprobleme im Bauwesen in China“. Eines stellte der Herr sicher: Er hatte die Aufmerksamkeit aller Zuhörer. Wie will er es schaffen, den großen Bogen bis zur Realität in den 20 Minuten seiner Redezeit doch noch hinzubekommen? Denn er hätte durchaus auch Folgendes sagen können:

Schätzungen zufolge gehen ca. 30 Prozent des nationalen Energiebedarfs auf Kosten des Bausektors. Die Urbanisierung derzeit bei etwa 37 Prozent soll in den nächsten 15 Jahren sogar noch auf 50 Prozent anwachsen. Die zurzeit 660 Städte in China werden damit vor neue Herausforderungen gestellt, für die es keine Beispiele oder Erfahrungen gibt. Die Motorisierung und der Flächenbedarf steigen rapide, mit einem Zuwachs von derzeit mehr als 800 Pkws pro Tag alleine in Beijing. Die Städte stehen vor bisher ungeahnten Herausforderungen. Der Umweltschutz wird zugunsten einer schnellen wirtschaftlichen Entwicklung vernachlässigt.

Der Urbanisierungsprozess in China hat eine Geschwindigkeit erreicht, die mit keiner anderen Region der Welt vergleichbar ist. Unkontrollierte Landnutzung, Zersiedelung, Ressourcenverbrauch, Trinkwasserknappheit, mangelhafte Infrastruktur, dramatische Umweltverschmutzung, soziale Spannungen mit tagtäglich stattfindenden Ausschreitungen und unkontrolliertes Wachstum der Städte sind die Folge. Weiterhin wird die nationale Stadtentwicklung über ein Preismodell gesteuert: Das maßgebliche Kriterium der Stadtplanung ist die maximale Gewinn-

abschöpfung der Grundstücke. Nutznießer sind private Investorengruppen. Dabei spielen allgemein sinnvolle Stadtplanungsinhalte, wie zum Beispiel die Berücksichtigung öffentlicher Räume, oder ein auf die Benutzer zugeschnittenes urbanes Angebot oft nur eine untergeordnete Rolle. Eine nachhaltige Stadtentwicklung ausschließlich über Bodenpreise ist nicht möglich. Umweltschäden nehmen derzeit erschreckende Ausmaße an, China steht mittlerweile an erster Stelle im weltweiten CO₂-Ausstoß. Die Zentralregierung forderte im 11. Fünf-Jahresplan eine nachhaltige Entwicklung Chinas, ohne aber gleichzeitig Details zur Implementierung zu benennen oder Handlungsanweisungen zu geben. Derzeit liegt das Entwicklungspotential der Städte und Gemeinden in den Händen kurzfristig planender privater Investoren. Instrumente für eine nachhaltige Entwicklung im Urbanisierungsprozess fehlen.

Paradigmenwechsel

Zurzeit erleben wir in China eine spürbare Umorientierung in der Kommunikation der Regierungsstrategie. Die Kommunistische Partei China (KP China) hat ihre Führungsposition lange Zeit durch das wirtschaftliche Wachstum legitimiert. Auf Dauer erwies sich diese Strategie als nachteilig. Derzeit unternimmt die Regierung große Anstrengungen, das Wirtschaftswachstum auf ein gesundes Maß zu reduzieren, wodurch die politische Legitimationsstrategie neu definiert werden muss. Eine alternative Strategie wird seit kurzer Zeit diskutiert: Man versucht sich als Vermittler zwischen der betroffenen Bevölkerung und dem industriellen Wachstum zu definieren und damit die eigene Führungsrolle zu legitimieren. Dazu gehört auch, dass sich

die Regierung nun auch Themen wie Umweltschutz, Klimakontrolle und Ressourcenschutz widmet. Vorher unveröffentlichte Studien oder ungeliebte Themen werden nun aktiv vermarktet und als Grundlage für die neue Rolle angesehen.

Wachsende Verantwortung

Als Gastgeber für die Olympischen Spiele 2008 kommt auf die Regierung Chinas eine neue Herausforderung zu. China ist dadurch in eine neue, exponierte Position gebracht worden. Wurde anfangs versucht, die Spiele mit dem gewohnten aus der Zentralregierung in Beijing festgelegten Kurs zu organisieren, so wurde doch schnell deutlich, dass die internationale Gemeinschaft die Entwicklung sehr genau beobachtet und kommentiert. Eine Situation, die es innerhalb des Landes bisher nicht gegeben hat. So muss sich die Führung nun völlig neuen Aufgaben stellen, so zum Beispiel der Transparenz und der Offenheit in der Durchführung vieler Olympia-verbundener Unternehmungen. Das Bild, welches China derzeit vermittelt, ist geprägt durch eine Reihe von kritischen Berichten. Demgegenüber steht ein Bild von einem Land, welches in kurzer Zeit unter enormen Anstrengungen eine gewaltige, positive wirtschaftliche Entwicklung angestoßen hat, welche den Bewohnern dieses riesigen Landes zugute kommen wird.

Stadtentwicklung und die Spiele

Die Olympischen Spiele stellen den maßgeblichen auslösenden Faktor in der Entwicklung der meisten gegenwärtigen Neubau- und Infrastrukturprojekte in Beijing dar. Im Hinblick auf die Spiele unternimmt Beijing gewaltige Maßnahmen zur Verschönerung des Bestandes. Ein geplanter Baustopp, der dazu dienen sollte, die Anzahl der Großbaustellen in Beijing zu vermindern, verstrich unbemerkt, noch immer werden neue Projekte begonnen. Eine aktuelle Vorgabe peilt den April 2008 als neuen Versuch für einen Baustopp an. Die Stadt bereitet sich mit aller Kraft auf die Olympischen Spiele vor, die diesmal besonders „grün“ ausfallen sollen. Umweltverschmutzung, Energieeffizienz und schonender Umgang mit Ressourcen sind seit kurzer Zeit Schlagwörter geworden, die das generelle Motto der Spiele bestimmen.

Alle neuen Bauwerke, alle Infrastrukturmaßnahmen, jede Umbaumaßnahme steht irgendwie im Zusammenhang der Spiele. Das U-Bahn-Netz wird von derzeit etwa 114 km Länge auf etwa 200 km Länge beinahe verdoppelt, neue Straßen und Schnellbahnen werden errichtet, das historische Kanalnetz, im Zuge der Stadtentwicklung zugeschnitten, wieder freigelegt, das neue Flughafenterminal wurde

im März eröffnet. Aber: „Gut aussehen“ ist nicht gleich „Gut sein“. Sämtliche in der Nähe der Austragungsorte befindlichen älteren Wohnbauten werden, wenn man sie schon nicht abreißen kann, wenigstens gestrichen. Eine aktuelle Vorgabe für Beijing besagt, dass alle im Umkreis von Austragungsstätten befindlichen Stadtbereiche „sauber“, aussehen müssen – was auch immer damit gemeint sein soll. Überall in der Stadt werden Gebäude ausgebessert und gestrichen, der engere Grüngürtel um die Stadt wird wieder aufgebaut, die Schnellstraßen mit aufwändigem Landschaftsdesign dekoriert, die einerseits zum Erscheinungsbild beitragen und andererseits den Blick auf dahinter liegende, als unschön empfundene Bereiche verdecken.

Innerstädtischer Wohnraum und Vorortentwicklung

Darin liegt auch eines der Probleme. Diese groß angelegten Maßnahmen zur Begrünung der Hauptverkehrsachsen haben zwar den Effekt, dass die Stadt grün und gesund wirkt. Aber aus der Sicht vieler Bewohner stellt sich das Bild anders dar, nachhaltiger Städtebau lässt sich auf diese Art nicht betreiben. Traditionell gut funktionierende innerstädtische Wohngebiete werden im Zuge der Stadtverschönerungsmaßnahmen entweder oberflächlich renoviert oder, was oft schneller geht und billiger ist, gleich ganz abgerissen. Ein wirtschaftliches Problem der traditionellen Hutongs, wie die alten Wohngebiete in Beijing genannt werden, ist, dass eine relativ einkommensschwache Bevölkerungsschicht auf sehr teurem Grund und Boden wohnt. Dies führt zu starkem Entwicklungsdruck dieser reizvollen innerstädtischen Wohngebiete. Aus planerischer Sicht haben diese Wohngebiete ihre Nachteile, weil die Infrastruktur und die sanitären Bedingungen unzureichend sind, der Energieverbrauch durch die alte Bausubstanz sehr hoch ist und diese Gebiete außerstande sind, mit dem wachsenden Verkehrsaufkommen Schritt zu halten.

Aus sozialer Sicht aber bieten diese Wohnquartiere hohe Sicherheit, ein kommunikatives Umfeld und beinahe dörfliche Strukturen innerhalb der Millionenstadt. Diesem Widerspruch versucht Beijing mit Gesetzen zum Erhalt einzelner, als erhaltungswürdig erachteter Stadtviertel zu begegnen. Diese innerstädtischen Gebiete werden aber unter starkem wirtschaftlichem Druck immer öfter umgenutzt oder ganz abgerissen, um neuen Bürotürmen Platz zu machen. Die ursprüngliche Bevölkerung wird in Vororte umgesiedelt, wo neue Wohnviertel entstehen. Ein großes Problem stellt die darauf unweigerlich folgende örtliche Trennung von Wohnen und Arbeiten dar: Die arbeitende Bevölkerung muss jeden Tag weite Strecken zur Arbeit zurücklegen, was das Verkehrsaufkommen unweigerlich ansteigen lässt. Öffentliche Transportmittel, wie das U-Bahn-Netz, werden zwar ge-



plant und gebaut, aber die Kapazitäten des langsam entstehenden öffentlichen Nahverkehrs können mit dem stark wachsenden Bedarf kaum Schritt halten.

Verkehr

Persönlicher Freiraum und Mobilität sind wichtig für die Entwicklung einer mobilen, modernen Gesellschaft. Ein eigenes Auto bietet dies in kleinem Maßstab. Beijings Stadtregierung favorisiert dies aus einem anderen Grund: Der wirtschaftliche Effekt für die Industrie ist gewaltig. Viele Beijinger nahmen im Jahre 2003 die Infektionskrankheit SARS zum Anlass, sich ein eigenes Auto zuzulegen, um der Ansteckungsgefahr in öffentlichen Verkehrsmitteln zu entgehen. Dieser Trend hat bis heute angehalten. Dies führte dazu, dass die Zahl der privaten Pkws im vergangenen Jahr auf über drei Millionen angewachsen ist – eine Zahl, für die das Beijinger Verkehrssystem einfach nicht ausgelegt ist. Die Entwicklungsgeschwindigkeit überschreitet bei weitem das Maß, mit dem die Planer Schritt zu halten vermögen.

So werden derzeit in Beijing verschiedene Strategien diskutiert, wie man mit dem Individualverkehr umgehen kann. Bis man sich für eine Strategie entschieden hat, wird ein einfaches Prinzip verfolgt: Autogerechte Stadt heißt das Stichwort. Mit allen Vor- und Nachteilen, die dies mit sich bringt: Achtspurige Straßen durchschneiden die Innenstadt. Bei einem seit 2003 konstanten Wachstum in Beijing von mehr als 800 Neuzulassungen pro Tag steht die Verkehrsproblematik an vorderer Stelle in der Stadtentwicklung. Auf meine Frage an eine Vertreterin der Beijinger Stadtregierung zum wachsenden Pkw-Verkehr antwortete die Dame mit eindeutiger, diplomatischer Treffsicherheit: Wir freuen uns, wenn die Menschen Autos kaufen, wir ermutigen sie aber ebenfalls, sie nicht zu benutzen. Um die Bewohner der Stadt dennoch zu motivieren, öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen, wurden Park and Ride-Stationen

in den Vororten eingerichtet. Die Fahrkartenpreise wurden vereinheitlicht und um 30 Prozent gesenkt. Vom ersten Tag an, seit dem diese neuen Preise in Kraft traten, war ein starker Andrang auf die öffentlichen Verkehrsmittel zu verzeichnen.

Stadt und Umwelt

Große Anstrengungen werden unternommen, um sicherzustellen, dass der Himmel während der Spiele blau ist. Ein Feldversuch im Sommer 2007 sollte zeigen, dass man das Problem im Griff hat. An einem Wochenende durften jeweils nur Pkws mit geraden oder ungeraden Kennzeichen fahren. Luftproben wurden genommen. Der Effekt war nicht so hoch, wie gewünscht, aber die Beijinger Stadtregierung plante schon einen Schritt weiter: Im Umkreis von 250 km sollen während der Spiele alle Fabriken geschlossen werden, um eine akzeptable Luftqualität zu gewährleisten. Als erste Stufe wird die alternierende Verkehrsbeschränkung bereits offiziell zum 1. Juli 2008 in Beijing in Kraft treten.

Trotz aller Diskussionen, die Spiele genießen ein gutes Ansehen. Die Menschen sind optimistisch und gewinnen eine Offenheit für Neues. Ausländer werden als Freunde bezeichnet, Beijing, und damit auch China, gewinnt an Selbstbewusstsein. Die Stadt wird nach den Spielen von den Verbesserungen profitieren. Die Infrastruktur wird spürbar erneuert, die U-Bahn ausgebaut, günstiger und angenehmer. Die Sensibilität der Menschen bezüglich ihrer Umwelt steigt.

Wohin geht der Weg?

Zum Schluss wird mir auch die Strategie klar, die der Herr in seiner Bemerkung über energiesparende Gebäude in Beijing eingangs verfolgte: Womöglich betrachtet er die Entwicklung Chinas aus langfristiger Perspektive. China hat noch viel vor sich, aber rückblickend zeigt sich, dass dieses Land in sehr kurzer Zeit sehr weit gekommen ist. Betrachten wir die positiven Entwicklungen Chinas in Relation zu den vergangenen zehn Jahren, so kann man bei vielen kritischen Punkten auch eine sehr positive Entwicklung erkennen. Heute führen wir eine andere, zusätzliche Diskussion; wünschenswert wäre es, wenn wir es schaffen, Sport und Politik zu trennen. In einer Zeit, in der die Spiele ein dermaßen großer und bedeutender wirtschaftlicher Faktor geworden sind, ist dies sicher so leicht nicht zu trennen. Aber eines steht fest: Die Olympischen Spiele in Beijing werden das Ihre dazu beitragen, positive Veränderungen einzuleiten und zu beschleunigen und die Bürger unwiederbringlich für ein wachsendes und kritisches Umweltbewusstsein zu sensibilisieren.



Studentengruppen kämpfen für grüne Olympische Spiele

Wen Bo

Als Fei Xiaojing im Sommer 2001 über die erfolgreiche Bewerbung Beijings um die Olympischen Sommerspiele 2008 jubelte, ahnte sie noch nicht, dass sie Teil der Bemühungen zur Säuberung der Stadt sein würde. In Yangzhou in der Jiangsu-Provinz geboren, begann Fei ein Studium an der Beijing Forestry University, da sie wie viele andere junge Chinesen in die Hauptstadt wollte, um dort eine gute Ausbildung und später vielleicht einen Job zu bekommen. Fei, die im Hauptfach Ökologie studierte, war eine gute Studentin und bekam eine Empfehlung ihrer Universität. Um anschließend ihren Master-Abschluss in Umweltstudien zu erwerben, schrieb sie sich an der renommierten Remin University in Beijing ein. Dies bedeutete, dass sie weitere drei Jahre nicht auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen würde – aber keineswegs, dass sie ihr Engagement für den Umweltschutz in Beijing einstellen würde.

Als sie noch an der Forestry University studierte, gründete sie einen Studentenclub für den Umweltschutz, Green Fingers, um die um Beijing gelegenen Flüsse zu schützen. Sie hatte selber gesehen, wie verschmutztes Wasser in die Flüsse gepumpt worden war. Später wurde Fei Xiaojing zur Direktorin des China Green Student Forum, eines Netzwerkes studentischer Umweltschutzgruppen, gewählt.

Als eine von mehreren Gruppen, die sich für den Umweltschutz in der olympischen Stadt engagieren, ist die Herausforderung für das China Green Student Forum und Fei enorm.

Breite Straßen, stinkende Flüsse

Ausländische Besucher sind oft beeindruckt, wenn sie auf der Autobahn vom Beijinger Flughafen in die Innen-

stadt die ersten Blicke auf die Zeugnisse von Beijings Entwicklung werfen können. Die prächtige neue Flughafenautobahn, die Flughafen-U-Bahn und vier- bis fünfspurige Ringstraßen verdeutlichen die schnelle Entwicklung der Infrastruktur in den letzten Jahrzehnten. Was die meisten Besucher nicht sehen, sind die Wasserwege unter diesen Straßen, die tagein und tagaus Abfall und verschmutztes Wasser hinwegspülen. Es wäre ein bizarrer Kontrast, am Ufer eines Flusses zu stehen und die Verkehrsströme auf den Brücken zu betrachten, während man den Gestank des Flusses riecht. Anwohner, die in der Nähe dieser Flüsse leben, haben sich darüber beschwert, vernachlässigt zu werden, aber es sind bisher nur sehr geringe Anstrengungen unternommen worden, um die Situation zu ändern.

Die Beijinger Regierung möchte allerdings verhindern, dass ausländische Besucher die imageschädigenden Wasserwege sehen und riechen. So gibt es Pläne, mit zusätzlichem Leitungswasser einige der verschmutzten Wasserwege während der Olympischen Spiele zu reinigen.

Der Studentenclub von Fei Xiaojing ist da sehr viel weiter als die Beijinger Regierung: Er hat entlang des Tonghu-Flusses verheerende Verschmutzungsszenarien beobachtet und dokumentiert, ebenso wie die Klagen der lokalen Anwohner. Einige ältere Anwohner berichteten davon, wie sie während ihrer Kindheit in dem damals klaren Tonghu-Fluss geschwommen sind. Heute ist der Tonghu nur noch ein Müllablageplatz und Abwasserkanal, der eine Brutstätte für den Ausbruch von Krankheiten geworden ist. Ursprünglich ist der Tonghu der nördlichste Teil des Großen Kanals gewesen, der (erbaut in den Jahren 605-610) ein wichtiger, 1.795 km langer Wasserweg gewesen ist, um Agrarprodukte aus Südchina in die Hauptstadt Beijing zu transportieren.



Studenten bei der Entnahme von Wasserproben

Heutzutage braucht Beijing den Kanal nicht mehr, um Nahrungsmittel zu transportieren, aber die Stadt hat definitiv einen großen Bedarf an Wasser. Als eine wachsende 20-Millionen-Stadt ist für Beijing die Wasserversorgung eine Überlebensfrage. Zwar ist es Beijing durch sein Gewicht gelungen, den angrenzenden Provinzen Hebei und Shanxi ihre Wasserrechte abspenstig zu machen und Wasser aus ihren Einzugsgebieten in die Hauptstadt umzuleiten. Aber auch das reichte nicht zur Sicherstellung der notwendigen Versorgung aus. Deshalb hat China das Nord-Süd-Wasserumleitungsprojekt begonnen und Wasser aus dem Hanjiang-Fluss in der Provinz Hubei nach Beijing umgeleitet. Der Hanjiang ist allerdings ebenfalls stark verschmutzt, was höhere Krebsraten in Dörfern entlang seines Verlaufes zur Folge hat. Die Weltbank und die japanische Botschaft in China haben deshalb Projekte finanziert, in denen den Bewohnern dieser Dörfer dabei geholfen wird, Trinkwasserbrunnen von bis zu 100 Metern Tiefe zu graben. Dennoch wird für die Notfallversorgung Beijings noch immer Wasser aus dem Hanjiang entnommen.

Technologie als Allheilmittel

Überall in China ist eine Mentalität vorhanden, die dazu führt, dass zur Lösung von Versorgungsschwierigkeiten oder zur Deckung des Bedarfes an Energie oder Rohstoffen so genannte Megaprojekte in Angriff genommen werden.

Dies ist nirgendwo sonst so ausgeprägt wie in China, wo zurzeit Dämme, Kernkraftwerke, Öl- und Gaspipelines etc. geplant werden. Diese investitionsintensiven Projekte haben eines gemeinsam: Sie lassen Raum für Korruption auf Regierungsebene und ermöglichen enorme Gewinne für einzelne Amtsträger, die in sie involviert sind. Ob diese Projekte ökonomisch und ökologisch sinnvoll sind, ist eine Frage, deren Klärung zukünftigen Generationen überlassen wird.

Technologie ist das Lieblingsinstrument der Beijinger Regierung zur Lösung von Problemen. Beunruhigt über die Luftverschmutzung, hat Beijing Raketenwerfer eingesetzt, um Wolken mit Hilfe von Chemikalien öfter abregnen zu lassen. Mit Blick auf die Olympischen Spiele 2008 hat Beijing sein Bestes getan, um das Wetter zu kontrollieren und während der Spiele wolkenlose Tage zu garantieren.

In den letzten Jahren hat Beijing versucht, sein Image als „Fahrrad-Königreich“ loszuwerden, indem es den Privatbesitz von Autos gefördert hat. Jeden Tag fahren 1.000 neue Autos auf Beijings Straßen und tragen zu der ohnehin starken Luftverschmutzung bei, die ernsthafte Erkrankungen der Atemwege auslöst. Beijinger Kinder, die jünger sind als 14 Jahre, haben zudem noch nie einen sternklaren Himmel über Beijing erlebt.

Abgesehen davon hat ein Sandsturm im Frühling ebenfalls zur Verschlechterung der Luftqualität beigetragen. Jedes Jahr wird Beijing von Sandstürmen eingehüllt, die die Stadt an Endzeitszenarien erinnern lassen. Am 16. April 2006 fielen geschätzte 330.000 Tonnen Streusand in Beijing nieder – die ganze Stadt war mit Sand bedeckt.

Zusätzlich zu diesen Problemen baut Beijing in den Vorstädten mehrere Müllverbrennungsanlagen, deren Planung einen Aufschrei und Proteste unter den Anwohnern ausgelöst hat. Am 5. Juni 2007, dem Weltumwelttag, hatten sich mehrere hundert Bewohner der Vorstadt Liulitun vor der staatlichen Umweltschutzbehörde versammelt, um gegen die geplanten Anlagen in ihren Wohngebieten zu protestieren.

Repression gegen Umweltaktivismus

Die Beijinger Regierung ist allerdings entschlossen, eine solche öffentliche Kundgebung von Unzufriedenheit nicht hinzunehmen. Polizei und Geheimdienst sind mobilisiert worden, um die Aktivitäten von nichtstaatlichen Umweltschutzgruppen zu untersuchen und zu überwachen. Einzelne Aktivisten werden von Mitarbeitern des Geheimdienstes besucht und über ihre Arbeit, ihre sozialen Kontakte und Geldquellen befragt. In einigen Fällen hat der Geheimdienst Studenten dafür bezahlt, in solche Gruppen einzutreten und dann über ihre Aktivitäten zu berichten.

Für viele Regierungsmitarbeiter scheint es schwer zu verstehen, warum Menschen sich organisieren und für den Umweltschutz engagieren, anstatt mehr Geld zu verdienen. Ihr Unverständnis erklärt wiederum, warum die chinesische Regierung mit so vielen korrupten Beamten durchsetzt ist: Ihr Anreiz dafür, Beamter zu werden, besteht nur darin, einen profitablen Job zu bekommen.

Der Polizist, der mit der Überwachung von Hu Jia (einem bekannten Umweltschutz- und Menschenrechtsaktivisten, der zuerst unter Hausarrest gestellt wurde und heute inhaftiert ist) beauftragt war, fragte dessen Mutter, warum Hu sich mit dieser Art von Arbeit befasse, mit der er überhaupt kein Geld verdiene. Die Polizei sagte seiner Mutter, dass sie Hu nicht belästigen würden, wenn er sich statt mit seiner Non-Profit-Arbeit mit „normalen“ Geschäften zum Geldverdienen befassen würde.

Das Motto „Alles ist möglich“ ist in China sehr populär. Wenn man durch die Straßen geht, kann es einem leicht passieren, dass man einen Flugzettel in die Hand gedrückt bekommt, auf dem einem alle möglichen gefälschten Papiere angeboten werden, von einem Dokortitel bis zum Pass eines fremden Landes.

Wirtschaftswachstum bei sinkender Lebensqualität

Man kann sicherlich feststellen, dass ein gewisser Prozentsatz des Wirtschaftswachstums in China nur vorgetäuscht ist. Während Aktivitäten wie Abholzung, Bergbau und Handel mit wilden Tieren in die Berechnung des Bruttoinlandsproduktes (BIP) einfließen, werden die Schäden für Umwelt und Gesundheit nicht einbezogen. Außerdem geht ein großer Teil des Wirtschaftswachstums auf den Immobilienboom zurück, während das Ansteigen des BIP sich keineswegs in größere Zufriedenheit und Lebensqualität der Bevölkerung übersetzt hat. Für viele Menschen ist das Leben sogar schwerer geworden – wegen der Inflation, in die Höhe schießender Immobilienpreise und gestiegener Lebenshaltungskosten.

Die Welt wird bald den Niedergang chinesischer Billigprodukte erleben, die früher den Kunden zugute kamen. Billiglöhne und niedrige Umwelt- und Sicherheitsstandards haben es ermöglicht, die Produktpreise zu drücken, allerdings auf Kosten des Lebensstandards und der Gesundheit der Menschen, die sie produzieren. Fabrikbesitzer haben Wanderarbeiter und lokale Ökosysteme ausgebeutet, um die größtmöglichen Profite zu erzielen.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass es große Skandale wegen in China produzierter Güter gege-



Umweltaktivistin Fei Xiaojing

ben hat. Während der Rest der Welt vielleicht nicht so vertraut ist im Umgang mit gefälschten Produkten, unsicheren Nahrungsmitteln und vergiftetem Spielzeug, sind dies Probleme, mit denen chinesische Bürger jeden Tag konfrontiert sind. Sogar in bekannten Supermarktketten wie Carrefour, Ito Yokado und Wal-Mart muss man darauf achten, die richtigen Produkte zu wählen. Es sind keine Neuigkeiten mehr, dass einige ihrer Filialen gefälschte Nahrungsmittel oder andere Güter mit giftigen Inhaltsstoffen anbieten.

Um einen umweltfreundlichen Lebensstil anzupreisen, haben Umweltschutzgruppen in Beijing die Green Choices Campaign ins Leben gerufen. Eine Website und ein Newsletter sind eingerichtet worden, um Konsumenten darüber zu informieren, wo sie sichere Produkte kaufen und die richtige Auswahl für die Umwelt treffen können. Diese Kampagne hat auch unter den Studenten Beijings, die die Vorreiter der Umweltbewegung sind, regen Zulauf erhalten. China Green Student Forum hat eine Reihe von Fortbildungen für Studenten organisiert, um Umweltaktivisten für grüne Olympische Spiele auszubilden. Während die Eröffnung der Sommerspiele in Beijing immer näher rückt, wird Fei Xiaojing als Leiterin all dieser Studentenaktivitäten bald keine Zeit mehr zum Ausruhen haben.

*Übersetzung aus dem Englischen
von Martin Stimmler, Asienhaus*



Hinweise zu Bildungs- und Kampagnenmaterialien

Damit Sie sich weiter informieren und Materialien für den Einsatz in der Bildungsarbeit im Internet finden können, haben wir im Folgenden einige Links zu Bildungsmaterialien und Olympia-Kampagnen zusammengestellt. Alle diese Hinweise finden Sie natürlich auch auf der Webseite des Netzwerkes „EU – China: Civil Society Forum“. Dort werden wir Sie auch laufend über aktuelle Angebote für Informationsmaterialien zu China informieren.

Links zu Bildungs- und Informationsmaterialien

Deutschland

Asienstiftung/Asienhaus

www.asienhaus.de/china

Bundeszentrale für politische Bildung

www.bpb.de/china

Eine-Welt-Medien

www.eine-welt-medien.de (Suche „China“)

Aktion fair spielt

Bildungsmaterialien zu Arbeitsstandards in der Spielzeugindustrie unter „Hintergrundtexte“

www.fair-spielt.de

Friedenspädagogik

Zeichnungen und Karikaturen
friedenspaedagogik.de (Suche „China“)

Globales Lernen

www.globales-lernen.de

China-Homepage von Hans-Peter Hein

Viele Unterrichtsmaterialien, Links und weiterführende Literatur

www.hphein.de

Landesfilmdienst NRW

www.landesfilmdienst-nrw.de (Suche „China“)

Lernen mit neuen Medien

www.learn-line.nrw.de/angebote/neuemedien
(Suche „China“)

Politik und Unterricht

Zeitschrift für die Praxis der politischen Bildung:
Volksrepublik China (Heft 1/2008)
www.politikundunterricht.de

Politische Bildung

Vielfältige Links mit Bildungsmaterialien
www.politische-bildung.de/links/china.htm

Welt in der Schule

www.weltinderschule.uni-bremen.de

Österreich

Südwind – Information und Bildung zu globalen Themen

Informationen und Bildungsmaterialien zum Thema China im Verleih

www.suedwind-agentur.at (Suche „China“)

BAOBAB – Entwicklungspolitische Bildungs- und Schulstelle Österreich

Bildungsmaterialien und Filme zum Thema China im Verleih

www.baobab.at (Suche „China“)

Österreichisches Schulportal

Sehr viele Unterrichtsmaterialien

www.schule.at/index.php?url=kategorien&kthid=1556

Zentrum POLIS

Informationen und Bildungsmaterialien zum Thema China im Verleih

www.politik-lernen.at (Suche „China“)

Kampagnen zur Olympiade 2008 in Beijing

Amnesty International: Gold für Menschenrechte

Der Fokus der Kampagne liegt auf der Abschaffung der Todesstrafe, der Unterstützung von MenschenrechtsaktivistInnen sowie der Forderung nach fairen Verfahren und Meinungsfreiheit. Die Petition und Materialien finden Sie unter:

www.goldfuermenschenrechte.de

www.amnesty.at

Gesellschaft für bedrohte Völker

informiert ausführlich über Menschenrechtsverletzungen und bietet Aktionspakete sowie eine Onlinepetition an.

www.gfbv.org/chinakampagne

Incorporating Responsibility 2008

Die Olympiakampagne von Human Rights in China (HRIC) stellt monatlich chinesische MenschenrechtsaktivistInnen vor und bietet die Möglichkeit, sie zu unterstützen.

www.ir2008.org

Fair Play bei Olympia 2008

Sportartikelhersteller, das Internationale Olympische Komitee sowie Nationale Olympische Komitees und Regierungen werden aufgefordert, auf menschenwürdige Produktionsbedingungen in der Sportartikelindustrie zu achten.

www.playfair2008.org

www.inkota.de/olympiaplayfair2008

www.cleanclothes.at/start.asp?ID=221867&b=992

Reporter ohne Grenzen

Kampagne für die freie Meinungsäußerung und die Unterstützung von MenschenrechtsaktivistInnen. Forderungen und Material unter:

www.reporter-ohne-grenzen.de/peking-2008-ii.html



Bushaltestelle:

Einsteigen bitte – aber höflich und zivilisiert!

International Tibet Support Network

Die Kampagne „2008-FreeTibet“ hat sich zum Ziel gesetzt, die Beijinger Olympiade dafür zu nutzen, Druck auf die chinesische Regierung ausüben, um im besetzten Tibet eine positive Veränderung zu bewirken.

www.2008-freetibet.org

Sport for Human Rights

Aktion von Sportlern für Menschenrechte

www.netzathleten.de

Autorenverzeichnis

Ai Weiwei, Künstler, Kurator und Architekt, lebte zwischen 1981 und 1993 in den USA, gründete das Künstlerarchiv „China Art and Archives Warehouse“, Berater von Herzog & de Meuron für das Olympiastadion.

Tobias Birkendorf, seit 2004 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Entwicklungsforschung an der Ruhr-Universität Bochum, Promotion zum Dr. rer. oec. voraussichtlich Juli 2008, Forschungsschwerpunkt: Wirtschaftswachstum der VR China.

Prof. Dr. Fang Weigui, Literaturwissenschaftler und Sinologe, lehrt und forscht an der Beijing Normal University, promovierte an der RWTH Aachen und habilitierte sich an der Universität Erlangen.

Dr. Klaus Fritsche, Geschäftsführer der Asienstiftung und des Asienhauses, Mitarbeiter im Projekt EU-China der Asienstiftung, Mitglied im Internationalen Organisationskomitee des Asia-Europe-People's Forum, arbeitet zur Entwicklung der europäisch-asiatischen Beziehungen.

Sven Hansen, seit 1997 Asien-Redakteur der tageszeitung (taz) in Berlin. Der Herausgeber des Heftes „China – Verordnete Harmonie, entfesselter Kapitalismus“ (Edition Le Monde diplomatique Nr. 1, Berlin 2007) hatte 1980 als Mitglied der Jugendnationalmannschaft des Deutschen Segler-Verbandes die Debatte um den Boykott der Olympischen Spiele in Moskau erlebt.

Prof. He Weifang, Jurist und Politikwissenschaftler, lehrt und forscht an der Beijing University, Berater des Nationalen Volkskongresses, war beteiligt an der Ausarbeitung von Reformvorschlägen für das Justizwesen, Chefredakteur des Beijing University Law Journal.

Prof. Thomas Heberer, Professor für Politik Ostasiens an der Universität Duisburg-Essen, Mitglied des Advisory Board des Europe-China Academic Network der Europäischen Kommission, Vorstandsmitglied der Asienstiftung.

Klaus Heidel, Historiker, 1983 Mitbegründer und seither leitender Mitarbeiter der Werkstatt Ökonomie e.V. in Heidelberg, Arbeitsschwerpunkte: soziale Polarisierung in Deutschland, wirtschaftliche und soziale Rechte (WSK-Rechte) in arbeitsweltlichen Zusammenhängen (global), WSK-Rechte und Globalisierung.

Falk Kagelmacher, lebt seit acht Jahren in China, unterstützt als Berater das chinesische Bauministerium (MoC) bei der Implementierung zukunftsfähiger Strategien im Urbanisie-

rungsprozess in China. Er unterstützt chinesische Kommunen und Regionen in der nachhaltigen Stadtentwicklung und entwickelt Konzepte und Richtlinien für das Bauwesen.

Kristin Kupfer, Studium der Sinologie und Politikwissenschaft in Trier und Shanghai, lebt seit Mai 2007 als freie Journalistin in Beijing, Buch „Was stimmt? China. Die wichtigsten Antworten“ (Herder 2007).

Dr. Nora Sausmikat, Sinologin, Studium in Chengdu und Berlin, Mitarbeiterin im Projekt EU-China der Asienstiftung, forscht und lehrt zu Fragen der politischen Reform und zur Rolle der Intellektuellen, leitete von 2004 bis 2006 das Projekt „Beijing Case“ der Kulturstiftung des Bundes.

Christiane Schröder, seit 2006 bei der Südwind Agentur in Wien, Arbeitsschwerpunkte Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit, beteiligt sich regelmäßig als Südwind-Sprecherin im Programm „Handeln für Eine Welt“.

Dr. Norbert Sommer, 1978-2005 Leiter der bimedialen Redaktion Kirche/Religion/Gesellschaft des Saarländischen Rundfunks, Hörfunk- und Fernsehreportagen aus China für die ARD.

Dr. Gudrun Wacker, wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe Asien der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Sie ist spezialisiert auf die europäisch-chinesischen Beziehungen und die chinesische Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik.

Wen Bo, in Beijing ansässiger Berater der Organisation „Pacific Environment“, arbeitet an der Entwicklung des China-Projekts der Organisation. Im Jahr 2000 gründete er ein Greenpeace-Büro in Beijing und ist momentan im Fonds des China Advisory Board of Global Agreements, um das Wachstum von Umweltgemeinden in China zu fördern.

Kirstin Wenk, publiziert seit 15 Jahren über China, mit den Schwerpunkten Politik, Gesellschaft und Wirtschaft. Bis Anfang 2008 hat sie als Asien-Redakteurin des Axel Springer Verlags u.a. für die „Welt“ und die „Welt am Sonntag“ gearbeitet. Im Olympia-Jahr pendelt sie zwischen Berlin und Beijing.

Yu Jie, stammt aus Sichuan, Studium der chinesischen Literatur an der Beijing Universität, 2003-2004 Gastwissenschaftler in den USA und Frankreich; der Text stammt aus dem Jahr 2003.

Netzwerk „EU – China: Civil Society Forum“

Das Netzwerk „EU – China: Civil Society Forum“ setzt sich dafür ein, dass

- soziale, ökologische und menschenrechtliche Entwicklungsziele die Grundlage der Beziehungen der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsländer zu China bilden
- die chinesischen Tochter- und Beteiligungsgesellschaften sowie die Lieferanten von Unternehmen mit Sitz innerhalb der EU grundlegende Arbeitsnormen und ökologische Standards einhalten
- die europäisch-chinesischen Beziehungen von der Öffentlichkeit realistisch bewertet werden, qualifizierte Chinabilder die öffentliche Meinung in der EU bestimmen und Zerr- und Feindbilder ebenso zurückgedrängt sind wie Euphemismen.

Das Netzwerk „EU – China: Civil Society Forum“

- arbeitet eng mit zivilgesellschaftlichen Organisationen in China und in weiteren asiatischen Ländern zusammen
- wird von folgenden Organisationen getragen: Asienstiftung (DE, Koordination), Développement et Civilisations – Lebret-Irfed (FR), Forum Umwelt und Entwicklung (DE), IG Metall (DE), Informationsstelle Lateinamerika (DE), INKOTA-netzwerk e.V. (DE), Südasien-Informationsnetz (DE), Südostasien Informationsstelle (DE), Südwind-Agentur (AT), Transnational Institute – TNI (NL), Vlaamse Noord-Zuid-Beweging (11.11.11) (BE), Weltumspannend Arbeiten - ÖGB (AT) und Werkstatt Ökonomie e.V. (DE, Koordination)
- wird initiiert vom Projekt „EU – China: zivilgesellschaftliche Partnerschaft für soziale und ökologische Gerechtigkeit“.



EU-CHINA CIVIL SOCIETY FORUM

Die XXIX. Olympischen Spiele in Beijing waren schon bei ihrer Vergabe wegen der Menschenrechtssituation in China umstritten. Nach den Unruhen in Tibet verschärft sich die Auseinandersetzung. Die vorliegende Broschüre beschreibt nicht nur diesen Konflikt, sondern wirft einen Blick auf die Bedeutung der Olympischen Spiele für die ökonomische, soziale und politische Entwicklung des größten Landes der Welt. Sie liefert ungewöhnliche Hintergrundinformationen aus der Feder ausgewiesener Journalisten, Wissenschaftler und Aktivisten. Hinweise auf Arbeitsmaterialien zum Thema runden das Heft ab.

Mitglieder des Netzwerkes „EU – China: Civil Society Forum“



Asienstiftung
Asienhaus, Essen



Développement et Civilisations -
Lebret-Irfe, Paris



Forum Umwelt und Entwicklung



Industriegewerkschaft Metall,
Frankfurt/Main



Informationsstelle Lateinamerika e.V.,
Bonn



INKOTA-netzwerk e.V., Berlin



Koepel van de Vlaamse Noord-Zuid-
Beweging - 11.11, Brüssel



Stichting Transnational
Institute, Amsterdam



Südasiens-Informationsnetz e.V., Berlin



Südostasien Informationsstelle, Essen



Südwind Agentur, Wien



weltumspannend arbeiten, Linz



Werkstatt Ökonomie e.V., Heidelberg

Preis: 5,00 Euro
ISBN 978-3-933341-37-2